

CHANCE!



Demografischer Wandel vor Ort

Ideen • Konzepte • Beispiele

BLG

Bundesverband
der gemeinnützigen
Landgesellschaften



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

dvs *

Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 02 28 68 45-34 59
E-Mail: dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Der Bezug ist kostenfrei. PDF-Datei und Bestellung unter
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

2. Auflage: 10.000 Stück
Stand: Januar 2012

Anmerkungen der Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Urheberrechte liegen bei den Herausgebern. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personengruppen in männlicher Form anzugeben.

Bildquellen Photocase.com: Titel © clairette; iStockphoto: Seite 38 © René Mansi, Seite 81 © heidijpax; fotolia.com: Seite 6 © Image Source IS2, Seite 10 © Gennadiy Poznyakov, Seite 14 © Warren Goldswain, Seite 18 © Elenathewise, Seite 22 © OSCAR, Seite 26 © Be-Ta-Artworks, Seite 28 (links) © sonya etchison, Seite 28 (rechts) © Christian Schwier, Seite 29 © Kzenon, Seite 34 © Kzenon, Seite 41 (links) © Jacek Chabraszewski, Seite 41 (rechts) © Robert Kneschke, Seite 44 (links) © Ingo Bartussek, Seite 44 (rechts) © Kzenon, Seite 45 © Siegmar, Seite 46 © Tommy Windecker, Seite 48 © olly, Seite 50 © Petitonnerre, Seite 55 © Shestakoff, Seite 58 © Dron, Seite 60 © Kzenon, Seite 64 © mbt_studio, Seite 68 © xalanx, Seite 72 © Gina Sanders, Seite 73 © Andres Rodriguez, Seite 76 © Jürgen Effner, Seite 77 © Monkey Business, Seite 82 (links) © Pelz, Seite 84 © Yuri Arcurs, Seite 90 © palomita0306, Seite 91 © ArTo; Projektträger: Seite 70 – 71 © LAG Eifel, Seite 74 – 74 © DorfimDorf.de Projektentwicklungs GmbH, Seite 78 © AktivRegion Eider-Treene-Sorge, Seite 79 © Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V., Seite 82 (rechts) © Constantin Pitzen, Seite 83 © UVG, Seite 86 © Kathrin Neve, Seite 88 – 89 © Ricarda Polzin

Liebe Leserinnen und Leser,

viele Kommunen müssen sich mit einem Rückgang der Bevölkerungszahlen und der Alterung der Bevölkerung infolge des demografischen Wandels auseinandersetzen. Hinzu kommt die Abwanderung, die in den ländlichen Räumen besonders stark wirkt. Mit der veränderten Bevölkerungszusammensetzung gehen ein Rückgang der verfügbaren Haushaltsmittel und oft eine verringerte Inanspruchnahme der vorhandenen Infrastruktur einher.

Die Städte, Gemeinden und Kreise befinden sich in einer Zwickmühle. Sie sollen hochwertige Daseinsvorsorgeeinrichtungen vorhalten, um ihren Einwohnern, Neubürgern und Unternehmen ein attraktives Lebens- und gewerbliches Umfeld zu bieten. Andererseits können sie Wohnbau- und Gewerbeflächen, Kindergärten oder Abwasserbehandlungsanlagen nicht auslasten und verfügen nicht über die Mittel, die Qualität der Einrichtungen dauerhaft auf hohem Niveau zu halten. Sie können die Spannung zwischen der Erwartung an die Ausstattung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge und zurückgehenden öffentlichen Mitteln zur Erhaltung der Einrichtungen zusehends weniger ausgleichen.

Die Bundesregierung hat Ende Oktober ihren Demografiebericht veröffentlicht und erarbeitet derzeit eine Strategie, wie Deutschland weiter mit dem demografischen Wandel und seinen Folgen umgehen kann. Die verschiedenen Ressorts und die Bundesländer bieten schon heute eine Vielzahl an Unterstützungen für die ländlichen Räume an (siehe Seite 26 bis 37). Hierzu zählen Anreize für die Ansiedlung von Landärzten, die Pflegereform oder die verschiedenen Modellvorhaben wie „Region schafft Zukunft“ oder „LandZukunft“.

Für die Zukunft gefragt sind Kooperationen, über die kommunalen Grenzen hinweg, neue Denkansätze und neue politische Instrumente. Zudem sind flexible gesetzliche Rahmenbedingungen und weitere Anreize auf Bundes- und Landesebene nötig, um die Selbstgestaltungskräfte von Gemeinden, Landkreisen und Regionen zur Entfaltung zu bringen. Es gibt bereits zahlreiche Förderprogramme von Bund und Ländern, mit denen genau diese neuen Herangehensweisen gefördert werden (siehe Seite 38 bis 45). Auch liegt schon eine Reihe von politischen Instrumenten vor, mit denen die Kommunalpolitik operieren kann, um die Bevölkerung für den demografiefesten Umbau von Infrastruktur und eine demografiefeste Organisation der Infrastruktur zu sensibilisieren (siehe Seite 46 bis 67). Der Bogen reicht von bekannten Instrumenten wie einem innerörtlichen Demografiekataster zu verschiedenen Demografiechecks, Infrastrukturkonzepten und Nachhaltigkeitschecks bis zu neuen Formen der aktivierenden Bürgerbeteiligung.

Die Vielzahl vorgestellter Instrumente und die Fallbeispiele zeigen, dass es keine einfache oder einheitliche Herangehensweise an die Frage gibt, wie sich die Städte, Gemeinden, Kreise, Regionen und Bürger auf den demografischen Wandel und die Frage einstellen können, wie zukünftig die erforderliche Infrastruktur vorgehalten werden kann. Es gibt keine Standardlösung, aber viele gute Ideen.

Diese Vielfalt deutlich zu machen und Mut zu machen, den demografischen Wandel aktiv anzugehen, ist das Ziel dieser Publikation, die der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG), der Deutsche Landkreistag (DLT), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) gemeinsam herausgeben.



Karl-Heinz Goetz (BLG)



Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (DLT)



Dr. Gerd Landsberg (DStGB)



Dr. Jan Swoboda (DVS)

Demografischer

Und jetzt?

- 7 Was ist der demografische Wandel?
- II AOVE: Eine Region wird älter
- 15 Illingen: Mehr Platz für weniger Bürger
- 19 Werra-Meißner-Kreis: Region hat Zukunft
- 23 Landkreis Vorpommern-Greifswald: Die Zukunft engagiert angehen!

Politik konkret

- 27 Zentrale Zukunftsaufgabe der Bundesregierung: Den demografischen Wandel aktiv gestalten
- 30 Die Menschen vor Ort unterstützen
- 31 Familienfreundlichkeit und faire Chancen
- 32 Innovationen und flächendeckende Versorgung
- 34 Hessen setzt auf gute Vorbilder
- 35 Sachsen stellt sich dem Wandel
- 36 Demografiepolitik der Bundesländer online

Wandel

Förderung

- 39 Ohne Förderung geht es nicht!
- 44 ELER und der demografische Wandel

Instrumente

- 47 Klare Sicht bei den Demografie-Instrumenten
- 50 Demografie kommunal
- 51 Wegweiser Kommune
- 52 NENA Demografie-Rechner
- 53 Leitfäden
- 54 ESYS Nachhaltigkeitscheck
- 55 Demografie-Monitoring
- 56 Zukunftskern-Ortskern-Entwicklung und Tool-Box
- 57 Demografie-Workshops
- 59 Kreisentwicklungskonzepte
- 60 Masterplan Daseinsvorsorge
- 61 DemografieCheck
- 62 Change-Management
- 63 Demografie-Beauftragte
- 65 Ideen vom Küchentisch ...
- 66 Bürgergutachten
- 67 Bürgerhaushalt

Von anderen lernen

- 70 Von Bürgern für Bürger – Nahversorgung in der Leader-Region Eifel
- 72 Hausarztakademie Hersfeld-Rotenburg – Gemeinsam auf der Suche nach jungen Ärzten
- 74 Senioren planen mit – das „Dorf im Dorf“ in Dobbertin
- 76 Alte Häuser suchen neue Bewohner
- 78 Unser Dorf hat (k)eine Zukunft
- 79 Rette aus Leidenschaft! Das Projekt Perspektive Feuerwehren
- 80 Balance zwischen zentral und dezentral: Abwasserreinigung und Trinkwasserversorgung im demografischen Wandel
- 82 KombiBus Uckermark
- 84 Wirtschafts- und Juniorakademie Pegnitz
- 85 Schule des Ehrenamts
- 86 Für mehr Lebensqualität in Lindau
- 87 Auf das soziale Miteinander kommt es an
- 88 Ein Dorf, das wächst
- 90 Vier Kommunen – ein Kleeblatt



Was ist der demografische Wandel?

Von Steffen Maretzke und Claus Schlömer.

„Weniger, älter, bunter“ so lautet die kurz und bündige Formel des demografischen Wandels. Doch was heißt das eigentlich?

In den meisten Industrieländern, insbesondere in Europa, zeichnen den demografischen Wandel drei charakteristische Veränderungen in der Zusammensetzung und Entwicklung der Bevölkerung aus: Statt zu wachsen, schrumpft die Bevölkerung. Wir werden dank des medizinischen Fortschritts und des Wohlstands immer älter und schließlich werden wir aufgrund langjähriger Zuwanderung von außen immer internationaler. ►►

In seinen Grundzügen betrachtet ist der demografische Wandel ein kontinuierlicher, kaum umkehrbarer Prozess. Eingesetzt hat er zwar schon vor Jahrzehnten, doch erst in der jüngeren Vergangenheit gewann er an Dynamik, und er wird in der absehbaren Zukunft weiter prägend sein. Gerade in Deutschland ist er besonders weit fortgeschritten.

Zentrale Ursache ist der Rückgang der Fertilität im Jahrzehnt 1965 bis 1975 unterhalb des Niveaus, das langfristig für eine stabile Bevölkerungszahl nötig ist. Dies wird erreicht, wenn etwa 2,1 Kinder je Frau geboren werden. In den Zeiten des „Babybooms“ der 1950/60er Jahre wurde dieser Schwellenwert teils erheblich übertroffen. Doch nach 1964 setzte ein so scharfes Absinken der Fertilität ein, dass er ab 1970 unterschritten wurde. Ab 1975 pendelte sich die durchschnittliche Kinderzahl bei etwa 1,4 ein und verharrt seitdem mit nur geringen Schwankungen auf diesem Niveau. Die seit dieser Zeit geborenen und entsprechend schwach besetzten Jahrgänge sind mittlerweile selbst ins Alter der Familiengründung gekommen. Seit nunmehr über 30 Jahren ist jede Generation nur rund zwei Drittel so groß wie die ihrer Eltern. Der „Sockel“ der Bevölkerungspyramide ist entsprechend schmal geworden. Mit dieser Grundkonstellation ist nicht nur auf lange Sicht eine kaum umkehrbare Schrumpfung der Bevölkerungszahl verbunden. Sie bewirkt, weitaus kurzfristiger, auch eine „Alterung von unten“. Der Rückgang der Anteile junger Menschen wird durch eine „Alterung von oben“ begleitet: Zunehmend stellen die (noch) geburtenstarken Jahrgänge die Bevölkerung im höheren Alter. Durch die ungebrochene Zunahme der Lebenserwartung wird die Zahl der älteren Menschen zusätzlich größer, mittelfristig wächst aber auch die Zahl der Sterbefälle und übersteigt die – bestenfalls stagnierenden – Geburtenzahlen erheblich.

Langjährige internationale Wanderungsgewinne haben die Abnahme der Bevölkerungszahl und die Alterung immer wieder kompensieren, zumindest aber abmildern können. Sie bewirken aber auch eine fortwährende Veränderung der Zusammensetzung der Bevölkerung durch eine Zunahme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Zuwanderer und deren Nachkommen). Dieser Prozess wird als Internationalisierung bezeichnet und leistet als dritte Komponente des demografischen Wandels seinen Beitrag zu dem Gesamtphänomen.

Ein bundesweites Potpourri

Der demografische Wandel ist für Deutschland insgesamt damit eine gemeinsame Rahmenbedingung für etliche Handlungsbereiche in Politik und Gesellschaft. In den Regionen zeigt er sich dagegen in vielfältiger Ausprägung und

Intensität, so dass ein buntes Nebeneinander von Kommunen und Teilräumen mit unterschiedlichsten Positionen innerhalb des generellen Wandlungsprozesses existiert.

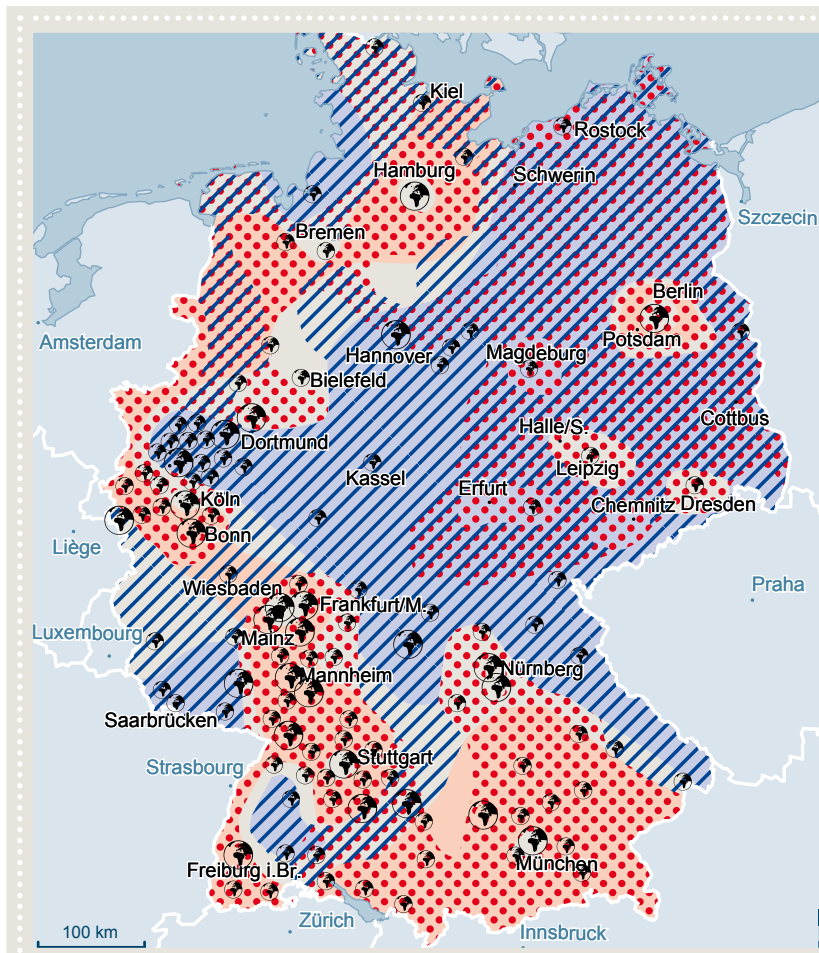
Mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze und schließlich der deutschen Wiedervereinigung wurden die regionalen Gegensätze bezüglich des demografischen Wandels in hohem Maße mit einem Ost-West-Gegensatz identisch. Neben der Abwanderung nach Westen hat vor allem der massive Geburteneinbruch in den neuen Ländern eine enorme Beschleunigung der Prozesse ausgelöst. Zudem haben im Osten neue Formen der Binnenwanderung die kleinräumigen Unterschiede, zumindest vorübergehend, zusätzlich verstärkt. Mittlerweile werden aber auch die westdeutschen Regionen vom demografischen Wandel erfasst. Eine immer größer werdende Zahl von Regionen, Kreisen und Gemeinden verlässt den Wachstumspfad und sieht sich mit rückläufigen Bevölkerungszahlen konfrontiert. Dies stellt gerade dort, wo Planung und Politik jahrzehntelang an Wachstum orientiert waren, für viele Akteure eine neue Erfahrung dar.

Demografischer Wandel zum Anschauen

Generell gilt, dass Alterung und Bevölkerungsrückgang in Ost und West die ländlichen Räume stärker betreffen als die Städte. Dies wird nochmals anhand der Abbildung deutlich. Die Karte zeigt eine Synthese zur künftigen Ausprägung der drei Komponenten Bevölkerungsdynamik, Alterung und Internationalisierung. Diese werden einer räumlichen Arrondierung und Generalisierung, mithin also einer Vergrößerung und Schematisierung unterzogen. Die Karte dient somit dazu, zwei Fragen zu beantworten:

1. Wo haben die Komponenten des demografischen Wandels ihre räumlichen Schwerpunkte? 2. In welchen Regionen fallen verschiedene Komponenten des demografischen Wandels zusammen?

Dabei lassen sich auffällige Konstellationen identifizieren, die sich aus der Überlagerung der verschiedenen Teilaspekte ergeben und besonders markante Muster bilden: Zunächst die regionale Spaltung der Dynamik, die im Süden und Nordwesten, sowie in den Randbereichen der Agglomerationen noch Bevölkerungszunahmen, im größeren Teil des Bundesgebietes aber bereits Abnahmen zeigt. In praktisch allen Teilräumen findet ein Alterungsprozess statt, der unterschiedliche Ursachen hat und eine ebenso unterschiedliche Intensität aufweist. So sind in den meisten wachsenden Regionen weniger die Abnahme der jüngeren Altersgruppen als vielmehr die Zunahme der Zahl der alten Menschen von Bedeutung. In den meisten schrumpfenden Regionen sind dagegen Abnahmen der schulpflichtigen Jahrgänge zu verzeichnen. Wenn



Ausprägung von Komponenten des demografischen Wandels bis 2025

Großräumige Bevölkerungsdynamik

- deutliche Abnahme
- deutliche Zunahme

Alterung

- starke Abnahme der Schulpflichtigen
- massive Zunahme der Hochbetagten

Internationalisierung

- stark
- sehr stark

Quelle: BBSR-Bevölkerungsprognose 2005 - 2025 | bbw

Der demografische Wandel im Raum – eine Synthese

gleichzeitig eine starke Zunahme der Hochbetagten stattfindet, sind die altersstrukturellen Verwerfungen doppelt bedeutsam. Genau diese Konstellation gilt für weite Teile des ländlichen Raumes in den neuen Ländern. Hier kumulieren – mit Ausnahme der Internationalisierung – die Komponenten des demografischen Wandels in ihren deutlichsten Ausprägungen.

Die Zunahme der Bevölkerung mit Migrationshintergrund überlagert wiederum die anderen Ergebnisse. Sie findet vorwiegend in den Städten statt, also dort, wo die altersstrukturellen Verschiebungen eine geringere Bedeutung haben. In den alten Ländern betrifft dies im Süden und Westen Deutschlands auch zunehmend kleinere Städte und höher verdichtete Kreise in den Agglomerationsräumen. In den neuen Ländern bleibt eine nennenswerte Zunahme der Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund dagegen auf wenige Großstädte beschränkt.

Von anderen lernen

Was der demografische Wandel für die ländlichen Räume genau bedeutet, das erfahren Sie auf den nachfolgenden Seiten. Vier Beispiele aus Deutschland – Regionen, Land-

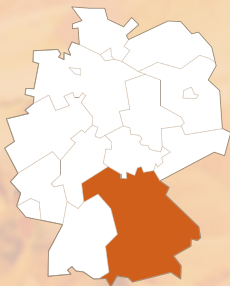
kreise oder Kommunen – stellen vor, mit welchen Folgen des demografischen Wandels sie vor Ort umgehen müssen. Flankiert werden die Erfahrungsberichte von Infokästen, die Ihnen kurz und bündig erklären, welche wesentlichen Einflussfaktoren festgestellt werden können und wie sich Indikatoren wie das Geburtenniveau, die Altersstruktur oder die Sterblichkeit entwickeln. Geschildert werden auch die Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen und die soziale und technische Infrastruktur. Die Themen Binnenwanderung und Außenwanderung werden auch beleuchtet.

Mehr Informationen

Dr. Steffen Maretzke und Dr. Claus Schlömer
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

E-Mail: steffen.maretzke@bbr.bund.de oder
claus.schloemer@bbr.bund.de

Mehr Infos siehe auch
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie



Bayern

Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehrenbach
(AOVE)

Teil des Landkreises Amberg-Weizsach

460 km² Gesamtfläche

9 Gemeinden



34.588 Einwohner im Gebiet

76 Einwohner pro km² im Gebiet,
178 Einwohner pro km² im Bundesland

7,7 Geburten je 1.000 Einwohner im Gebiet,
8,4 Geburten im Bundesland

Wanderungssaldo: 1,1 je 1.000 Einwohner

Durchschnittsalter: 42 Jahre

Bezugsjahr der Daten: 2010



Gewählte Strategie

Zur Abmilderung des demografischen
Wandels setzt die Region auf integrierte,
interkommunale Zusammenarbeit. Wichtig ist
dabei die aktive Vernetzung von Projekten
und Zielgruppen.



AOVE: Eine Region wird älter

Von Waltraud Lobenhofer

„Wir stellen uns dem demografischen Wandel“ nach diesem Motto arbeiten die mittlerweile neun Gemeinden der AOVE-Region in der Oberpfalz (Bayern) zusammen. Gemeinsam entwickeln sie Lösungen zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels. Ein gemeinsames Management vernetzt die Kommunen und Projekte miteinander und sorgt für den Erfolg der Kooperation. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Projekte zu Themenfeldern wie Senioren- und Jugendarbeit, Innenentwicklung oder Klimawandel umgesetzt. ►►



Seit 16 Jahren bilden die Kommunen Freihung, Freudenberg, Gebenbach, Hahnbach, Hirschau, Poppenricht, Schnaittenbach und Vilseck die ILE Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach (AOVE). Zurückgehende Einwohnerzahlen, die nicht mehr durch Zuzug aufgehalten werden, ein stark zunehmender Anteil immer älter werdender Menschen, überproportional schnell abnehmende Erwerbstätige, ein sinkender Anteil an Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die abwandern, um Arbeitsplätze zu finden und der Wandel sozialer Strukturen sind die Herausforderungen, denen sich die Region stellen muss.

Viele Projekte führen zum Ziel

Eine Patentlösung gibt es nicht – zu unterschiedlich sind die Veränderungen in den einzelnen Gemeinden ausgeprägt. Ziel der Akteure ist es vielmehr zu versuchen, örtlich angepasste Entwicklungsstrategien zu finden. Und so setzt die Region eine Vielzahl an Projekten in den Bereichen um, die vom demografischen Wandel betroffen sind. Die Vernetzung aller Einzelaktivitäten und die konsequente interkommunale Zusammenarbeit sind dabei entscheidende Erfolgsfaktoren. Gerade die Kooperation, über die kommunalen Grenzen hinweg ermöglicht die Umsetzung all jener Projekte, die aufgrund fehlender „kritischer Masse“ sonst nicht möglich wären.

Mehr Angebote für Senioren

„Alt werden zu Hause“ schafft Alternativen zu den Seniorenheimen und Pflegeeinrichtungen. Zielgruppe sind die älter werdende Bevölkerung sowie deren Angehörige. Ermöglicht werden soll im Vorpflegebereich ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden auch im

ländlichen Raum. Im Mittelpunkt steht eine von den Kommunen getragene, trägerunabhängige Koordinationsstelle. Neben kostenlosen Beratungen können Leistungen wie ein wöchentlicher Besuchsdienst, die Vermittlung/Organisation von Dienstleistungen, soziale Beratung und die Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen in Anspruch genommen werden. Das Projekt kann auf ein großes Netzwerk regionaler Partner zurückgreifen und ist mit den Wohlfahrtsverbänden abgestimmt. Um die Klienten kümmern sich speziell ausgebildete ehrenamtliche Alltagsbegleiter. Mit der Veranstaltungsreihe „Gemeinsam kochen – Gemeinsam essen“ wird nicht nur der Aufbau sozialer Kontakte gefördert, sondern auch ein bewusster Umgang mit dem Thema „Ernährung

im Alter“. Doch ältere Menschen müssen nicht nur auf ihr leibliches Wohl, sondern auch auf ihre Fitness achten. In Kooperation mit Gesundheitsamt, VHS und Vereinen werden Bewegungsangebote für Hochbetagte angeboten oder in Kinaesthetics-Kursen Bewegungsabläufe für Ak-



Sterblichkeit Die durchschnittliche Lebenserwartung ist ein zentraler Indikator zur Messung des Sterblichkeit.

Anfang der 1990er lag sie im Osten noch deutlich unter der des Westens. Mit dem deutschen Einigungsprozess gleichen sich die Werte stetig an – ein klarer Beleg dafür, dass sich im Osten die Veränderungen im Gesundheitsbereich positiv auf die Lebensqualität ausgewirkt haben. Aktuell (2007/2009) haben Frauen eine Lebenserwartung von 82,5, Männer von 77,3 Jahren. Beide haben in Baden-Württemberg die höchste Lebenserwartung (83,4 bzw. 78,8 Jahre). Bei den Männern finden sich die niedrigsten Werte in Sachsen-Anhalt (75,3) und bei den Frauen im Saarland (78,8). Zuletzt hat sich vor allem das Sterberisiko der Generation 60+ vermindert, unter anderem dank medizinischer Fortschritte und erfolgreicher Prävention. Die Differenz in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen verringerte sich kontinuierlich. (BBSR 2012)



Geburtenniveau Das Geburtenniveau ist ein zentraler Faktor der demografischen Entwicklung. 2010 lag die zusammengefasste Geburtenziffer je Frau in Deutschland bei 1,39 (Osten: 1,46, Westen: 1,39). Ein Wert von ca. 2,1 wäre erforderlich, um den Ersatz der Elterngeneration zumindest zu sichern. Seit Anfang der 1970er Jahre liegt die Ziffer unter dem Ersatzniveau, woraus langfristig Bevölkerungsrück-

gang und Alterung resultieren. Bis in die 1960er Jahre galten ländliche Räume noch als geburtenstarke „Quellgebiete“ einer, in die Städte abwandernden Bevölkerung. Seitdem verringerten sich die Kinderzahlen spürbar. Auch wenn das Geburtenniveau der ländlichen Räume auch heute noch deutlich über jenem der Großstädte liegt, sichern bundesweit die Geburtenzahlen in keiner Region mehr den Ersatz der Elterngeneration. (BBSR 2012)

i

Altersstruktur Die Altersstruktur spiegelt langfristige Prozesse der Bevölkerungsentwicklung. Der steigende Anteil älterer Menschen resultiert unter anderem aus der kontinuierlichen Steigerung der Lebenserwartung und dem stetigen Rückgang des Geburtenniveaus. Außen- wie Binnenwanderungen modifizieren den Prozess. Da Jüngere meist stärker wandern, können langfristige Wanderungsgewinne die demografische Alterung eines Raumes dämpfen, -verluste dagegen forcieren. 1990 wiesen die ländlichen Räume im Westen mit 15,8 % den höchsten Anteil über 64-Jähriger auf, im Osten lag der Wert bei 12,7 %. Seitdem hat sich der Alterungsprozess bundesweit fortgesetzt, am stärksten in Ostdeutschland. 2009 waren hier schon 23,5 % der Einwohner älter als 64 (Alte Länder 20,7 %) und das Durchschnittsalter stieg um neun Jahre, auf 46,5 Jahre. Bei den ländlichen Räumen altert die Region Lüneburg am geringsten, die Region Mecklenburgische Seenplatte am stärksten. (BBSR 2012)

tivitäten des täglichen Lebens trainiert. Wie Wohnraum seniorengerecht umgebaut werden, erfahren die Einwohner dank der kostenfreien Wohnanpassungsberatung (www.altwerdenzuhaus.de).

Kinder und Jugendliche mitnehmen

Im Bereich der kommunalen Jugendarbeit müssen neue Wege gegangen werden. Deswegen wird in der AOVE-Region eine kinder- und jugendfreundliche Zukunftsentwicklung hinsichtlich der Zusammenarbeit der Generationen vorangetrieben. Der Schwerpunkt liegt bei eher kurzfristigen und zeitlich begrenzten Projekten, da Jugendliche aus den verschiedensten Gründen immer schwieriger zu motivieren sind, sich langfristig zu binden. In enger Zusammenarbeit mit der kommunalen Jugendpflege des Landkreises, dem Kreisjugendring, den örtlichen Jugendbeauftragten, Verwaltungen und Bürgermeistern sowie der Regionalentwicklung werden gemeinsam Projekte entwickelt und umgesetzt.

Beispielsweise wurden Jungbürgerversammlungen organisiert. Zum einen sollten die Jugendlichen ihre Wünsche und Interessen mitteilen und zum anderen die Möglichkeit bekommen, selbst Projekte zu entwickeln und sich aktiv bei der Umsetzung einzubringen. Außerdem wurde ein Ferienprogramm für Jugendliche aufgelegt, da die Auswertung der Sozialraumanalyse des Landkreises einen Mangel an Angeboten ergab. Jetzt können Jugendliche wie Landvermesser ein Jugendlandkarte ihres Heimatorts erstellen, ein Parcoursworkshop absolvieren oder im Improvisationsworkshop Theater spielen lernen. Eine Taschengeldbörse wurde eingerichtet, so dass Jugendliche heute Senioren bei Arbeiten im Haus oder Garten helfen. Vorteil für die Jugendlichen: Sie helfen nicht nur den älteren Mitbürgern und profitieren von deren Erfahrungen, sondern bessern gleichzeitig ihr Taschengeld auf. Schöner Nebeneffekt ist, dass so auch das Verständnis zwischen Jung und Alt verbessert wird. Online können unter www.aove-taschengeldboerse.de die Jobs eingestellt werden.

Innen vor außen

Neues Bauland auszuweisen ist weder zukunftsweisend, noch nachhaltig im Sinne des Umweltschutzes. Vielmehr geht es zukünftig darum, die Ortszentren zu beleben. Verstärkt müssen die Einwohner wieder in den Bestand ziehen, um die Ortskerne attraktiv und vital zu erhalten. Ein aktives und interkommunal abgestimmtes Flächenmanagement ist hier der entscheidende Baustein. Durch die Zusammenarbeit werden Synergieeffekte genutzt und kontraproduktive Konkurrenzen beseitigt. In einem ersten Schritt wurden die Leerstände – auch zukünftige – in der Fläche, im Bestand erhoben. Die Ergebnisse wurden kartografisch visualisiert. Nach einer Eigentümerbefragung, wurde eine Gebäude- und Immobilienbörse aufgelegt. Gute Beispiele für Umnutzungen werden gesammelt und veröffentlicht. Um auch die politischen Entscheidungsträger zu unterstützen, wurden Handlungsempfehlungen formuliert, denn allen muss die Notwendigkeit klar werden, die innerörtlichen Potenziale zu revitalisieren.

Kein Ende in Sicht

In enger Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Nahverkehr Amberg-Sulzbach versucht die Region derzeit, das vorhandene Nahverkehrsnetz zu optimieren. Bisherige Erfolge: zwei zusätzliche Haltestellen bei Einkaufsmärkten und die Einführung eines Senientickets. Auch das Thema „Erneuerbare Energien“ spielt eine wichtige Rolle. Ziel ist es, die Wertschöpfung in der Region zu halten und abfließende Energiekosten in regionale Wirtschaftskreisläufe einfließen zu lassen. Nur so kann die Kaufkraft vor Ort gebunden werden.

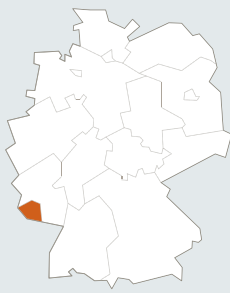
Mehr Informationen

AOVE GMBH

Waltraud Lobenhofer

E-Mail: info@aove.de

www.aove.de



Saarland

Landkreis Neunkirchen

Gemeinde Illingen (Saar)

36 km² Gesamtfläche



17.334 Einwohner im Gebiet

480 Einwohner pro km² im Gebiet,
396 Einwohner pro km² im Bundesland

5,7 Geburten je 1.000 Einwohner im Gebiet,
6,9 Geburten im Bundesland

Wanderungssaldo: -3 je 1.000 Einwohner

Durchschnittsalter: 46 Jahre

Bezugsjahr der Daten: 2010



Gewählte Strategie

Aktive Bürgergemeinde, Sinn und Sinnlichkeit
und die Verpflichtung füreinander da zu sein





Illingen: Mehr Platz für weniger Bürger

Von Armin König

Der demografische Wandel ist auch in den Kommunen Westdeutschlands angekommen.

Mit „MELANIE, Motivation und kessen Sprüchen“ stellte sich die Gemeinde im Saarland den Herausforderungen Alterung und Schrumpfung. ▶▶

Bloß keine Negativ-Meldungen verbreiten, die Schrumpfung nicht dramatisieren und mit Babygeld gegensteuern – das waren Ratschläge, die Bürgermeister und Politiker hörten, als sie 2006 das Zukunftsprogramm „Illingen 2030“ auflegten. Doch die Illinger haben sich von solchen Warnungen nicht irritieren lassen. Sie setzten auf das Motto: „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“ und betrachteten „Illingen 2030“ als Experiment. Die erste Phase lief unter dem Schlagwort „MIT-Komm-Strategie“: Motivation, Information und Teilhabe mit umfassender Kommunikation und ist jetzt abgeschlossen. Illingen war schon in den letzten zehn Jahren dadurch gekennzeichnet, dass mehr Menschen starben als geboren wurden und weniger Neubürger in die Gemeinde zogen als Menschen weggezogen sind. Vor allem Abiturienten wandern ab, um außerhalb des Landes zu studieren. Hoch qualifizierte junge Erwachsene finden oft Arbeitsplätze in der Nähe ihrer Studienorte oder in Boomregionen. Zwar ist beim Wanderungstrend seit zwei Jahren ein Turnaround zu erkennen, aber die Geburtenrate bleibt niedrig. So altert die Bevölkerung kontinuierlich. Beide Entwicklungen führen zu sinkender und sich verändernder Auslastung bestehender (Infra-) Strukturen und stellen damit eine wesentliche Herausforderung für die kommunale Ebene dar.

Gemeinsam Zukunft planen, gemeinsam Erfolge feiern

Illingen 2030 ist als partizipatives Zukunftsprojekt angelegt. Bürger wurden sensibilisiert, sich dem demografischen Wandel und damit auch Problemen wie Schrumpfung, Alterung und Leerstand zu widmen. Ein Demografiebericht beschrieb Stärken und Schwächen in verständlicher Sprache. Die MIT-KOMM-Strategie ist gelungen. Mehr als 1.000 Bürger der 17.000-Einwohner-Gemeinde haben sich bisher intensiv beteiligt, entwickelten Ideen und leisteten Quartiersarbeit. Zu den Bausteinen gehörten eine Kick-Off-Veranstaltung mit viel Presse, Zukunftstage zur Herausarbeitung ortstypischer Profile, Sonderthemen („Handel und Gewerbe“, interkommunale Zusammenarbeit) und eine Abschlussveranstaltung. Illingen war Pilotprojekt

des saarländischen MELANIE-Förderprogramms (Modellvorhaben zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch innerörtliche Entwicklung), in dessen erster Phase erstmals Wohnungsleerstände systematisch erfasst und gemanagt wurden.

Mehr Dorf für weniger Menschen

Nach acht Jahren erwies sich das Leerstandsmanagement als das am schnellsten wirksame Instrument. Die Leerstände konnten zeitweise durch aktives Leerstandsmanagement der Verwaltung um 70 Prozent reduziert werden, indem Bürger motiviert werden konnten, alte Immobilien billiger zu verkaufen oder mit Gemeindezuschuss abzureißen. Die Strategien in MELANIE 2 lauteten „Nachverdichtung, Entwicklung, Abriss“. Oftmals können öffentliche Infrastrukturen nicht schnell genug an den sinkenden Bedarf bei zurückgehender Bevölkerung angepasst werden. Sinkenden Einnahmen stehen gleichbleibende oder pro Kopf gerechnet, höhere Kosten gegenüber, so genannte Remanenzkosten. In Illingen stand deshalb von Anfang an außer Frage, weitere Neubaugebiete im Außenbereich zu genehmigen, um keine zusätzlichen Infrastrukturkosten zu produzieren. Allerdings ist dies ein sehr langfristiges Vorhaben.

Kooperative Demografiepolitik für jung und alt

Ein hoch ambitioniertes Projekt war der Bau eines Kinderhauses, der von Eltern initiiert wurde. Weil der katholische Kindergarten vor der Schließung stand, entwickelten die Eltern in der Zukunftswerkstatt Hüttigweiler die Idee, erstmals ein kombiniertes Projekt von der Krippe über die Kita bis zur Ganztagsbetreuung der Grundschule unter einem Dach unterzubringen. Von der Idee bis zur Realisierung dauerte es zwar vier Jahre, aber am Ende siegte die Kreativität über Bedenkenräger und Ressortegoismen. Auch die Jugend kam zu ihrem Recht. Zehn Jahre lang hatte sie sich vergeblich um ein neues Domizil für ihr selbst veraltetes Jugendzentrum bemüht. Dann konnte

i

Bevölkerungsrückgang und Alterung Wesentliche Stellgrößen der Bevölkerungsentwicklung sind Geburtenniveau, Sterblichkeit und Wanderungen. Ein weiterer Faktor ist die Alters- und Geschlechterstruktur der Bevölkerung, die sich regional sehr unterschiedlich entwickelte. Während 2010 in der Region Lüneburg 35,4 % der Frauen 15 bis 44 Jahre alt waren, lag der Anteil in der Region Mecklenburgische Seenplatte nur bei 30 %.

Weniger Frauen im reproduktiven Alter lassen auch weniger Neugeborene erwarten. Wie unterschiedlich die demografischen Faktoren auf die Bevölkerungsentwicklung wirken zeigt das Beispiel der Regionen im ländlichen Raum, die von 1990 bis 2009 die Extremwerte vertreten. Während sich der Zuwachs (+17 %) der Region Emsland nahezu gleichmäßig aus Geburtenüberschüssen, Binnen- und Außenwanderungsgewinnen erklärt, resultieren die Verluste der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (-1,3 %) hälftig aus Sterbeüberschüssen und Wanderungsverlusten, bei geringen Außenwanderungsgewinnen. (BBSR 2012)

i

Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen (Remanenzkosten u.a.)

Demografische Prozesse sind eine wichtige Stellgröße kommunaler Finanzen. Während Änderungen der Einwohnerzahl meist unmittelbar Mehr- oder Mindereinnahmen (Steuern, Zuweisungen, Gebühren) bewirken, sind die Effekte altersstruktureller Veränderungen nicht so offensichtlich. Dabei weisen die kommunalen Finanzen im Detail deutliche altersstrukturelle Nutzungsmuster auf. Beispielsweise sind die 40 bis 59-Jährigen die Hochverdiener, zahlen also viel Einkommensteuer. Altersstrukturelle Potenzialverschiebungen treffen aber vor allem die Ausgabenseite. Wenn kommunale Leistungen immer weniger ausgelastet werden, ist eine Anpassung an die sinkende Nachfrage unausweichlich. Auch das kostet Geld. Im Gegensatz zu den Einnahmen passen sich die Ausgaben aber nicht sofort an die veränderte Situation an. Relative Kostensteigerungen je Nutzer sind die Folge. (BBSR 2012)

das ehemalige Arbeitsamt in einer Gemeinschaftsaktion von Illinger Jugend, von Politik (Ortsrat, Gemeinderat) und Verwaltung zum neuen JUZ umgebaut werden – mit Landes- und EFRE-Förderung. Die Jugendlichen brachten Sinnlichkeit ins Projekt, indem sie Licht und Farben auswählten, Wände verputzten und strichen, die Beleuchtungseinrichtung der Probenräume installierten und für technische Ausstattung und Internet sorgten.

Neues Leben in alten Gebäuden, Heimat und Kultur sind wichtig!

Auch konnten Wunden geheilt werden, die 2007 bei der Schließung von drei Grundschulen in den Orten geschlagen wurden: In Hirzweiler wurde die ehemalige Schule verkauft und mit Leader-Förderung in eine Schaukäserei umgebaut, die nun regionale Produkte herstellt. Eingebettet in den stark genutzten Erlebnisweg „Rund ums liebe Vieh“ können Stadtkinder dort wieder Landleben sehen und riechen. Die Volkshochschule wanderte aus dem Zentralort Illingen in die leer stehende Schule nach Wustweiler und bietet dort lebenslanges Lernen für alle an. Verwaltung und fast 150 Betriebe schufen mit dem „Illtaler“ echtes Regionalgeld, eine Bürgerstiftung wurde aus der Taufe gehoben, die Tafel als Solidarprojekt neu geschaffen. Man fühlt sich füreinander verantwortlich.

Mutig und kreativ kommunizieren

Spannend war die Reaktivierung eines vom Leerstand besonders betroffenen Bereichs. Bürgermeister, Ortsvorsteher und Planer mussten den Bewohnern der Brückenstraße zusichern, ihr Quartier öffentlich nicht negativ darzustellen. War die Kommunikationsstrategie in der ersten Phase des Projekts „Illingen 2030“ sehr offensiv, erfolgte sie nun sehr behutsam, stets in Abstimmung

mit den Beteiligten. Die Resonanz war sehr gut. Die Bewohner des Quartiers solidarisierten sich, halfen beim Abriss eines langjährigen Leerstands, legten einen Kommunikationsplatz an und ließen sich beraten, wie sie ihr Haus attraktiver gestalten können. Drei von vier langjährigen Leerständen verschwanden. Die Quartiersarbeit bewies aber auch, dass in gravierenden Fällen nur Abriss hilft. Jetzt war wieder die Kommunikations-Abteilung „Attacke“ gefragt: „Platz da!“ wurde das erste saarländische Abrissprogramm getauft. Auf großen Transparenten, die an halb verfallene Häuser gehängt wurden, hieß es „Mich hat's zuerst erwischt!“ oder „Ich bin als Nächstes

dran!“ Dies sorgte für Aufsehen und Diskussionen – und hatte damit den gewünschten Effekt. Hauseigentümer ließen sich motivieren, entweder leer stehende Häuser zu verkaufen, umzubauen oder abzureißen. Und die Verkaufspreise wurden marktgerechter.

Den Weg konsequent weiter gehen

Die Probleme sind damit noch nicht gelöst. 80 Kilometer Gemeindestraßen, 40 Kilometer Feldwege und 110 Kilometer Abwässerkanäle werden nicht weniger, wenn die Einwohnerzahl schrumpft. Die Zahl der Frei- und Hallenbadbesucher ist deutlich gestiegen, nachdem in der Nachbarschaft Bäder geschlossen wurden. Mit energetischer Sanierung wurde der Aufwand gesenkt, doch die Energiekosten sind durch höhere Energiepreise gestiegen. Über präventiven Schulsport und das Schwimmen lernen muss dennoch diskutiert werden, zumal Illingen das zweitgrößte saarländische Schulzentrum hat. Trotzdem muss jetzt die zweite Phase folgen, die Gemeinde zu vitalisieren, Profile zu bilden und interkommunal zu kooperieren. In Zukunft wird nicht mehr jeder alles machen können. Wie dies konkret aussehen soll, steht noch in den Sternen. Aber die Illinger werden sich der Bürger-Diskussion stellen und die Gemeinde verändern. „Illingen 2030“ geht weiter. Die erste Phase hat Mut gemacht.

Mehr Informationen**Armin König**

Bürgermeister der Gemeinde Illingen

E-Mail: buergermeister@illingen.de

www.illingen2030.de



Hessen

Werra-Meißner-Kreis

1.025 km² Gesamtfläche

16 Gemeinden



103.750 Einwohner im Gebiet

101 Einwohner pro km² im Gebiet,
287 Einwohner pro km² im Bundesland

6,5 Geburten je 1.000 Einwohner im Gebiet,
8,5 Geburten im Bundesland

Wanderungssaldo: -1,2 je 1.000 Einwohner

Durchschnittsalter: 47 Jahre

Bezugsjahr der Daten: 2010



Gewählte Strategie

Nachhaltige Entwicklung der Lebensqualität mit den Menschen der Region, das bedeutet Perspektiven für alle Generationen schaffen, wirtschaftliche Weiterentwicklung mit den Ressourcen der Region fördern und die natürliche und kulturelle Vielfalt erhalten.



Werra- Meißner- Kreis: Region hat Zukunft

Von Sabine Wilke und Michael Glatthaar.

Der Werra-Meißner-Kreis in Nordhessen muss sich, wie viele andere periphere ländliche Regionen, mit starkem Bevölkerungsrückgang sowie einer immer älter werdenden Bevölkerung auseinandersetzen. Diese Entwicklungen haben erhebliche Auswirkungen auf die regionale Infrastruktur. ►►

Die Werra-Meißner-Region hat ein außergewöhnlich vielfältiges Landschaftsbild, das sich besonders durch seine Mittelgebirgslandschaft, den reizvollen Kalkhöhenzügen und den Seen auszeichnet. Jedoch gehört die Region zu den strukturschwachen ländlichen Gebieten, die vor der Herausforderung stehen, ihre (Infra-) Strukturen dem Wandel anzupassen. Die Einwohnerzahl im Landkreis nimmt seit den 1970er Jahren kontinuierlich ab, von über 120.000 Einwohnern 1970 auf heute 103.000. Eine Ausnahme stellten die Jahre direkt nach der deutschen Wiedervereinigung mit starken Wanderungsgewinnen dar. Prognostiziert wird ein weiterer Rückgang auf etwa 80.000 Einwohner bis 2035.

Bau und Stadtentwicklung „Demografischer Wandel – Region schafft Zukunft“ beworben.

... und strategisch aufstellen

In einem eineinhalbjährigen Prozess erarbeiteten die Akteure Anpassungsstrategien und Handlungsempfehlungen im Rahmen eines Masterplans Daseinsvorsorge, und zwar in Themenfeldern wie Kindertagesbetreuung, Gesundheitsversorgung, Hausärztemangel, ambulante und stationäre Pflege, Nahversorgungseinrichtungen, Begegnungsstätten, Schule, Stärkung der Ortskerne, neue Nutzung der Leerstände und Mobilität. Dies fand im Wesentlichen in drei Arbeitsgruppen statt, darunter eine zur sozialen Infrastruktur. Akteure aus der Verwaltung, der Wirtschafts- und Sozialpartner sowie interessierte Bürger erarbeiteten für alle Themen mit großem Engagement und hoher Kompetenz Handlungsempfehlungen. Die Arbeit wurde durch externe Dienstleister unterstützt, die beispielsweise Szenarien und Modellrechnungen für verschiedene Strategien durchführten und Handlungsempfehlungen auf Grundlage der Diskussionen der Arbeitsgruppen entwickelten. Diese diskutierten sie mit einer breiten Öffentlichkeit. Die Ergebnisse des Masterplans befinden sich jetzt in der Umsetzung. Darüber hinaus wird der Masterplan mit neuen Themen fortgesetzt. Hierbei geht es um die Sicherung von Brandschutz und Rettungswesen sowie die bedarfsorientierte Nutzung öffentlich zugänglicher Räume in kleinen Orten, z.B. Dorfgemeinschaftshäuser, Gemeinde- oder Vereinsräume.

i Technische Infrastruktur Durch Bevölkerungsverluste sind die technischen Infrastrukturen wie Straßen, Kanäle, Stromkabel, Gas-, Wasser- und Abwasserleitungen immer geringer ausgelastet und die Fixkosten verteilen sich auf weniger Verbraucher. Aus der Minderauslastung ergeben sich zudem Zusatzkosten, um die Funktionsfähigkeit der Anlagen zu sichern. Weitere Kosten resultieren aus notwendigen Baumaßnahmen zur Anpassung der Anlagen an die geringere Nachfrage. Gebühren und Preise steigen eher exponentiell. Ländliche Räume sollten künftig stärker kooperativ zusammenarbeiten und vorhandene bzw. neu zu schaffende Strukturen dezentraler ausrichten. (BBSR 2012)

Gleichzeitig nimmt das Durchschnittsalter von heute 46,7 auf voraussichtlich 49 Jahre im Jahr 2020 zu, weswegen sich die Anforderungen an die Einrichtungen der Daseinsvorsorge deutlich ändern werden. Aber auch auf der Angebotsseite sind Engpässe zu befürchten: So waren im Jahr 2009 etwa zwei Drittel der Hausärzte im Kreis 50 Jahre und älter, sodass sich auch hier Handlungsbedarf ergibt.

Herausforderungen annehmen ...

Bereits im Jahre 2004 setzte sich der Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. mit dem demografischen Wandel konkret auseinander. Im Jahr 2006 wurde vom Kreis die Stabsstelle Demografie eingerichtet und der erste Demografiebericht erstellt, in dem die Kreisverwaltung ihre Aktivitäten in Handlungsfeldern mit Empfehlungen zusammengestellt und so eine Entscheidungsgrundlage für die politische Arbeit in den Gremien geschaffen hat. Im Jahr 2009 haben sich Werra-Meißner-Kreis und Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. erfolgreich im Modellvorhaben des Bundesministeriums für Verkehr,

Soziale Infrastruktur mit den Menschen gestalten

Parallel zur Erarbeitung des Masterplans setzten die Akteure insgesamt 25 Projekte in der Region um. So fand beispielsweise der Wettbewerb „Nah dabei“ statt. Hier konnten sich Vereine, Verbände und Kommunen bewerben, die einen Beitrag zu Dienstleistungs- und Nahversorgungsstrukturen im ländlichen Raum liefern und Begegnungsstätten und Kommunikationsräume für alle Generationen entstehen lassen. In dem Wettbewerbsbeitrag musste der Beteiligungsprozess für alle Generationen vor Ort darlegt werden. Es wurden sechs Projekte unterstützt, die mit viel ehrenamtlichem Engagement Maßnahmen in diesen Bereichen umsetzten. Ausgezeichnet wurden etwa der Verein „Freunde des Capitols“, der das Programmkinos in Witzenhausen zu einer multifunktionalen Kultur- und Kommunikationsstätte für alle Generationen ausbaute sowie der Förderverein Jestädt, der in über 10.000 ehrenamtlich geleisteten Stunden einen zentralen Dorfplatz zu einem Mehrgenerationenplatz umgestaltete.

i

Soziale Infrastruktur

Entgegengesetzte Entwicklungen kennzeichnen die soziale Infrastruktur (Bildung, Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, Kultur, Freizeit, private und öffentliche Dienstleistungen): Die Versorgungsbedarfe für „jugendrelevante“ Leistungen werden weniger, für die ältere Bevölkerung steigen sie nahezu flächendeckend an. In den ländlichen Räumen des Ostens erschweren Schrumpfungsprozesse die Auslastung. Immer öfter lässt sich die Schließung der „letzten Einrichtung“ nicht vermeiden. Gab es 2010 bundesweit ca. 1,2 Mio., so werden bis 2050 über 3 Mio. Pflegefälle prognostiziert. Die Dynamik konzentriert sich vor allem auf sehr alte Menschen und auf die ländlichen Räume, wo die nötigen Infrastrukturen fehlen. (BBSR 2012)

Ein weiteres Projekt aus dem Modellvorhaben sind die „Witzenhäuser Familienhäuser“. 13 Kindertagesstätten arbeiten zusammen und entwickeln sich zu Familienzentren mit generationsübergreifenden Lernangeboten. Besonders wichtig ist dieses Projekt deshalb, da Kindertagesstätten in vielen Gemeinden die einzigen noch existierenden, lebendigen Treffpunkte sind. Ihre Bedeutung als Begegnungsstätten und Orte des Miteinanders wächst erheblich. Besonders wichtig ist das vor allem für die kleineren Ortschaften. Die Vielfalt der Angebote wurde aus den Fähigkeiten und Wünschen aller Interessierten im Umfeld der Kitas heraus entwickelt. Alle Menschen, auch ohne eigene Kinder in der Kita, können teilnehmen. Beeindruckend ist, wie viel bürgerschaftliches und freiwilliges Engagement damit aktiviert werden konnte, denn zahlreiche Aktivitäten können kostenfrei angeboten werden. Zwei weitere erfolgreiche Projekte sind die Läden für Nahversorgung und Begegnung in Datterode, der „Marktwert ... leben im Ringgau!“ und das „Lädchen für alles“ in Gertenbach. Während in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche, vor allem kleinere Läden von unter 400 m² aus Wirtschaftlichkeitsüberlegungen geschlossen wurden, ist es gelungen neue zu eröffnen. Dabei führen neue Akteurskonstellationen, neue Betriebsmodelle, Bewegung bei größeren Einzelhandelsketten und der neue Umgang mit Kunden dazu, dass die neuen Läden wirtschaftlich sind. So wurden jeweils unterschiedliche Kombinationen aus Lebensmittelangeboten mit weiteren Dienstleistungen realisiert. Die zusätzlichen, mit den Dorfbewohnern erarbeiteten und abgestimmten Angebote sind ein wesentlicher Grund dafür, dass die Läden auch angenommen wurden. Denn ein Dorfladen kann nur dann wirtschaftlich existieren, wenn die Bevölkerung nicht nur die Butter vor Ort kauft. Diese neuen Läden sind ein Erfolgsmodell im Werra-Meißner-Kreis und haben den Orten eine neue Lebendigkeit verliehen.

Langlebige Strukturen sorgfältig planen

Im Bereich der technischen Infrastrukturen wurde im Rahmen des Modellvorhabens das Projekt: „Leitungsgebundene Ver- und Entsorgung versus Insellösung“ durchgeführt. Hier wurde deutlich, dass die Anpassung der technischen Infrastrukturen individuell geprüft werden muss, da die Wirtschaftlichkeit sehr stark von den vorhandenen Systemen mit langen Abschreibungszeiten abhängig ist. Des Weiteren wäre es notwendig, dass die gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung von dezentralen Anlagen flexibilisiert werden. Oft sind über kombinierte Systeme zentraler und dezentraler Lösungen Kosteneinsparungen möglich.

Alle an einem Strang

Wesentlich beim Demografieprozess im Werra-Meißner-Kreis ist, dass er vom Landrat sowie der Kreisverwaltung und dem Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. gemeinsam getragen und vorangetrieben wird. Der Verein für Regionalentwicklung ist dabei die Schnittstelle für die Einbindung der regionalen Akteure in den Prozess. Diese Doppelverantwortung ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Die Entwicklung und Umsetzung des Demografieprozesses kann nur gelingen, wenn er auch von allen politischen Parteien, Vertretern von Vereinen, Verbänden, regionalen Schlüsselakteuren sowie den Bürgern mitgetragen wird. Diesen Weg wollen wir weitergehen und gemeinsam mit den Menschen der Region unseren Lebensraum aktiv und lebendig gestalten, unter dem Motto ‚Region hat Zukunft‘. Die neuesten Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung im Werra-Meißner-Kreis belegen: Der Bevölkerungsrückgang im Kreis hat sich deutlich verlangsamt und der Kreis ist im hessenweiten Vergleich nicht mehr auf dem letzten Platz. Im Vergleich zum Jahr 2008, in dem die Bevölkerung um 1,35 Prozent (1.424 Personen) abgenommen hatte, wird die Abnahme für 2011 bei etwa 0,60 Prozent (ca. 630 Personen) liegen, das wäre mehr als eine Halbierung des prozentualen Bevölkerungsrückgangs.

Mehr Informationen**Sabine Wilke**

Verein für Regionalentwicklung

Werra-Meißner e.V. (VfR)

E-Mail: sabine.wilke@vfr-werra-meissner.de

www.vfr-werra-meissner.de

www.werra-meissner-kreis.de/demografie

Dr. Michael Glatthaar, proloco, Bremen

E-Mail: glatthaar@proloco-bremen.de



Mecklenburg-Vorpommern

Landkreis Vorpommern-Greifswald

3.927 km² Gesamtfläche

154 Gemeinden



245.733 Einwohner im Gebiet *

63 Einwohner pro km² im Gebiet,
71 Einwohner pro km² im Bundesland *

7,5 Geburten je 1.000 Einwohner im Gebiet,
7,9 Geburten im Bundesland **

Wanderungssaldo: -4,2 je 1.000 Einwohner **

Durchschnittsalter: OVP = 45 Jahre,
UER = 48 Jahre, HGW = 42 Jahre *

Datenstand: * 2010, ** 2009



Gewählte Strategie

Doppelte Doppelstrategie:
Anpassen + Gegensteuern,
Nutzung eigener Stärken + Impulse von
außen



Landkreis Vorpommern- Greifswald: Die Zukunft engagiert angehen!

Von Michael Heinz und Enrico Stahlkopf.

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald hat innerhalb der letzten 20 Jahre beinahe ein Fünftel seiner Bevölkerung verloren. Damit einher gehen demografische Veränderungen, die eng mit wirtschaftlichen, politischen und sozialen Peripherisierungsprozessen sowie schwierigen finanz- und entscheidungspolitischen Rahmenbedingungen verknüpft sind. Die vielen kleinen Gemeinden haben nahezu keine Handlungsspielräume mehr, insbesondere bei den freiwilligen Aufgaben. ►►

Vor allem in den wirtschaftsstrukturell schwachen ländlichen Gebieten sind anhaltende Abwanderungen junger Menschen und Geburtenrückgänge, Schrumpfung und Alterung sowie damit verbundene soziale Erosionsprozesse vorherrschend. Von den Ursachen und Konsequenzen, wie zum Beispiel den gravierenden Erreichbarkeitsunterschieden von sozialen Einrichtungen, sind Menschen aller Altersgruppen betroffen. So beträgt etwa die durchschnittliche wöchentliche Wartezeit eines Schülers auf den Schulbus 2 Stunden und 12 Minuten für die Heimfahrt. Innovative Lösungen für derartige Probleme zu finden, ist daher ein Kernanliegen der Region. Dabei geht es nicht nur um eine bedarfsorientierte Anpassung, sondern um eine nachhaltige selbstbestimmte Entwicklung, die regionale Stärken nutzt und die Lebensqualität der Menschen vor Ort erhält.

Zukunft gestalten: Gegensteuern und Anpassen

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald bewegt sich im Spannungsfeld zwischen bereits notwendiger Anpassung an die erheblichen Wandlungsprozesse und den gleichermaßen notwendigen Anstrengungen zum Gegensteuern. Beide Strategien bedürfen einer breiten Kommunikation mit regionalen Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung. Als Grundlage dieses Kommunikationsprozesses dient das im Rahmen des Bundesmodellvorhabens „Region schafft Zukunft“ entwickelte demografische Handlungskonzept (s. S. 60). Darin wurden

Wissensgrundlagen sowie konkrete Lösungsansätze entwickelt. Mit der regionalen Entwicklungs- und Stabilisierungsinitiative des Landkreises (RESI) werden diese Ziele auch über das Ende des Modellvorhabens hinaus weiterverfolgt.

Chance demografischer Wandel

Im Vergleich zu anderen Regionen ergeben sich für den Landkreis mehrere Chancen: Erstens wird Vorpommern-Greifswald – und ist es bereits jetzt in Ansätzen – aufgrund des Entwicklungsvorsprunges in Fragen des demografischen Wandels bundesweit und international zum Wissensexporteur von Strategien und Einzelmaßnahmen.

Zweitens ist die Region mit ihrem sehr hohen Landschafts- und Erholungswert als überregionale Zuwanderungsregion für die Zielgruppe 55+ zunehmend interessant. Ein gezielter Ausbau der Gesundheits- und Betreuungsinfrastruktur eröffnet weiteres Zuzugspotenzial. Bereits jetzt verlegen immer mehr aktive Senioren mit Aufbruchs- und Gestaltungswillen ihren Lebensmittelpunkt hierher.

Drittens sind es Kulturschaffende, Freiberufler, Unternehmer, junge Familien mit alternativen Lebensstilen, die als so genannte Raumpioniere bewusst in Regionen mit Gestaltungsmöglichkeiten und niedrigen Immobilienpreisen vorstoßen und dabei mitunter über ihre Alternativökonomien lokale Wirtschaftsimpulse schaffen. Beispielgebend seien die Orte Grüttow (Gemeinde Stolpe), Stolpmühl und Quilow (Gemeinde Groß Polzin) oder Klein Jasedow (Gemeinde Lissan) genannt.

Viertens können schon heute in einigen Gemeinden entlang der deutsch-polnischen Grenze im Suburbanisierungsgebiet Szczecins bildungsorientierte Zuzüge von Familien festgestellt werden. Dies führte unter anderem dazu, dass aufgrund der wachsenden Kinderzahl in der Gemeinde Löcknitz ein Kindergarten mit deutsch-polnischen Bildungsschwerpunkten aufgebaut wurde.

Wie antwortet die Region?

Aktives Gegensteuern durch verbesserte Rahmenbedingungen des Lebens, des Arbeitens und des Lernens ist ein komplexer Prozess, der Zeit braucht und externe Unterstützung. Mit der Teilnahme am Bundesmodellprojekt „Lernen vor Ort“ wird das Ziel der Verbesserung der kommunalen Bildungslandschaft verfolgt. Hier sollen wissensbasierte passfähige Strukturen geschaffen werden, durch neue Kooperationsmodelle regionaler Bildungsakteure in allen Bereichen des lebenslangen Lernens, eingebettet in einen öffentlichen Diskussionsprozess über die Ziele bildungspolitischen Handelns. Ein Baustein die-



Außenwanderungen Für die bundesweite Bevölkerungsentwicklung sind die Außenwanderungen seit Jahrzehnten die einzige Wachstumsquelle. Allerdings sind

sie im zeitlichen Verlauf durch starke Schwankungen gekennzeichnet, die sich letztlich auf wandelnde politische und ökonomische Rahmenbedingungen zurückführen lassen. Weiterhin partizipieren die Regionen in sehr unterschiedlichem Maße am internationalen Wanderungsgeschehen. Traditionell sind die Außenwanderungen auf die Großstädte der alten Länder und auf Berlin gerichtet. Neue Zuwanderer knüpfen häufig an bestehende soziale Netze früherer Migranten an. Eine Ausnahme stellen die vor allem in den 1990er Jahren zugewanderten Aussiedler dar, deren Verteilung durch staatliche Lenkung zumindest vorübergehend auch vielen ländlichen Regionen zugute kam. Darüber hinaus haben in den letzten Jahren mit der zunehmenden Durchlässigkeit der innereuropäischen Grenzen auch in einigen grenznahen ländlichen Räumen kleinräumige Wanderungsbeziehungen mit dem Ausland an Bedeutung gewonnen. (BBSR 2012)

i

Binnenwanderungen Durch Binnenwanderungen wird die lokale Bevölkerungsentwicklung teilweise erheblich beeinflusst, der demografische Wandel wird entsprechend verstärkt oder abgeschwächt. Sie sind konsequenterweise ein Nullsummenspiel, Gewinne einer Region sind die Verluste einer anderen. Ländliche Räume sind häufig durch Abwanderung gekennzeichnet. Lange Jahre sind diese Wanderungsverluste durch vergleichsweise hohe Geburtenraten weniger problematisch gewesen. Es ist nun ein zentrales Merkmal des demografischen Wandels, dass – gerade in den ländlichen Räumen – die früheren Geburtenüberschüsse durch Sterbeüberschüsse abgelöst werden. Bei Binnenwanderungen sind zudem altersspezifische Gegensätze charakteristisch. Dies gilt in besonderem Maße im Stadt-Umland-Kontext, wobei hier die Übergänge zum ländlichen Raum fließend sind. So haben die Großstädte durchweg Gewinne bei den jüngeren Erwachsenen, während sie bei den übrigen Altersgruppen meist an das unmittelbare Umland, zuweilen auch an ländliche Räume Bevölkerung abgeben. Ländliche Räume zeichnen sich häufig durch Wanderungsgewinne bei älteren Menschen aus. Von diesen Ruhestandswanderungen profitieren vor allem landschaftlich attraktiven Regionen, gerade wenn sie in guter Erreichbarkeit zu den Agglomerationen liegen. Die quantitative Bedeutung der Ruhestandswanderungen ist aber insgesamt gering. (BBSR 2012)

ser Strategie ist das Projekt UniDorf. Gesucht wird nach neuen Ideen und Lösungsansätzen auf lokaler Ebene. Mit diesem Kooperations- bzw. Wissenstransfermodell zwischen Gemeinden und Hochschulen werden Gestaltungsräume für die Menschen vor Ort geschaffen, die sich aktiv mit ihrem dörflichen Lebensumfeld auseinandersetzen und dabei von Studierenden und Wissenschaftlern der Hochschulen unterstützt werden. Der Mehrwert solcher Projekte liegt in der Beteiligung von Betroffenen, denen eine Stimme gegeben wird und die durch eigene Ideen ihr dörfliches Lebensumfeld mitgestalten.

UniDorf Ducherow

Ducherow hat 2.600 Einwohner und die Basis-Infrastrukturausstattung eines Grundzentrums. Über ein Kooperationsmodell zwischen Schule, Gemeinde und Hochschulen wird eine innovative Lern- und Beteiligungswelt für Jugendliche realisiert. Unterstützt wird die Gemeinde durch Planungsstudenten der Hochschule Neubrandenburg sowie angehende Lehrer der Universität Greifswald. Jugendliche sollen mehr an der Gemeindeentwicklung beteiligt und verstärkt an ihren Schul- und maßgeblichen Sozialisationswohnort gebunden werden. Für die Strategie des Gegensteuerns ist dabei relevant, dass zum Beispiel dort, wo herkömmliche Planung und Politik nur einen leer stehenden Bahnhof außerhalb des gemeindlichen Zuständigkeitsbereiches sieht, die Schüler und Studenten Ideen für internationale Jugendbegegnungsstätten oder eine visionäre „Stadt der Jugend“ nach modernsten energetischen und regionalökonomischen Konzepten entwickeln.

Sinnvolle Umnutzung

In der Gemeinde Vogelsang-Warsin in randständiger Lage zwischen Stettiner Haff, Ueckerländer Heide und

deutsch-polnischer Grenze ist die Bevölkerungszahl seit 1990 um 31 Prozent auf heute 380 Einwohnern gesunken. Der Infrastrukturabbau in der Daseinsvorsorge führte zu einer Unterversorgung. Im Rahmen des Leader-Programms wird hier derzeit ein multiples Haus im alten Schulgebäude aufgebaut. Darin sollen an verschiedenen Wochentagen unterschiedliche mobile Dienstleistungen (zum Beispiel Arzt, Sparkasse, Physiotherapie, Lebensmittelverkauf) angeboten werden. Jeweils abends und am Wochenende kann das multiple Haus für soziale Aktivitäten von der Dorfgemeinschaft genutzt werden. Ein Projekt, das vor allem auf die eingeschränkte Mobilität der alternden Ortsbevölkerung eingeht.

Gestaltungsräume sichern!

Neben all der demografisch bedingten und notwendigen Anpassung, generieren Methoden der lern- und wissensorientierten Regionalentwicklung Ideen und Produkte des Gegensteuerns und des aktiven Gestaltens, die demografischen Wandel wert- und angstfrei vordenken können. Ziel auf Landkreisebene muss es sein, die verschiedenen Einzelansätze zu einem gelungenen Offensivspiel zusammenzuführen.

Mehr Informationen

Landkreis Vorpommern-Greifswald

www.kreis-ovp.de

Michael Heinz

E-Mail: m.heinz@landkreis-ostvorpommern.net

Enrico Stahlkopf

E-Mail: e.stahlkopf@landkreis-ostvorpommern.net

Karte zur Bevölkerungsverteilung

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

Zentrale Zukunftsaufgabe
der Bundesregierung:

Den demografischen Wandel aktiv gestalten

Von Bettina Auerbach

Kaum ein anderes Phänomen wird die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland umfassender und nachhaltiger beeinflussen als der demografische Wandel. Ländliche Räume sind von den Folgen besonders betroffen. Wir sind der demografischen Entwicklung aber nicht hilflos ausgeliefert, es gilt, sie zu gestalten. ►►

Das Jahr 2003 datiert den Beginn einer Entwicklung, die sich in den kommenden Jahren weiter fortsetzen wird: Die Gesamtbevölkerung in Deutschland sinkt und der Altersdurchschnitt der Menschen steigt. Nach Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes wird die Gesamtbevölkerung in den nächsten 50 Jahren um 15 bis 21 Prozent abnehmen. Es ist eine erfreuliche Entwicklung, dass die Lebenserwartung seit über 150 Jahren um knapp drei Monate pro Jahr ansteigt. Nicht zuletzt der gestiegene Wohlstand, die verbesserten Arbeitsbedingungen und der medizinische Fortschritt ermöglichen uns heute ein deutlich längeres Leben und ein Leben in immer besserer Gesundheit.



Deutschland besonders stark betroffen

Wir müssen uns bewusst machen, dass Deutschland im europäischen Vergleich den letzten Platz bei der Geburtenrate einnimmt. Auch wenn die Bevölkerungsentwicklung zusätzlich durch Zu- und Abwanderung beeinflusst wird, können die fehlenden Jahrgänge nicht mehr ausgeglichen werden. Daher ist die Gestaltung der demografischen Entwicklung für die Bundesregierung eine der zentralen Zukunftsaufgaben. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung einen interministeriellen Ausschuss „Demografie“ unter Federführung des Bundesministeriums des Innern eingerichtet, dessen zentrale Aufgabe in der Koordinierung von Programmen und Initiativen der verschiedenen Ressorts zur Gestaltung des demografischen Wandels liegt. Der „Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes“ wurde am 26. Oktober 2011 im Kabinett verabschiedet. Er stellt die bisher eingetretene und zukünftig absehbare Entwicklung in Deutschland dar und zeigt die Folgen für die einzelnen Politikfelder auf.

Trend: Familie und Gesellschaft

Die Individualisierung der Gesellschaft führt zu neuen Formen des Zusammenlebens. Neben der „klassischen Familie“ gewinnen nichteheliche Lebensformen oder Al-

leinerziehende immer mehr an Bedeutung. Die Familie – klassisch oder modern – ist für die demografische Entwicklung von zentraler Bedeutung, deswegen ist es ein erklärtes Ziel der Bundesregierung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Aus diesem Grund unterstützen eine Vielzahl von staatlichen Maßnahmen Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und -phasen; der Ausbau der Kinderbetreuung ist ein Baustein (siehe Seite 31). Als Reaktion auf den Anstieg der Lebenserwartung werden Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung geschaffen oder Infrastrukturen gefördert, die das Potenzial des bürgerschaftlichen Engagements einbinden.



Trend: Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Forschung

Für das Wirtschaftswachstum und die Wachstumsdynamik sind der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der damit verbundene Fachkräftemangel von großer Bedeutung. Die Regierung setzt darauf, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial besser zu nutzen. Verstärkt mobilisiert werden sollen auch Frauen, ältere Arbeitnehmer und Menschen mit Behinderungen. Ausbau der Kinderbetreuung, Verbesserung der Karrierechancen für Frauen und Ausgestaltung von alters- und altersgerechten Arbeitsbedingungen sind Schwerpunkte der Politik. Darüber hinaus führt auch ein erhöhtes Bildungsniveau zu bedeutenden Wachstumseffekten. Dementsprechend muss das Bildungswesen in Deutschland an die Geburtenentwicklung und den Alterungsprozess angepasst werden („Lebenslanges Lernen“). Auch die gezielte Förderung von Nachwuchswissenschaftlern und Intensivierung der Forschungs- und Innovationsaktivitäten sollen dabei helfen, Deutschland fit für die Zukunft zu machen.

Trend: Migration und Integration

Wegen des Fachkräftemangels wird die Bundesregierung durch die Ausgestaltung des Zuwanderungsrechts die Attraktivität Deutschlands für Hochqualifizierte steigern.

Sie will deshalb bürokratische Hindernisse für qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Ausland abbauen und die Rahmenbedingungen für die Niederlassungs- und Aufenthaltserlaubnis verbessern.

Trend: Gesundheit und Pflege

Immer mehr Menschen werden immer älter – eine Entwicklung die sich auf das Gesundheitssystem auswirkt. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, auch in Zukunft allen eine hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung zur Verfügung zu stellen. Zur Erreichung die-



ses Ziels, muss das bestehende Gesundheitssystem angepasst werden. Vor allem für die ländlichen Räume spielt hierbei das vom Bundestag verabschiedete GKV-Versorgungsstrukturgesetz eine wichtige Rolle, mit welchem dem Ärztemangel und medizinischen Versorgungsengpässen begegnet werden soll (siehe auch Seite 32).

Trend: Infrastruktur und Mobilität

In den dünn besiedelten ländlichen Räumen führt die Abnahme der Bevölkerung zu einer zurückgehenden Auslastung der Infrastrukturen. Hier gilt es nun, angepasste bedarfsgerechte Lösungen zu entwickeln, die auf die regionalen Gegebenheiten ausgerichtet sind. Die Bundesregierung unterstützt mit ihren Förderprogrammen und Modellvorhaben die Länder. Wichtig ist auch der weitere Auf- und Ausbau moderner Kommunikationsmittel und die Anpassung bestehender Verkehrssysteme an den Bedarf. Außerdem sollen innovative Mobilitätslösungen entwickelt werden.

Der demografische Wandel: Herausforderung und Chance zugleich

Der demografische Wandel ist Herausforderung und Chance zugleich. Durch geeignete Maßnahmen sollen die

Lebensqualität, die Wirtschaftskraft und die Beschäftigungsperspektiven in den Regionen gestärkt werden. Veränderte Nachfragestrukturen erfordern eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Anpassung der Angebote. Geschieht dies nicht, ist damit zu rechnen, dass bestimmte Leistungen langfristig nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Vor diesem Hintergrund muss ein „Umdenken“ stattfinden: Sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen ist statt eines „gesteuerten Wachstums“ ein „gestaltender Umbau“ die Antwort. Einen für alle gültigen Gestaltungsansatz gibt es dabei nicht. Besser sind örtlich angepasste Lösungen, welche die regionalen und wirtschaftlichen Spezifika berücksichtigen; eine große Herausforderung auch für die Bundesländer und Kommunen. Kooperationen auf regionaler Ebene über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg werden zukünftig an Bedeutung gewinnen. Zur verbesserten Abstimmung der einzelnen Maßnahmen ist zum Beispiel zu prüfen, wie die verschiedenen Fördermaßnahmen noch gezielter eingesetzt und Synergieeffekte genutzt werden können.

Der Bund packt an!

Im Mittelpunkt der Demografiestrategie der Bundesregierung werden innovative Lösungsansätze für jeden Einzelnen in seiner jeweiligen Lebenssituation, aber auch für die Gesellschaft insgesamt stehen. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass wir uns der Chancen der demografischen Entwicklung bewusst werden: Ein längeres gesundes Leben bietet Chancen für jeden Einzelnen, seine Potenziale und Fähigkeiten zu entwickeln und seinen Beitrag zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu leisten. Die demografische Entwicklung ermöglicht eine umfassende und nachhaltige Modernisierung der Daseinsvorsorge und der infrastrukturellen Angebote. Die Bundesregierung wird diesen Prozess aktiv begleiten und versteht den Demografiebericht und die darauf aufbauende Strategie als Beitrag zur Entwicklung einer ebenenübergreifenden Demografiepolitik für Deutschland.

Wie die einzelnen Ressorts die ländlichen Räume unterstützen, erfahren Sie auf den nachfolgenden Seiten.

Mehr Informationen

Bettina Auerbach

Bundesministerium des Innern

Referat „Demografie“

E-Mail: bettina.auerbach@bmi.bund.de

Die Menschen vor Ort unterstützen

Auf die Akteure in den Regionen setzen sowohl das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) als auch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

BMELV. Ländliche Räume sind vom demografischen Wandel besonders betroffen. Die Politik ist gefordert zu verhindern, dass Schrumpfungs- und Alterungsprozesse eine Abwärtsspirale in Gang setzen. Deshalb gilt das besondere Augenmerk des BMELV den peripheren Regionen um dort zur Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse eine ausreichende Daseinsvorsorge bereit zu stellen, Wertschöpfung in den Regionen zu erhalten und die Lebensqualität zu verbessern. Deshalb ist dem demografischen Wandel sowohl bei der EU-Strukturpolitik nach 2013 als auch bei nationalen Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die vorgesehene Stärkung der 2. Säule der europäischen Agrarpolitik durch Ausbau des Förderspektrums ermöglicht es, mit flexiblen Programmen die regionalen Erfordernisse zu berücksichtigen. In der nationalen Förderung ist eine sachliche und räumliche Schwerpunktsetzung notwendig und Investitionen sind dahingehend zu überprüfen, ob künftige Generationen den Unterhalt der Objekte sichern können. Auch gilt es, den Kommunen mehr Eigenverantwortung zu geben, beispielsweise durch den Ausbau flexibler regionaler Finanzierungsinstrumente, wie Regionalfonds oder Mikrofinanzierung. In diesem Sinne will das BMELV mit dem Modellvorhaben *LandZukunft*

im Zeitraum 2012 – 2014 innovative Wege erproben und Erfahrungen sammeln, wie es in peripheren ländlichen Regionen gelingt, regionale Wertschöpfung zu fördern, die Beschäftigung zu sichern und den demografischen Wandel zu bewältigen. Dazu sollen Menschen mit Unternehmergeist für das Vorankommen ihrer Region mobilisiert und die Umsetzung kreativer Ideen unterstützt werden. Wichtige Impulse zum Thema „Ländliche Räume im demografischen Wandel“ sollen vom Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2012 ausgehen: Die Diskussion der regionalen Herausforderungen und von Handlungsempfehlungen stehen auf der Agenda.

Mehr Informationen

www.land-zukunft.de
www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de

BMELV – Referat Entwicklung ländlicher Räume
 Dr. Ulrich Neubauer
 E-Mail: ulrich.neubauer@bmelv.bund.de

BMVBS. Wer den demografischen Wandel in ländlichen Räumen gestalten will, kann auf die Ideen und Erfahrungen der Menschen vor Ort nicht verzichten. Deshalb setzt das BMVBS in der 2010 gestarteten „Initiative Ländliche Infrastruktur“ auf regionale Stärken, überörtliche Kooperation und Mitwirkung der Bürger: So werden im Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ gerade Klein- und Mittelstädte in ländlichen Räumen als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge gestärkt. Beim jährlichen Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ (Schwerpunkt 2012: Mobilität) werden zudem Akteure vor Ort für ihr Engagement ausgezeichnet. Mit dem neuen Modellvorhaben „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ werden bis 2014 21 Regionen fachlich und finanziell bei der Entwicklung überörtlicher Konzepte zur Weiterentwicklung der Infrastruktur unterstützt. Insbesondere fachübergreifende Ansätze sind für eine erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels wichtig. Daher förderte das BMVBS im Modellvorhaben „Region schafft Zukunft“ die Entwicklung und Erprobung kooperativer Konzepte in ausgewählten Regio-

nen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind auch für andere Regionen nutzbar. So kann zum Beispiel die Erreichbarkeit von Schulstandorten und Nahversorgungszentren durch ein Ineinandergreifen von konventionellem Linienverkehr und ergänzenden flexiblen Angeboten wie Rufbusverkehren oder Bürger-Bussen sichergestellt werden (Praxisbeispiele in der Broschüre „Mobilitätssicherung in Zeiten des demografischen Wandels“).

Mehr Informationen

www.staedtebaufoerderung.info
www.bmvbs.de/initiative-laendliche-infrastruktur
www.menschenundfolge.de
www.regionale-daseinsvorsorge.de
www.region-schafft-zukunft.de

BMVBS – Referat Bürgerservice
 E-Mail: buergerinfo@bmvbs.bund.de

Familienfreundlichkeit und faire Chancen

Standortfaktor Familienfreundlichkeit steht über den Angeboten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Faire Chancen für Jugendliche, Alte Menschen sowie Familien ist Kern der demografiebezogenen Agenda des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

BMAS. Wie können im ländlichen Raum die Potenziale von Frauen stärker für den Arbeitsmarkt genutzt werden? Eine Voraussetzung ist, dass Frauen mit Kindern ihre familiären Aufgaben mit den beruflichen Anforderungen in Einklang bringen können. Das BMAS setzt sich dafür ein. Alleinerziehende stehen vor besonderen Herausforderungen. Um Unterstützungsleistungen vor Ort bedarfsgerecht zu verzahnen und zu optimieren, braucht es wirksame Netzwerke auf kommunaler Ebene unter Einbeziehung der Wirtschaft. Das Netzwerk „NAVI“ im thüringischen Suhl macht es vor: Koordiniert durch den Ausbildungsverbund FAV gGmbH haben sich Jobcenter, Stadtverwaltung, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, der Bundesverband mittelständische Wirtschaft Kreisverband Südthüringen e.V. und freie Träger zusammengeschlossen. Das Netzwerk will die Akzeptanz von alleinerziehenden Frauen als Arbeits- und Fachkräfte bei regionalen Arbeitgebern steigern und ihre Beschäftigungschancen erhöhen. Entwickelt werden sollen insbesondere Modelle flexibler Kinderbetreuung und zur Erhöhung der Mobilität. Ausgehend von Bedarfserhebungen in Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und bei Alleinerziehenden sol-

len Angebote optimiert und Kooperationen verbessert werden. Die Erwartungen des Jobcenters und der Stadtverwaltung an NAVI sind hoch: Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird als entscheidender Faktor im überregionalen Wettbewerb um Fachkräfte betrachtet. NAVI ist eines von bundesweit 102 Projekten, die über das ESF-Bundesprogramm „Netzwerke wirksamer Hilfen für Alleinerziehende“ des BMAS bis 2013 gefördert werden. Ziel ist, gute Praxis zu identifizieren und dauerhaft zu verankern.

Mehr Informationen

www.alleinerziehende-bmas.de

BMAS – Referat Vereinbarkeit Beruf und Familie, Chancensicherung für Kinder

E-Mail: ia2@bmas.bund.de oder netzwerke.alleinerziehende@bmas.bund.de

BMFSFJ. Die Demografiepolitik des BMFSFJ versteht sich als eine Politik der fairen Chancen, die hilft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer schrumpfenden, alternden und von größerer Vielfalt geprägten Gesellschaft zu stärken und die Leistungsfähigkeit eines jeden zur Geltung zu bringen. Zuerst geht es um faire Chancen für Menschen, die Zeit für Familie brauchen. Mit der Familienpflegezeit, dem Elterngeld und dem Ausbau der Kinderbetreuung eröffnet die Politik faire Chancen für Eltern und pflegende Angehörige. Ältere Menschen erhalten mit dem Programm „Zuhause im Alter“ die Chance, ihr Leben so lange wie möglich selbst zu gestalten und im vertrauten Umfeld wohnen bleiben. Zudem soll die Attraktivität des Ausbildungsberufes Altenpflege gesteigert und die beruflichen Rahmenbedingungen für Pflegekräfte verbessert werden. Der Stufenplan mit dem Vorschlag einer flexiblen Quote für Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten setzt ein Zeichen für Chancengerechtigkeit, das auf die gesamte Arbeitswelt ausstrahlen wird, die Männer und Frauen in allen Berufs- und Lohngruppen braucht. Die Grundlage für faire Chancen und individuelle Aufstiegsgeschichten wird in jungen Jahren gelegt. Unsere „Offensive Frühe Chancen“ und die „Initiative JUGEND STÄRKEN“ unter-

stützen Familien dort, wo Eltern bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder Unterstützung brauchen. Mit dem Bundesfreiwilligendienst geben wir engagierten Menschen aller Generationen, die sich für den sozialen Zusammenhalt einsetzen möchten, einen passenden Rahmen. Damit und mit den Mehrgenerationenhäusern, die Knotenpunkte bürgerschaftlichen Engagements sind, schaffen wir eine neue Kultur der Freiwilligkeit in Deutschland.

Mehr Informationen

www.bmfsfj.de
www.serviceportal-zuhause-im-alter.de
www.fruehe-chancen.de
www.jugend-staerken.de
www.mehrgenerationenhaeuser.de

BMFSFJ – Referat Demografischer Wandel, Wirtschaftsfaktor Alter

E-Mail: referat.302@bmfsfj.bund.de

Innovationen und flächendeckende Versorgung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt Wettbewerbsfähigkeit und lebenslange Teilhabe. Für das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) steht die ärztliche Versorgung ländlicher Räume und die Verbesserung der Pflege im Fokus.

BMBF. Der demografische Wandel ist ein komplexes gesellschaftliches Phänomen. Dabei spielen viele Faktoren zusammen, die sowohl den konkreten Wandlungsprozess beeinflussen als auch von seinen Auswirkungen betroffen sind. Im Verbund der einzelnen Maßnahmen in der Strategie des Bundes (siehe Seite 28 – 29) kommt den Themen Bildung, Forschung und Innovation eine große Bedeutung zu. Zum einen geht es darum, wie mit einer alternden und schrumpfenden Erwerbsbevölkerung die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands erhalten und möglichst noch erhöht werden kann. Zum anderen darum, durch Wissenschaft und Technik die Lebenssituation älterer Menschen zu verbessern. Das BMBF fördert daher Maßnahmen, die dazu beitragen, die Gesundheit sowie körperliche und geistige Fitness älterer und alter Menschen zu erhalten oder zu verbessern. Ein weiterer Schwerpunkt des BMBF ist die Fortentwicklung von altersgerechten Assistenzsystemen, die es im Verbund mit bestehenden oder neuen (Pflege-) Dienstleistungen älteren Menschen ermöglichen, möglichst lange und selbstständig zuhause wohnen zu können.

Darüber hinaus sollen die Assistenzsysteme die Mobilität älterer Menschen gewährleisten, um so deren gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Die Maßnahmen zielen stets auf die Entwicklung von ganz konkreten und an die lokalen und regionalen Verhältnisse angepassten Lösungen. Im Mittelpunkt steht dabei, durch technische Innovationen auch gesellschaftliche Innovationen anzustoßen.

Mehr Informationen

„Mobil bis ins hohe Alter“

www.bmbf.de/foerderungen/15268.php

„Assistierte Pflege von morgen“

www.bmbf.de/foerderungen/16658.php

Dr. Marc Bovenschulte

Projekträger „Demographischer Wandel“ des BMBF

E-Mail: marc.bovenschulte@vdivide-it.de

BMG. Der demografische Wandel hat zunächst eine positive Botschaft: Immer mehr Menschen erreichen bei immer besserer geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit ein hohes Alter. Allerdings bei einem gleichzeitig steigendem Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen und regionalen Unterschieden bei der ärztlichen Versorgung. Schon heute gibt es in einigen ländlichen Regionen, die besonders vom demografischen Wandel betroffen sind, unbesetzte Arztpraxen. Das bereits im Bundestag verabschiedete Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung setzt Anreize für Ärzte, sich in unterversorgten Gebieten niederzulassen. Das Gesetz sieht eine Flexibilisierung der Bedarfsplanung vor, die regionalen Besonderheiten Rechnung trägt. Gleichzeitig wird die Förderung mobiler Versorgungskonzepte ausgebaut. Durch die Alterung der Bevölkerung ist auch ein steigender Bedarf an Pflegeleistungen zu erwarten. Die Bundesregierung hat bereits Eckpunkte zur Pflegereform beschlossen. Die Pflegeversicherung wird so weiterentwickelt, dass alle Bürger auch in Zukunft ihr Recht auf eine würdevolle Pflege und Betreuung einlösen können. Ziel ist es insbesondere, den speziellen Bedürfnissen der Demenzkranken besser gerecht zu werden. Nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird beispielsweise die Versorgung von Menschen in Wohngruppen unterstützt. Modell-

programme der Bundesregierung, wie etwa das Programm zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger, liefern Erkenntnisse zur Fortentwicklung der Versorgung. Im Rahmen der Hightech-Strategie 2020 fördert die Bundesregierung zudem die Entwicklung technischer Lösungen zur Entlastung Pflegebedürftiger und Pflegenden. Ferner wird das BMG im Anschluss an das „Leuchtturmprojekt Demenz“ im Rahmen des Projektes „Zukunftswerkstatt Demenz“ Fragen der Versorgung von demenziell erkrankten Menschen vertieft aufarbeiten.

Mehr Informationen

www.bmg.bund.de/versorgungsstrukturgesetz

www.dlr.de/pt/desktopdefault.aspx/tabid-3213

www.hightech-strategie.de

www.bmg.bund.de/pflege/demenz.html

BMG – Referat Grundsatzfragen der Gesundheitspolitik, gesamtwirtschaftliche und steuerliche Aspekte, Statistik des Gesundheitswesens

E-Mail: g11@bmg.bund.de

Auf einen Blick - Infos auf Bundesebene

Ergänzend zu den demografiepolitischen Aktivitäten des Bundes, die auf den vorangegangenen Seiten vorgestellt werden, finden Sie hier eine Auswahl von Informationsangeboten und Projektlinks der Bundesregierung und bundesweit tätiger Institutionen.

Von Stefan Kämper. Die zentralen Demografieseiten des Bundes beim Innenministerium liefern grundsätzliche Informationen. Dort ist auch der 2011 veröffentlichte Demografiebericht der Bundesregierung abrufbar, ebenso das „Handlungskonzept: Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ und Ergebnisse des Modellvorhabens „Daseinsvorsorge 2030“ (www.bmi.bund.de ▶ Themen ▶ Politik und Gesellschaft ▶ Demografische Entwicklung).

Auf dem Portal www.erfahrung-ist-zukunft.de informiert die Bundesregierung über die Chancen und Perspektiven einer älter werdenden Gesellschaft.

Über die „Forschungsagenda der Bundesregierung für den demografischen Wandel: Das Alter hat Zukunft“ informiert das Bundesforschungsministerium unter www.bmbf.de/de/4657.php. Außerdem über den Förderschwerpunkt „Technologie und Dienstleistungen im demografischen Wandel“ (www.dienstleistungstechnik.de).

Das Bundeswirtschaftsministerium befasst sich unter anderem mit der Sicherung des Fachkräftebedarfs und sieht vordringlichen Handlungsbedarf bei den MINT-Qualifikationen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) (www.bmwi.de ▶ Ausbildung & Beruf ▶ Sicherung des Fachkräftebedarfs).

Das Bundesfamilienministerium setzt sich zusammen mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und dem Deutschen Gewerkschaftsbund dafür ein, dass Familienfreundlichkeit ein Markenzeichen der deutschen Wirtschaft wird, www.erfolgswirtschaft-familie.de. Außerdem betreibt es gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium die Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“ (www.wirtschaftsfaktor-alter.de).

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat die Internet-Anwendung „Der Demograf“ entwickelt. Damit kann der Wandel interaktiv nachvollziehbar werden. Es lassen sich beispielsweise demografische Variablen wie Geburtenziffer oder Wanderungssaldo verändern. Bestandteil ist auch eine Checkliste und eine betriebliche Altersstrukturanalyse für Unternehmen. (www.der-demograf.de).

Bereits 2002 veröffentlichte der Bundestag den Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werden-

den Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/088/1408800.pdf>).

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat 2011 die Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“ im Auftrag der Bundesregierung herausgegeben (www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de ▶ Gutachten und Expertisen ▶ Expertisen).

Das Statistische Bundesamt stellt in der Reihe „Demografischer Wandel in Deutschland“ die Ergebnisse der gemeinsamen Bevölkerungsvorausberechnungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder zu den Folgen des demografischen Wandels dar (www.destatis.de ▶ Publikationen ▶ Fachveröffentlichungen ▶ Bevölkerung ▶ Publikationen im Bereich Bevölkerungsvorausberechnung).

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung veranschaulicht demografische Trends und erläutert wichtige Begriffe in kurzer und allgemein verständlicher Form (www.bib-demografie.de ▶ Daten und Befunde).

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) berichtet unter anderem über die Raumentwicklung in Deutschland. Die demografische Entwicklung und deren Auswirkungen auf Infrastruktur und Daseinsvorsorge wurde in viele Projekten untersucht (www.bbsr.bund.de ▶ Raumentwicklung ▶ Raumentwicklung in Deutschland).

Das Institut für Ländliche Räume am Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI) untersucht in verschiedenen Projekten auch die demografische Entwicklung in ländlichen Räumen (www.vti.bund.de/lr).

Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet in einem Dossier eine Sammlung von Beiträgen zum Thema (www.bpb.de Themen ▶ Innenpolitik ▶ Demografischer Wandel in Deutschland).

Mehr Informationen

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

Hessen setzt auf gute Vorbilder

Die Hessische Landesregierung hat sich bereits frühzeitig mit den Folgen des demografischen Wandels auseinandergesetzt und baut unter anderem auf die Verbesserung familienpolitischer Rahmenbedingungen.

Von *Matthäus Friederich*. Seit 2004 ist der Chef der Hessischen Staatskanzlei auch der Demografiebeauftragte des Landes. In der Staatskanzlei gibt es zudem seit 2007 ein Referat, das den Demografiebeauftragten unterstützt und gemeinsam mit einer interministeriellen Arbeitsgruppe die Demografiepolitik der Landesregierung ressortübergreifend steuert und bündelt.



Weil die demografische Entwicklung nicht an Ländergrenzen Halt macht, haben Anfang 2007 die Ministerpräsidenten Milbradt und Koch die Hessisch-Sächsische Demografie-Partnerschaft vereinbart. Neben dem Lernen voneinander auf Landesebene, dem regelmäßigen Austausch über geplante Projekte und demografische Aktivitäten kooperieren auch Kommunen beider Länder, nämlich die Städte Battenberg/Eder und Erlbach/Vogtland (siehe Seite 66).

Im Jahr 2008 wurden das demografische Leitbild „Hessen 2030“ und eine überarbeitete „Strategie für eine demografische Trendwende in Hessen“ beschlossen. Diese berücksichtigt stärker als zuvor die Notwendigkeit der Anpassung an unumkehrbare Prozesse der gesellschaftlichen Alterung, die Heterogenisierung aufgrund eines höheren Migrantenanteils in der Bevölkerung sowie regionale Schrumpfungprozesse.

Rahmenbedingungen für Familien verbessern

Mit der „Strategie für eine demografische Trendwende“ hat sich die Hessische Landesregierung zum Ziel gesetzt, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit wieder mehr Kinder in Hessen geboren werden. Einen Schwerpunkt stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. Hier geht

die Landesregierung auch selbst mit gutem Beispiel voran und bietet ihren Mitarbeitern flexible Arbeitszeiten und die Möglichkeit alternierender Telearbeit. Die Landesregierung unterstützt darüber hinaus finanziell die hessischen Hochschulen, die sich dem Audit „Familiengerechte Hochschule“ unterziehen.

Die Hessische Landesregierung hat sich der Bedeutung der frühen Bildung von Kindern mit ihrer Forderung „Bildung von Anfang an“ im Regierungsprogramm angenommen. Sie hat einen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder bis zehn Jahren erstellt, der seit Beginn des Schuljahres 2008/2009 umgesetzt wird.

Herausforderung Arbeitswelt

Auf dem ersten Hessischen Demografie-Kongress am 30. April 2010 im Hessischen Landtag wurde erstmals der Hessische Demografie-Preis ausgelobt. Mit dem Demografie-Preis 2011 hat die Hessische Staatskanzlei vier Unternehmen ausgezeichnet, die beispielhafte Projekte zum demografischen Wandel umsetzen, die der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Anforderungen einer älter werdenden Belegschaft und der Vermeidung von Fachkräftemangel dienen. Unter den insgesamt vier ausgezeichneten Projekten ist die „Young Engineer Academy (YEA)“ in Allendorf (Eder) im ländlich geprägten Kreis Waldeck-Frankenberg. Die YEA macht naturwissenschaftlich und technisch interessierte Schüler mit den Inhalten des Berufsfeldes des Ingenieurs vertraut. Die Kooperationspartner Viessmann Werke und die Edertalschule werden dabei von der Technischen Hochschule Mittelhessen unterstützt. Dieses sowie die guten Beispiele der anderen Preisträger sollen zur Nachahmung anregen, aber auch unterstreichen, dass der demografische Wandel Chancen bietet.

Mehr Informationen

Matthäus Friederich

Hessische Staatskanzlei, Projektplanung:
Bürgerengagement und Demographie
E-Mail: matthaeus.friederich@stk.hessen.de

www.stk.hessen.de > Kongresse und
Initiativen > Demographie

Sachsen stellt sich dem Wandel

Der Freistaat betreibt bereits seit einigen Jahren eine aktive Demografiepolitik. Zentral ist dabei, Akteure vor Ort mit Informationen zu unterstützen, aber auch mit einem eigenen Förderprogramm.

Von Heike Zettwitz. Donnerstagnachmittag – die ehrenamtliche Busfahrerin im Vogtland muss sich beeilen und gleichzeitig im Straßenverkehr gut aufpassen, wenn die Kinder noch rechtzeitig zum Fußballtraining in Markneukirchen ankommen wollen. Kaum sind die Kinder zum Training ausgestiegen, fährt sie weiter zur nächsten Haltestelle: dort warten schon die älteren Damen und Herren und wollen mit dem Bürgerbus von ihrer Einkaufs- und Ärztetour wieder zurück nach Erlbach gebracht werden. Ein fiktives Beispiel? Nein, der Bürgerbus von Erlbach ist eines von vielen Projekten, die über das Landesprogramm Demografie vor allem im ländlichen Raum unterstützt werden. Seit 2007 gibt es dieses Förderprogramm in Sachsen und es war damals einmalig in Deutschland. Bis heute wurden fast 70 Projekte mit insgesamt rund 3,5 Mio. Euro unterstützt.

Eigenverantwortung stärken

Der demografische Wandel ist in vielen Regionen Sachsens Realität. Die Bevölkerungszahl sinkt und das Durchschnittsalter steigt. Die Ursachen und Auswirkungen wurden innerhalb der Landesregierung und bei den Kommunen schon frühzeitig in den 1990er Jahren analysiert und diskutiert. Seit 1999 erstellt das Statistische Landesamt beispielsweise regelmäßig regionale Bevölkerungsprognosen. Diese helfen, kleinräumig die Veränderungsprozesse zu erkennen und nach möglichen Handlungsansätzen zu suchen. Aber nicht jeder ist ein Freund dieser Zahlen. Können doch gerade „schlechte“ Prognosen das negative und unbehagliche Empfinden gegenüber diesem gesellschaftlichen Megathema noch verstärken. Der Ruf nach der Politik, die es richten soll, wird schnell laut. Aber reicht das aus? Bin ich nicht selbst auch in der Verantwortung etwas zu unternehmen – zum Beispiel als Vereinsvorsitzender oder Unternehmer oder Bürgermeister einer ländlich geprägten Gemeinde?

Die Botschaft lautet: Nicht abwarten bis die Prognosen eintreffen, sondern selbst aktiv werden, damit meine Gemeinde oder meine Region lebenswert und wettbewerbsfähig bleiben. Nüchtern analysieren, nachdenken, viele Akteure zusammenholen, miteinander über Zukunft reden, Ziele überlegen und dann handeln – das sind die Bausteine einer erfolgreichen Demografiepolitik. Wie dies gelingen kann, zeigen viele gute Beispiele im Handbuch „Den demografischen Wandel gestalten“,

welches die Sächsische Staatsregierung Ende 2010 herausgab. Die erste Auflage ist fast vergriffen.

Umfassende Strategie ...

Die Staatsregierung konzentriert sich gegenwärtig auf vier Bereiche innerhalb der Demografiepolitik: Information, Strategieentwicklung, Unterstützungsleistung und Zusammenarbeit. Für die Information stehen vielfältige Instrumente zur Verfügung: ein Internetauftritt, der Newsletter Demografie und ganz aktuell der Demografiemonitor speziell für Gemeinden. Die strategische Grundlage bildet das Handlungskonzept Demografie vom 27. April 2010. Damit ist es gelungen, sich innerhalb der Staatsregierung auf wesentliche Ziele und landespolitische Aufgaben zu verständigen.

... und konkrete Projekte vor Ort

Gegenwärtig wird die Strategie umgesetzt. Mit der Förderrichtlinie Demografie werden aus Landesmitteln ganz unterschiedliche Projekte der strategischen Kommunikation, wie Zukunftswerkstätten, des Ehrenamts oder des generationenübergreifenden Miteinanders, unterstützt. Auf dem Feld der Zusammenarbeit bestehen beispielsweise Partnerschaften zwischen Hessen und Sachsen sowie mit den beiden anderen mitteldeutschen Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Dass das Thema nicht nur von negativen Schlagzeilen beherrscht wird, liegt an uns selbst. Zum Schluss noch ein kleiner Lichtblick: mit rund 1,5 Geburten pro Frau war Sachsen 2010 der Spitzenreiter in Deutschland.

Mehr Informationen

Heike Zettwitz

Sächsische Staatskanzlei – Referat Strategische Planung, Demografie, Demoskopie
E-Mail: demografie@sk.sachsen.de

www.demografie.sachsen.de

Demografiepolitik der Bundesländer online

In Sachen demografischer Wandel haben mittlerweile alle Länder Informationen im Internet veröffentlicht. Teilweise gebündelt, teilweise auf den Seiten verschiedener Ressorts spiegeln die Angebote unterschiedliche Betroffenheit und die föderale Vielfalt wider.

Von Stefan Kämper. Diese Vielfalt zeigt sich nicht nur in der Zuständigkeit – in Sachsen und Hessen sind beispielsweise die Staatskanzleien, in Schleswig-Holstein das Innenministerium verantwortlich –, sondern auch in der Schreibweise: Demografie oder Demographie? Nachfolgend stellen wir Ihnen die Informationsangebote der Länder vor.

Baden-Württemberg

Das Landesportal www.baden-wuerttemberg.de bietet unter anderem Informationen zum Thema Senioren und demografischer Wandel und zur Familienpolitik (Suchwort „Demographie“). Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft stellt das Thema Demografie und Wirtschaft in den Mittelpunkt: www.mfw.baden-wuerttemberg.de ▶ *Standortpolitik und Internationales* ▶ *Demografie*. Detaillierte Informationen zur demografischen Situation im Statistik-Spiegel unter www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Demografie-Spiegel.

Bayern

Das Wirtschaftsministerium bündelt unter www.laendlicherraum.bayern.de/themen/demographie-leitfaden.html jede Menge verschiedener Informationen. Dort ist beispielsweise der aktuelle Aktionsplan demografischer Wandel „Aufbruch Bayern“ erhältlich. Es sind aber auch Fachinformationen verschiedener Ressorts verlinkt: Das Sozialministerium bietet die Publikation „Generationenfreundliche Zukunft“ zu kommunalen Demografie-Strategien an (www.stmas.bayern.de/generationen/wandel/strategien.htm) und das Innenministerium hat Informationen zum Thema Bauen und Demografie zusammen gestellt www.stmi.bayern.de/bauen/themen/demographie.

Brandenburg

Unter www.demografie.brandenburg.de stehen die Informationen zur brandenburgischen Demografiepolitik. Neben dem aktuellen Demografiebericht sind dort unter „Brandenburg aktiv“ und „Marktplatz der Möglichkeiten“ unter anderem etliche Projekte aus den verschiedenen Bereichen beschrieben. Zu unterschiedlichen Themen sind unter „Handlungshilfen“ Ratgeber, Leitfäden, Handbücher abrufbar; außerdem eine gute Linkliste zu Best-Practice-Veröffentlichungen zum Umgang mit dem demografischen Wandel.

Hessen

Bei der Staatskanzlei als zentralem Knotenpunkt der Demografiepolitik in Hessen sind Informationen zur Bevölkerungsentwicklung, zur politischen Strategie und zu konkreten Handlungsansätzen zu finden (siehe auch Seite 34): www.stk.hessen.de ▶ *Kongresse und Initiativen* ▶ *Demographie*

Mecklenburg-Vorpommern

„Weltoffen, modern, innovativ. Den demografischen Wandel gestalten“: Der aktuelle Strategiebericht der interministeriellen Arbeitsgruppe Demografischer Wandel der Landesregierung und dessen Zusammenfassung kann abgerufen werden: www.regierung-mv.de ▶ *Publikationen* ▶ *Publikationen Staatskanzlei*. Interessant ist auch www.mv4you.de: Ziel der Initiative ist es, Fach- und Führungskräfte für Positionen in Mecklenburg-Vorpommern zu gewinnen, zumindest aber den Kontakt zwischen Menschen und den Unternehmen vor Ort herzustellen, um so neue Perspektiven zu schaffen.

Niedersachsen

Auf den Seiten des Sozialministeriums, www.ms.niedersachsen.de ▶ *Themen* ▶ *Senioren/Generationen* ▶ *Demografischer Wandel* sind Informationen zum Thema und weiterführende Links zu finden. Beim Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung kann der Bericht zum Regionalmonitoring 2009 mit Schwerpunkt Demografischer Wandel nachgelesen werden: www.ml.niedersachsen.de ▶ *Themen* ▶ *Raumordnung & Landesentwicklung* ▶ *Regional monitoring*. Außerdem wird der „Koordinierungskreis Demografischer Wandel“ der Landesregierung ein Handlungskonzept erarbeiten.

Nordrhein-Westfalen

Das Arbeitsministerium informiert über die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Arbeitswelt: www.arbeit-demografie.nrw.de. Geboten werden unter anderem eine Good Practice Datenbank und Instrumente

zum Sofortcheck. Das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter informiert über Daten und verschiedene Projekte zum „Miteinander der Generationen“: www.mgepa.nrw.de/alter/demographische_entwicklung.

Rheinland-Pfalz

Das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie bietet unter <http://msagd.rlp.de/demografie> Informationen, vor allem zu den Themen Alter und Pflege. Zu den Auswirkungen der Entwicklung auf den Pflegebedarf informiert eine Broschüre des Statistischen Landesamtes: www.statistik.rlp.de ▶ *Staat und Gesellschaft* ▶ *Soziales*. Die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) informiert auf www.zirp.de ▶ *Themenfelder* ▶ *Zukunftsradar 2030* ▶ *Demographischer Wandel* und hat unter anderem die dreibändige Dokumentation „Die Gestaltung des demographischen Wandels in Rheinland-Pfalz“ herausgegeben.

Saarland

Die Stabsstelle Demographischer Wandel im Gesundheitsministerium informiert in einem eigenen Portal www.saarland.de/demographie.htm zu den saarländischen Aktivitäten. Neben Informationen über die Bevölkerungsentwicklung im Saarland sind verschiedene Förderwettbewerbe und eine Wanderausstellung „Demographischer Wandel“ zu finden, die Interessenten ausleihen können.

Sachsen

Der Freistaat hat umfassende Informationen im Internetangebot der Staatskanzlei eingestellt. Unter www.demografie.sachsen.de wird zu den Grundlagen, den politischen Konzepten, zur sächsischen Förderrichtlinie und zu Projekten informiert (siehe auch Seite 35). Seit November 2011 bietet zudem der Demografie-Monitor (www.demografie.sachsen.de/monitor) die Möglichkeit, Daten kostenlos und leicht verständlich in Karten, Diagrammen und Tabellen zu visualisieren.

Sachsen-Anhalt

„Zukunft gemeinsam gestalten“ steht über dem Demografieportal Sachsen-Anhalts, www.sachsen-anhalt.de ▶ *Quicklink: Demografieportal*. Dort wird über die Aktivitäten der Landesregierung, beispielsweise über den „Demografie-Beirat“ und die „Demografie-Allianz“ informiert. Es ist das „Handlungskonzept Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ abzurufen und die Förderrichtlinie Demografie. Auf der Informationsplattform Demografie

des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr, www.sachsen-anhalt.de/index.php?id=demografischerwandel, sind zusätzlich Projekte und Ansprechpartner zu finden. Außerdem interessant: das Angebot des Wissenschaftszentrums Sachsen-Anhalt www.wzw-lsa.de/demografie.html.

Schleswig-Holstein

Beim Innenministerium sind auf den Seiten der Landesplanung grundlegenden Informationen zum demografischen Wandel in Schleswig-Holstein abzurufen: www.landesplanung.schleswig-holstein.de ▶ *Einzelthemen* ▶ *Demographischer Wandel*. Über das neue, vom Land unterstützte, „Netzwerk Daseinsvorsorge“ sind Informationen unter www.raum-energie.de/index.php?id=302 zu finden.

Thüringen

Beim Landesentwicklungsministerium bietet die Rubrik „Strategische Landesentwicklung“ Informationen zur demografiebezogenen Politik im Freistaat: www.thueringen.de/de/tmbvl/landesentwicklung/demografisch, beispielsweise der aktuelle Demografiebericht, Praxisbeispiele, Gremien und Links. Außerdem hat die Thüringer Landesregierung gemeinsam mit der Stiftung Schloss Ettersburg die Serviceagentur Demografischer Wandel gegründet. Auf www.serviceagentur-demografie.de ist unter anderem eine Ideenbörse mit guten Praxisbeispielen zum Umgang mit dem Wandel zu finden.

Raumordnungsstrategien von Bund und Ländern zum demografischen Wandel

In der Dokumentation der Auslobungskonferenzen im „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ sind die Strategien aller Flächenländer kurz dargestellt: www.regionale-daseinsvorsorge.de/56/.

Mehr Informationen

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

Dort finden Sie unter anderem die Direktlinks dieser Seite und die Links zu den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.



Ohne Förderung geht es nicht!

Von Christopher Toben und Markus Löwer

EFRE, ELER, GAK, Städtebauförderung oder die Programme der KfW – ohne die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union, des Bundes und der Länder, können die ländlichen Kommunen Deutschlands ihre Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge nur schwer erfüllen. Wie die Förderprogramme systematisiert werden können und welche Angebote es gibt, das erfahren Sie auf den nachfolgenden Seiten. ►►

Die Kommunen der ländlichen Räume sind auf Hilfen der Europäischen Union (EU), des Bundes und der Länder angewiesen. Den bestehenden Förderprogrammen, die aus diesen Quellen gespeist werden, kommt von daher für die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels eine zentrale Bedeutung zu. Die Frage ist, ob den Kommunen mit der Förderkulisse eine zielgerichtete Unterstützung gegeben werden kann, inwieweit also die bestehenden Förderinstrumente auf die mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen ausgerichtet sind.

i

Handlungsfelder des demografischen Wandels

1. Vereinbarkeit von Familie und Beruf
2. Attraktivität des Wohn- und Arbeitsortes
3. qualifiziertes Humankapital
4. funktionsfähiger Wohnungsmarkt
5. Optimierbarkeit und Erreichbarkeit der öffentlichen Verwaltung
6. Attraktive Standortqualität und wirtschaftliche Entwicklung

Für den demografischen Wandel interessant sind die Programme, die den Großteil der so genannten Mainstreamförderkulisse abbilden: Programme, die sich aus den Strukturfonds der EU (EFRE, ESF) sowie dem ELER (siehe Seiten 44 – 45) speisen, die INTERREG-Programme, die Bund-Länder-Programme zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (GRW), zur Verbesserung der Agrarstruktur (GAK) und zur Städtebauförderung. Auf Bundesebene kommen in erster Linie noch Fördermöglichkeiten der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Landwirtschaftlichen Rentenbank, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und das Gesetz zur Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs hinzu. Mit diesen Programmen können ca. 90 Prozent der für die ländlichen Räume relevanten Fördermittel erfasst werden.

Wie den Überblick bekommen?

Es gibt eine Vielzahl an Förderprogrammen. Die Frage ist, welche passen? Um also zu erfassen, welche Programme wirklich relevant sind, ist es nötig, sie zu systematisieren. Dazu werden in einem ersten Schritt die Förderangebote möglichst einem von sechs vorher definierten Handlungsfeldern des demografischen Wandels (siehe Kasten)

zugeordnet. Im nächsten Schritt geht es dann darum, die tatsächliche qualitative Bedeutung für den Bereich der Daseinsvorsorge zu erkennen. Hierfür wird der Begriff der „Daseinsvorsorge“ operationalisiert und in 13 Teilbereiche „zerlegt“: Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Energieversorgung, ÖPNV einschließlich alternativer flexibler Bedienformen, Zugang zu moderner Kommunikationstechnologie, Bildung/Ausbildung, gesundheitliche Infrastruktur, Kultur, Pflege und soziale Betreuung Älterer, bürgerschaftliches Engagement, Interkommunalität, Sicherstellung Brand- und Katastrophenschutz, Zugang zur öffentlichen Verwaltung. Diese Teilbereiche bilden alle demografiebezogenen Aspekte der Daseinsvorsorge ab.

Danach geht es an die Förderrichtlinien der Länder. Die Richtlinien werden dahingehend analysiert, ob sie Inhalte enthalten, die sich auf einen oder mehrere dieser Teilbereiche der Daseinsvorsorge richten.

Was wird gefördert? Das Beispiel Niedersachsen

Wie Fördermöglichkeiten im Bereich der Daseinsvorsorge unterstützen können, dass soll beispielhaft für das Land Niedersachsen gezeigt werden. Natürlich gibt es im Detail Unterschiede zu anderen Bundesländern, schließlich nutzt jedes Land seinen politischen Gestaltungsspielraum, um Schwerpunkte zu setzen. Prinzipiell ist es jedoch möglich, sie untereinander zu vergleichen, da die Quellen der Förderprogramme in der Regel gleich sind. Nachfolgend wird für die verschiedenen Teilbereiche der Daseinsvorsorge gezeigt, welche Maßnahmen gefördert werden.

Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung

Gefördert werden wasserwirtschaftliche Vorhaben, kommunale Abwasserbeseitigung, Bau und Ausbau von Abwasserbehandlungsanlagen, Wasserversorgungsleitungen und -verteilungsanlagen, in Teilräumen zudem der Bau von Hauptverbindungsleitungen sowie der Anschluss von Streusiedlungen an die Hauptkanalisation.

Abfallentsorgung

Fördermöglichkeiten gibt es durch die Anpassung der städtischen Infrastruktur und die Sicherung der Grundversorgung (Städtebauförderung).

Energieversorgung (Strom, Wärme, Gas)

Hier werden neue technische Lösungen zur Energieerzeugung, Erneuerbare Energien, wie Wind- und Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft, Bioenergie und Biokraftstoffe,

auch Pilotvorhaben wie Bioenergieanlagen, Verlegung von Biogas- und Nahwärmeleitungen, Steigerung der Effizienz bei der Energieerzeugung und -nutzung sowie Energieeinsparungen, Errichtung oder Ausbau von Energieversorgungsleitungen und -verteilungsanlagen, energetische Erneuerung von Gebäuden unterstützt.

ÖPNV einschließlich alternativer Bedienformen

Es können die Errichtung und der Ausbau von Verkehrsverbindungen, auch an überregionale Verkehrsnetze, der ÖPNV, und die Schaffung eines umweltverträglichen Verkehrsangebotes gefördert werden.

Zugang zu moderner Kommunikationstechnologie

Unter anderem werden über das Programm „Breitbandförderung Niedersachsen“ Infrastrukturmaßnahmen, die zur Einrichtung eines Breitbandzuganges oder deren Vorbereitung notwendig sind, gefördert. Zudem werden Planungs- und Erschließungsmaßnahmen, Anschlüsse an Kommunikationsverbindungen, Pilotvorhaben zur Versorgung des ländlichen Raumes mit Breitbandtechnologie, neue Lernformen wie zum Beispiel E-Learning, der Umgang mit neuen Medien und dadurch der Zugang zu internetbasierten Dienstleistungen unterstützt.



Bildung und Ausbildung

Einen Schwerpunkt setzt hier der ESF durch Neugründungen, lebenslanges Lernen und individuelle Weiterbildung. Zudem sind die Maßnahmen auf bestimmte Personengruppen zugeschnitten, wie Jugendliche, Migranten oder Arbeitslose über 45 Jahren. Programme zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sollen zu einer höheren Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen.



Gesundheitliche Infrastruktur einschließlich Prävention (Sport)

Das Gesundheitswesen kann im Rahmen der touristischen Entwicklung gefördert werden (jedoch nur im Zielgebiet Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung). Zudem wird die stadtteilbezogene Gesundheitsförderung und eine stärkere Vernetzung im Gesundheitswesen gefördert. Der Bereich Sport wird durch die Schaffung von nichtkommerziellen Freizeit- und Sportangeboten abgedeckt.

Kultur

Bei der Richtlinie „Kulturförderung“ geht es darum, die Attraktivität des spezifischen regionalen Kulturerbes nachhaltig zu stärken. Zudem können Ausbau und Modernisierung kultureller Infrastruktur sowie Schutz und Erhalt, aber auch Erschließung und Restaurierung, zudem nachhaltige Kulturtourismusmodelle, sowie kulturelle Netzwerke gefördert werden. Die Nachhaltigkeit wird in der Maßnahme „Kulturerbe“ durch Umnutzung bedacht.

Pflege und Betreuung Älterer

Dieser Teil wird lediglich, und das auch eher peripher, von der Städtebauförderung abgedeckt. Da durch das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ die Daseinsvorsorge der Kommunen verbessert und an die Herausforderungen des demografischen Wandels angepasst werden kann, besteht auch die Möglichkeit, die städtebaulichen Rahmenbedingungen für die Pflege und Betreuung Älterer zu verbessern.

Förderung von Engagement

Die Stärkung regionaler Kompetenzen, die Verbesserung der Selbstorganisationsfähigkeit, eine stärkere Vernetzung, größerer Informationsaustausch und nachhaltige Regionalentwicklung sind im Fokus. Auch bisher nicht involvierte Bürger sollen hinsichtlich ihrer Mitwirkung und Teilhabe gestärkt werden (Empowerment).

Interkommunalität

Im Bereich Tourismus soll es zu einer stärkeren thematischen Kooperation und Vernetzung kommen. Zudem sollen Potenziale erkannt, weiterentwickelt und überörtlich umgesetzt werden. Bei der Verkehrsinfrastruktur sollen Bau und Ausbau überregional geplant werden. Auch sind Bildungsmaßnahmen mit transnationalem Bezug förderfähig, ebenso wie eine nachhaltige Regionalentwicklung.

Sicherung Brand- und Katastrophenschutz

Der Brand- und Katastrophenschutz kann lediglich durch die Städtebauförderung, im Zuge der Anpassung der städtischen Infrastruktur sowie durch die Sicherung der Grundversorgung gefördert werden.

Zugang zu öffentlicher Verwaltung

In diesem Bereich sind Fördermöglichkeiten durch den EFRE und die Städtebauförderung vorhanden. Zudem tragen der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Zugang zum Internet zu einer besseren Erreichbarkeit der öffentlichen Verwaltung bei.

Die Vorreiter der Länder

Bei den bisher beschriebenen Fördermöglichkeiten handelte es sich um Programme und Richtlinien, die zwar auf die Sicherung der Daseinsvorsorge gerichtet sind, die aber nicht spezifisch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels entwickelt wurden. Angesichts der Bedeutung, die der demografische Wandel für viele ländliche Räume bereits hat und noch haben wird, müssen über die bisherigen Möglichkeiten hinaus gehende Instrumente geschaffen werden. Dafür gibt es bereits erste Ansätze, die jedoch noch stärker in der Breite der Förderkulisse zu verankern sind.

Mecklenburg-Vorpommern setzt auf Kommunikation

Über die EFRE-basierte Richtlinie zur Verbesserung der elektronischen Verwaltung werden neu einzuführende Methoden, Modelle, Systeme und Dienste der Kommunikationstechnologie unterstützt. Ziel ist es, durch die elektronische Verwaltung den Zugang für Einwohner und Unternehmen zu öffentlichen Dienstleistungen durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologie zu verbessern. Angestrebt wird der Ausbau bestehender Informationsangebote. Die geförderten Projekte dienen dem Auf- und Ausbau durchgängiger integrierter Verwaltungsprozesse mit leicht zugänglichen elektronischen Schnittstellen und deren landesweit einheitlich nutzbarem Zugang.

Thüringen fördert den Austausch

Mit Hilfe von ESF-Geldern wird hier das „Thüringer Netzwerk für Demografie“ unterhalten (www.serviceagentur-demografie.de). Durch Kooperation, Erfahrungsaustausch und Strategieentwicklung wollen die Netzwerkpartner die Herausforderungen der demografischen Entwicklung für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft meistern. Interessant ist auch, dass über dieses Netzwerk eine fondsübergreifende Abstimmung der Förderpolitik zum demografischen Wandel erfolgt.

PS: Auch Sachsen gehört mit seiner Demografierichtlinie zu den Vorreitern. Auf der Seite 35 können Sie hierzu mehr erfahren. Außerdem gibt es in Sachsen eine Richtlinie zur Förderung der Regionalentwicklung (FR-Regio). Hiermit werden Modellvorhaben der Raumordnung und Bund-Land-Projekte mit fachübergreifenden Ansätzen (interkommunale Zusammenarbeit) unterstützt.

Der Bund zieht mit

Auf Bundesebene muss an dieser Stelle unbedingt auf die Initiative „Ländliche Infrastruktur“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hingewiesen werden. Mit einer Reihe von Projekten (Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“, Wettbewerb Menschen und Erfolge, Förderung von Regionalstrategien Daseinsvorsorge) greift das Ministerium die Problematik der Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen im demografischen Wandel auch fördertechnisch auf. Ohne öffentliche Förderprogramme wird die Sicherung der Daseinsvorsorge in vom demografischen Wandel betroffenen Regionen auch in Zukunft nicht möglich sein. Von daher sollte die Förderpolitik noch stärker an diesen Herausforderungen ausgerichtet werden.

Mehr Informationen

Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern

Christopher Toben

E-Mail: christopher.toben@lgmv.de

Landgesellschaft Niedersachsen

Markus Löwer

E-Mail: markus.loewer@nlg.de

www.blg-berlin.de/Demografiestudie.pdf

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie



KfW-Programme als Beispiele für die relevante Förderkulisse

Alle Förderquellen, -programme und -richtlinien im Detail zu analysieren und darzustellen, ist an dieser Stelle nicht möglich. Immerhin gibt es alleine in den ostdeutschen Bundesländern mehrere hundert Richtlinien, die die Mainstreamförderkulisse umsetzen. Insofern muss eine Auswahl getroffen werden, um einen Eindruck über die bestehenden Fördermöglichkeiten zu vermitteln. Als Beispiel für eine in Bezug auf Daseinsvorsorge und demografischen Wandel relevante Förderquelle werden in der Tabelle die Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgestellt. Aus der Zuordnung zu den Handlungsfeldern des demografischen Wandels wird dabei der Bezug zum Thema Sicherung der Daseinsvorsorge deutlich.

Handlungsfeld	Maßnahme	Förderziel der Maßnahme
Attraktivität des Wohn- und Arbeitsortes	KfW-Wohneigentumsprogramm	Bau oder Erwerb selbst genutzter Eigenheime und Eigentumswohnungen
	Wohnraum Modernisieren Standard	Modernisierung und Instandsetzung von Wohnung bzw. Wohngebäuden
	Wohnraum Modernisieren – Altersgerecht umbauen	Modernisierung und Instandsetzung von barrierefreien, altersgerechten Wohnungen bzw. Wohngebäuden
	Investitionsoffensive Infrastruktur Kommunalkredit	Investitionen in die kommunale und soziale Infrastruktur sowie in wohnwirtschaftliche Projekte für strukturschwache Kommunen
Qualifiziertes Humankapital	Meister-BAföG	Ausbildung als Fachkraft in der gewerblichen Wirtschaft, in der Industrie und im Handwerk, in technischen und freien Berufen, in der Haus- und Landwirtschaft, in der Altenpflege oder zum Erzieher
Attraktive Standortqualität und wirtschaftliche Entwicklung	KfW-Programm Erneuerbare Energien – Premium	Erneuerbare Energien, um die Umwelt zu schützen und Energie einzusparen
	KfW-Sonderprogramm	Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wirtschaftskräfte und Modernisierung des Landes
	KfW-Unternehmerkredit	Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wirtschaftskräfte und Modernisierung
	ERP-Regionalförderprogramm	Mittel- und langfristige Finanzierung von Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen in deutschen Regionalfördergebieten – Standorte in den neuen Ländern und Berlin sowie Regionalfördergebiete in den alten Ländern
	ERP-Kapital für Gründung	Existenzgründungen
	KfW-StartGeld	Existenzgründung und deren Festigung zur Sicherung eines nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolgs
	ERP-Beteiligungsprogramm	Erweiterung der Eigenkapitalbasis von kleinen und mittleren Unternehmen
	KfW-Programm Erneuerbare Energien - Standard	Erneuerbare Energien, um die Umwelt zu schützen und Energie einzusparen
	Investitionsoffensive Infrastruktur Sozial investieren	Investitionen gemeinnütziger Organisationen einschließlich Kirchen in die kommunale und soziale Infrastruktur der Regionalfördergebiete
Attraktive Standortqualität und wirtschaftliche Entwicklung	Investitionsoffensive Infrastruktur Kommunal investieren	Investitionsmaßnahmen in die kommunale und soziale Infrastruktur in deutschen Regionalfördergebieten. Bestandteil des Maßnahmenpakets der Bundesregierung “Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung”

Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau

ELER und der demografische Wandel

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) ist das Instrument der Europäischen Union zur Unterstützung der ländlichen Räume. Da die ländlichen Räume verstärkt mit den Folgen des demografischen Wandels zu kämpfen haben, ist es wichtig zu schauen, welche Unterstützung der ELER bietet.

Von Isabell Friess und Jan Freese. Die Erwartungen sind groß – aber werden sie auch erfüllt? Alle Bundesländer führen in ihrer SWOT-Analyse den demografischen Wandel als eine der Herausforderung für die ländlichen Räume auf. Vor allem bei den ostdeutschen Ländern spielt das Thema



auch im Bereich Förderung eine wichtige Rolle. In Brandenburg, aber auch im Saarland muss für alle Projektförderungen ein Demografie-Check durchgeführt werden. Thüringen empfiehlt die Entwicklung und Sachsen-Anhalt schreibt für Infrastrukturmaßnahmen einen Demografiecheck vor. Zur Gestaltung der Folgen wird eine fondsübergreifende Zusammenarbeit als notwendig gesehen. Viele Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen sehen bei der Erarbeitung der Leader- bzw. ILE-Strategie vor, die demografische Entwicklung zu berücksichtigen. In Mecklenburg-Vorpommern sollen zudem investive Maßnahmen im Rahmen des 3. Schwerpunktes in Zusammenhang mit übergreifenden Planungsansätzen erfolgen und das Thema Demografie einbeziehen. Auf diese Weise sollen die Mittel nachhaltig eingesetzt werden: Vor dem Bau des X. Gemeinschaftshauses soll darauf geachtet werden, ob Prognosen eine solche Investition rechtfertigen. Doch die eine Maßnahme, die alle demografischen Entwicklungen auffängt und Fördermöglichkeiten anbietet, die scheint es nicht zu geben.

Wo Demografie nicht drauf steht, aber drin steckt

Entscheidend beim Thema Förderung ist vielmehr, wo Demografie zwar nicht drauf steht, aber relevante Projekte umgesetzt und finanziert werden können. Inter-

essant sind hier die Schwerpunkte 1, 3 und 4 (Leader). In Schwerpunkt 1 haben drei Ziele Demografierrelevanz: „Aufbau und Unterstützung von Wertschöpfungsketten durch die Förderung von Erzeugergemeinschaften“ (I33) und die „Erhöhung der Wertschöpfung land- und forst-



wirtschaftlicher Erzeugnisse“ (I23). Über die Maßnahmen „Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe“ (I21) und „Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Produkte, Verfahren und Technologien [...]“ (I24) werden bestehende Betriebe gestärkt, um auf dem globalen Markt konkurrenzfähig zu sein. Auch „Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen“ (I11) und die bezuschusste „Inanspruchnahme von Beratungsdiensten“ (I14) leisten hierzu einen Beitrag. Die Maßnahme I12, „Niederlassung von Junglandwirten“, – jedoch nur in Rheinland-Pfalz angeboten – trägt dem Problem der Hofnachfolge Rechnung.

Noch mehr Bezug zum Thema

Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen und zu sichern, die Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum vielfältiger zu gestalten, Lebensqualität und die touristische Attraktivität zu erhöhen ist Ziel des 3. Schwerpunktes. Der Abwanderung der Bevölkerung in den ländlichen Räumen infolge eines Mangels an Arbeitsplätzen, Wohnraum oder Versorgungseinrichtungen soll entgegengewirkt werden. Eine, die Grundversorgung sichernde Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen soll ausgebaut, zumindest aber erhalten und der demografischen Entwicklung angepasst umgebaut werden. Auf diese Weise soll der ländliche Raum auch für junge Erwachsene und junge Familien attraktiv bleiben.

Arbeiten im ländlichen Raum

Mit der Maßnahme 311 (Diversifizierung hin zu nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten) wird der Aufbau eines zweiten Standbeins unterstützt. Neben den eher „klassischen Projekten“ wie Bauernhofcafé, Hofladen oder Urlaub auf dem Bauernhof, werden in Thüringen beispielsweise hauswirtschaftliche Dienste unterstützt. Hierunter verstanden wird auch die Unterbringung und Pflege älterer oder behinderter Menschen oder die Kinderbetreuung – also Maßnahmen mit sehr hoher Demografierrelevanz. In Baden-Württemberg hingegen werden mit der Förderrichtlinie „Innovative Maßnahmen für



Frauen im ländlichen Raum“ gezielt Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen im ländlichen Raum gesichert bzw. neue erschlossen.

In neun Bundesländern wird auch die Maßnahme 312 „Beihilfe für die Gründung und Entwicklung von Kleinstunternehmen“ angeboten, wobei derzeit der Mittelabruf noch hinter den Erwartungen liegt. Die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs zu steigern und somit langfristig Arbeitsplätze zu erhalten oder sogar neue zu schaffen, ist das Ziel der Maßnahme 313 „Förderung des Fremdenverkehrs“.

Lebensqualität erhalten

Die Grundversorgung zu erhalten, die innerörtlichen Potenziale zu nutzen und die natur- und kulturräumliche Qualität zu erhalten, werden über die Maßnahmen 321 (Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft), 322 (Dorferneuerung und -entwicklung) und 323 (Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes) bezweckt. Auch hier ist die Bandbreite möglicher Förderinhalte vielfältig – je nach Zielsetzung des Bundeslands. In Rheinland-Pfalz sind bei der Maßnahme 321 die Versorgung mit erneuerbaren Energien, Breitbandversorgung und Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung die Förderinhalte. In Sachsen-Anhalt hingegen werden u.a. Kleininfrastrukturmaßnahmen in den Bereichen

Abwasser und Trinkwasser und Investitionen in kleinere Schulen und Kindertageseinrichtungen bezuschusst. Die Qualifizierung wiederum steht im Fokus der Maßnahmen 331 (Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen für die Wirtschaftsakteure [...]) und 341 (Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung / Sensibilisierung [...]).

Integrierte Entwicklung über Leader

Der demografische Wandel mit seinen Herausforderungen erfordert ein fachübergreifendes, über kommunale Grenzen hinweg gehendes, integriertes Handeln. Leader bzw. ILE-Regionen mit ihren strategischen Entwicklungskonzepten setzen genau hier an. In Brandenburg beispielsweise wird die Förderung der integrierten Entwicklung als entscheidendes Instrument angesehen. Über ILE bzw. Leader wird dort auch die gesundheitliche Infrastruktur unterstützt. Die Herrichtung von Arztpraxen und gemeinschaftlich betriebenen medizinischen Einrichtungen wird gefördert, um vor allem für jüngere Ärzte Anreize zu schaffen und die Versorgung zu verbessern. Auch in Sachsen-Anhalt wird der Aufbau gesundheitlicher Infrastruktur gefördert. Ein weiterer Vorteil des Leader-Ansatzes: Die Akteure werden aktiv beteiligt und können so mitbestimmen, wie sich die Region zukünftig aufstellen soll. Außerdem werden über Leader modellhafte Ansätze gefördert und neue Lösungen für Bereiche wie Grundversorgung entwickelt oder neue Mobilitätskonzepte erarbeitet.

Zukünftig noch mehr Demografiebezug

Da die Entwicklung weiter voranschreitet und weder im Osten noch im Westen umkehrbar ist, sollte das Thema demografischer Wandel in der kommenden Förderphase sich noch stärker in der Programmierung einzelner Fördermaßnahmen widerspiegeln. Der demografische Wandel ist eine Querschnittsaufgabe, die Bewältigung seiner Folgen sollte deshalb ressortübergreifend gedacht werden. Die Abstimmung der Ressorts gewinnt auch im Hinblick auf das vorgesehene Multifondsmodell eine größere Bedeutung. Um auch zukünftig zu gewährleisten, dass geförderte Projekte mit der demografischen Entwicklung und den regionalen Prognosen einher gehen, sollte der demografische Wandel noch stärker berücksichtigt werden.

Mehr Informationen

DVS Ländliche Räume

Isabell Friess

E-Mail: isabell.friess@ble.de

www.netzwerk-laendlicher-raum.de



Klare Sicht bei den Demografie- Instrumenten

Von Isabell Friess

Der demografische Wandel tritt ein und lässt sich nicht aufhalten – weder im Osten noch im Westen Deutschlands. Doch wie können die Akteure mit den Herausforderungen umgehen? Wie erkennen, wo die Entwicklung hingeht, was die drängendsten Probleme sind und wie die passenden Lösungen finden? Eine Vielzahl von Instrumenten bietet den Akteuren Unterstützung und hilft dabei, Antworten auf diese Fragen zu finden. ►►

Blinder Aktionismus reicht nicht, um der Entwicklung gerecht zu werden und passende (Gegen-) Maßnahmen zu ergreifen. Für den Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels bedarf es einer realistischen Einschätzung des Ist-Zustandes, der zukünftigen Entwicklung und einer angepassten Strategie. Hilfestellung geben hierbei verschiedene Instrumente, die von der reinen Datenana-



lyse bis hin zur Umsetzungsbegleitung reichen. Die Frage, die sich Vertreter der Kommunen, Landkreise und Regionen stellen müssen ist, was sie eigentlich erreichen wollen. Welches Ergebnis soll zum Schluss stehen? Den Blick dafür schärfen, wie die verschiedenen Instrumente bewertet werden können, und einen Überblick über die Bandbreite geben, das wollen wir mit dieser Rubrik erreichen. Natürlich können nicht alle Instrumente vorgestellt werden, zu groß ist die Anzahl. Es gibt zahlreiche Leitfäden, Demografiechecks und verschiedene Möglichkeiten, die Daten nicht nur einzugeben, sondern auch Prognosen zu erstellen. Die Unterschiede aufzuzeigen, und so bei der Entscheidungsfindung zu helfen, ist das Ziel dieser Übersicht.

Fünf Kategorien erleichtern den Überblick

Für einen ersten Eindruck können die vorgestellten Werkzeuge in fünf Kategorien unterteilt werden. Ganz am Anfang steht die Frage, ob die Instrumente demografie-relevante Daten aufbereiten. Einen Schritt weiter gehen die Instrumente, wenn sie auch für die Analyse der Ergebnisse eingesetzt werden können – also Werkzeuge, mit denen die Akteure Antworten auf die Fragen „Wie sieht es bei uns aus?“ und „Wo geht die Entwicklung bei uns hin?“ erhalten. Bei der 3. Kategorie dreht sich alles um die Beteiligung: „Wird beim Einsatz des Instruments die Bevölkerung beteiligt oder sitzen erst mal nur die Vertreter der Verwaltungen mit im Boot?“. Bei den letzten beiden Kategorien wird es immer konkreter. Auf der einen Seite schauen wir danach, ob tatsächliche Änderun-

gen angestoßen und Projekte entwickelt werden. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, ob ein kontinuierlicher Änderungsprozess in Gang gesetzt und konstant begleitet wird; das Thema Demografie ist hier nicht nur eine kurze Episode, sondern spielt langfristig eine wichtige Rolle.

Mehr Infos im Netz

Die Übersicht soll dabei helfen, das richtige Instrument zu finden. Bei den nachfolgenden Beschreibungen kommen dementsprechend vor allem die tatsächlichen Anwender zu Wort. Im Internet finden Sie darüber hinaus noch einen detaillierten Vergleich aller, hier vorgestellten Instrumente. Dort erfahren Sie dann beispielsweise, wie viel Aufwand – finanzieller, personeller und zeitlicher – hinter jedem Werkzeug steckt. Welchen Hauptzweck jedes hat, welche Daten benötigt werden, ob es Grenzen bezüglich einer Mindest- bzw. maximalen Einwohnerzahl gibt oder worin die Stärken, aber auch die Schwächen liegen.

Das passende Instrument finden

Die nachfolgenden Instrumente bieten oft keine völlig neuen Methoden oder Herangehensweisen, meistens sind einzelne Bausteine schon aus anderen Zusammenhängen bekannt. Die Akteure der Kommunen, Landkreise und Regionen müssen sich bei der Entscheidung drei Fragen stellen:

1. Will ich das Thema demografischer Wandel angehen?
2. Welches Instrument passt zu den Zielen?
3. Welches Instrument kann und will ich mir auch leisten?

Die Auswahl ist groß. Von der realistischen Einschätzung der Entwicklung, über eine Entscheidungsgrundlage für die Verwaltung bis hin zur ganzheitlichen Herangehensweise mit einer echten Anpassung an den demografischen Wandel. Klar ist auf jeden Fall, mit der Vogel-Strauß-Strategie wird sich die Entwicklung nicht aufhalten lassen. Mut zur Veränderung brauchen die Akteure der ländlichen Räume und die Instrumente können dabei unterstützen, die ersten Schritte zu gehen.

Mehr Informationen

DVS Ländliche Räume

Isabell Friess

E-Mail: isabell.friess@ble.de

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

Übersicht: Instrumente zum Umgang mit dem demografischen Wandel

- Kategorie wird erfüllt
- Kategorie wird teilweise erfüllt

	Datenaufbereitung	Datenanalyse	Beteiligung	Entwicklung Projekte	Umsetzungsbegleitung
Auswertung statistischer Daten					
www.wegweiser-kommune.de					
NENA Demografie-Rechner					
Leitfäden					
Nachhaltigkeitscheck ESYS					
Demografie-Monitoring					
Zukunftskcheck Ortskern-Entwicklung					
Demografie-Workshops für Kommunen					
Konzepte					
Masterplan Daseinsvorsorge					
DemografieCheck und Coaching					
Change Management					
Demografie-Beauftragter					
Participatory Rapid Appraisal					
Bürgergutachten					
Bürgerhaushalt					

Demografie kommunal

Denken – Verstehen – Handeln: Mit einer Analyse der vorhandenen Daten können Kommunen, Landkreise und Regionen effektiver planen und arbeiten.

Von Meinrad Gackowski. Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind auch im Landkreis Günzburg spür- und sichtbar – teils räumlich sehr unterschiedlich. Die Daten der amtlichen Statistik reichen für zielgerichtete Analysen nicht immer aus, da einige Bevölkerungsprozesse, zum Beispiel auf Ortsteilebene, sehr unterschiedlich ausprägen sein können. Abhilfe können ausgewählte, ano-



nymisierte Daten der Einwohnermeldebehörde leisten. Im Landkreis Günzburg wurde bei dem Projekt DEMOGRAPHIE KOMMUNAL pilothaft eine solche Datenauswertung durchgeführt. Ziel war es, genaue Kenntnisse über Bevölkerungsprozesse bzw. -strukturen zu erlangen, um deren künftige Ausprägungen für den Landkreis und seine Kommunen besser bewerten zu können. Erstellt wurden einzelne Demografieberichte, die nun den Planungs- und Entscheidungsträgern eine solide und problemadäquate Arbeitsgrundlage bieten. Natürlich wurde das Vorhaben vorab datenschutzrechtlich geprüft.

Mehr als die amtliche Statistik

Die erstellten Berichte enthalten sowohl eine soziodemografische Bestandsaufnahme der Wohnbevölkerung (Altersstruktur, Geschlecht, Familienstand, Konfession etc.) zum Stichtag 31.12.2007, als auch Betrachtungen zur zeitlichen Entwicklung der Einflussgrößen auf die Bevölkerungsstruktur (Zu- und Abwanderung, Geburten und Sterbefälle). Ein Novum des Projektes ist die Ableitung des Migrationshintergrundes jeder im Landkreis wohnenden Person. Die genaue Betrachtung dieser Personen-

gruppe erlaubt es, die Integrationsarbeit noch effektiver und ressortübergreifender zu gestalten. Dank der hohen Auflösung der Auswertungen (zum Beispiel auf Ebene von Ortsteilen) und der exakten Kenntnis über die nationalstaatlichen / kulturellen Hintergründe der Einwohner, können räumliche Konzentrationen von bestimmten Bevölkerungsgruppen einfacher erfasst werden. Als Besonderheit ist ebenfalls die Analyse der Wanderungsbewegungen hervorzuheben. Diesem Instrument ist bei Fragestellungen hinsichtlich des Bevölkerungsaustausches eine hohe Bedeutung beizumessen. Eine Analyse, die das Alter, den Migrationshintergrund sowie die Quell- und Zielgebiete der Zu- und Wegzügler berücksichtigt, zeigt einen hohen planungsrelevanten Mehrwert an Informationen. Die jeweiligen Siedlungsräume konnten hinsichtlich ihrer Gunst bei der zu- und weggezogenen Bevölkerung bewertet werden.

Jede Kommune kann

Die Erstellung der Demografieberichte ist für jede Kommune möglich, da die jeweilig eingesetzte Meldesoftware in der Regel über eine Datenexport-Funktion verfügt. Nach der Datenakquise erfolgen die Datenaufbereitung und die zielgerichtet entwickelte Auswertung zu dem individuell gewählten Themenbereich. Die Ergebnisse dienen als wirkungsvolles Instrument zur Evaluierung der Bevölkerungszusammensetzung innerhalb einer Kommune und bilden gleichzeitig eine Orientierungshilfe bei der Optimierung des Infrastruktur- und Dienstleistungsangebotes.

Das demografische Berichtswesen für Landkreise, Städte und Gemeinden wurde nach Projektabschluss verfeinert und weiterentwickelt. Seit 2010 besteht unter Beibehaltung des Namens „DEMOGRAPHIE KOMMUNAL“ für alle interessierten Kommunen die Möglichkeit, planungs- und entscheidungsrelevante sowie räumlich hoch auflösende Analysen in Auftrag zu geben.

Mehr Informationen

Meinrad Gackowski

Landkreis Günzburg

E-Mail: familienbeauftragter@landkreis-guenzburg.de

www.demographie-kommunal.de

Wegweiser Kommune

Ein Informations- und Frühwarnsystem für Kommunen, um kleinräumige Bevölkerungsprognosen zu erstellen.

Von Isabell Friess. Der Wegweiser-Kommune ist eine web-gestützte Informationsplattform der Bertelsmann Stiftung. Er richtet sich an Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern. Dies sind insgesamt 2.928 Städte und Gemeinden und 301 Landkreise (Stichtag 30.06.2010), in denen mehr als 85 Prozent der Bevölkerung Deutschlands leben. Als Untersuchungseinheit wurden nur rechtlich eigenständige Kommunen berücksichtigt. Verwaltungsverbände wie Ämter wurden nicht einbezogen, stattdessen aber die Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsverbänden.

Für jeden frei zugänglich

Die Website ist im Februar 2006 online gegangen und richtet sich an kommunale Entscheider in der Politik und im Management sowie an interessierte kommunale Akteure. Flächendeckend werden unter www.wegweiser-kommune.de Daten, konkrete Handlungskonzepte und Bevölkerungsprognosen für die Gemeindeebene bereitgestellt. Ziel ist es, Transparenz über die Entwicklungen für die Ebene zu erhöhen, wo der demografische Wandel und seine Folgen auch tatsächlich gestaltet werden müssen.

Die Daten ...

Im Wegweiser Kommune werden derzeit Datensätze für die Jahre 2003 bis 2009 angeboten; die Bertelsmann Stiftung versucht, den Datenstand immer aktuell zu halten. Datensätze werden bei Abfragen immer für das jüngste Jahr ausgegeben, für vergangene Jahre sind einzelne Zeitreihen vorhanden. Die Ausgabe orientiert sich in allen Fällen am aktuellen kommunalen Gebietsstand. Die verwendeten statistischen Daten stammen u.a. von den statistischen Ämtern der Länder, der Bundesagentur für Arbeit, der infas GEOdaten GmbH (infas), dem Stifterverband Wissenschaftsstatistik sowie dem Ausländerzentralregister (AZR).

... und der Bezugsrahmen

Die demografischen Veränderungen wirken sich lokal sehr unterschiedlich aus. Oft reichen Untersuchungen auf Landkreisebene für die Akteure in den Kommunen nicht aus. Je kleiner die Betrachtungsebene wird, desto schlechter wird die Datenverfügbarkeit und die Aussagefähigkeit zum Beispiel von Bevölkerungsprognosen. Aus diesem

Grund wurde der Untersuchungsrahmen auf Gemeinden mit mindestens 5.000 Einwohnern beschränkt. Nur so sind belastbare Analysen und Prognosen und eine kleinräumige Betrachtung der Entwicklung möglich.



Die Website „www.wegweiser-kommune.de“

Was wird alles geboten

Der Wegweiser enthält kommunale Daten zu Themen wie dem demografischen Wandel, Wirtschaft & Arbeit, Wohnen, Bildung, Finanzen, soziale Lage und Integration. Auf Gemeinde- und Kreisbene sind Bevölkerungsprognosen bis 2030 möglich. Auf der Basis unterschiedlicher Demografietypen können Kommunen konkrete und differenzierte Handlungsempfehlungen erhalten. Die Demografietypen wurden im Rahmen einer bundesweiten Clusteranalyse entwickelt (Datenbasis 2003). Unterschieden wird zwischen 15 verschiedenen Typen, wovon sich sechs Typen auf Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern beziehen und die restlichen neun Typen Städte und Gemeinden zwischen 5.000 und 100.000 Einwohnern klassifizieren. Unterschieden wird beispielsweise, ob zukünftig ein Bevölkerungswachstum erwartet wird, wie hoch der Anteil der Familien ist oder welche Abwanderungsraten zu verzeichnen sind. Außerdem können die Indikatoren nutzerspezifisch visualisiert und beispielsweise Bevölkerungspyramiden, Tabellen oder Grafiken erstellt werden. Ein weiteres Plus ist die Möglichkeit, die Daten individuell miteinander zu verschneiden – je nach Bedarf. Für Kreise gibt es noch einen speziellen Service: Sie können sich direkt miteinander vergleichen und ihre Daten in einem Demografiebericht zusammenstellen.

Mehr Informationen

Bertelsmann Stiftung

www.wegweiser-kommune.de

NENA Demografie-Rechner

„Einfach in der Handhabung, keine zusätzlichen Kosten und schnell aktualisierbar.“

Eduard Obermeier, Bürgermeister der Gemeinde Pettendorf

Von Klaus Zeitler. Gerade mal 15 bis 20 Minuten Zeit brauchen Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohner, um mit Hilfe des NENA Demografierechners herauszufinden, wie es um ihre demografische Entwicklung steht. Erarbeitet und erprobt wurde der Rechner im Rahmen des Netzwerks Nachhaltige Bürgerkommune Bayern (NENA).



„Wir benötigen vor allem in den ländlichen Räumen und in den kleinen Gemeinden einen Werkzeugkoffer, der auch die kleinen Kommunen in die Lage versetzt, die demografischen Veränderungen der nächsten Jahre abzuschätzen.“

Bernhard Kraus, Bürgermeister der Gemeinde Velburg

Das Netzwerk NENA ist ein Zusammenschluss bayerischer Gemeinden. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, ihre Kommunen nachhaltig zu entwickeln und ihr Wissen an andere Gemeinden weiterzugeben. Unterstützt wird die Zusammenarbeit durch das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.



„Mit dem NENA Rechner können wir uns im Gemeinderat einen sehr guten Überblick über die Situation vor Ort verschaffen. Ich habe auch die Ortsteile der Gemeinde Berggau analysieren lassen und weiß jetzt, wie wir uns entwickeln werden. Da wir derzeit im Städtebauförderungsprogramm und in der Dorferneuerung engagiert sind, können wir den Fördergeldgebern punktgenau Aussagen zur demografischen Entwicklung liefern. Das spart Zeit und vor allem Geld.“

Wolfgang Wild, Bürgermeister der Gemeinde Berggau

Welche Infos gibt's?

Der Demografierechner liefert Angaben zur demografischen Entwicklung der Gesamtgemeinde und einzelner Ortsteile. Unterschieden wird zwischen den Altersgruppen 0 bis 6 Jahre (unterteilt in Kleinstkinderbetreuung und Kindergartenbetreuung), 6 bis 16 Jahre (Unterteilung in Schultypologien), 16 bis 25 Jahre, 25 bis 65 Jahre sowie 65 Jahre und älter (Unterteilung in jüngere Rentner mit gerin-

gem Betreuungsbedarf und ältere Rentner mit höherem Betreuungsbedarf). Die Altersgruppenaufteilung macht die Prognose „anschlussfähig“ an kommunale Planungen wie beispielsweise BayKiBiG, Seniorenbedarfsplanung, Jugendhilfeplanung, Dorferneuerung und Städtebauförderung. Die grafische Darstellung von Jugendquotient, Altersquotient, Durchschnittsalter und die Verteilung der Altersgruppen kann problemlos in andere Programme, insbesondere in Präsentationen, übertragen werden.

Eine gute Entscheidungsgrundlage

Der Mehrwert eines solchen Instruments liegt darin, dass auch kleine Gemeinden in Eigenregie Prognosen für ihre Ortschaften erstellen können, mit denen den Entscheidungsgremien, der Verwaltung, aber auch der Bevölkerung aufgezeigt werden kann, dass Handlungsbedarf besteht. Darüber hinaus können die Prognosen zur Entscheidungsfindung herangezogen oder in kommunale Förderprogramme integriert werden, denn sie liefern eine ausreichend sichere Datengrundlage für die Einschätzung der weiteren Entwicklung von kleinräumigen Gebieten. Der Demografierechner verfügt über ausreichend grafische Elemente, die eine problemlose Visualisierung der Prognosen ermöglichen. Die Vergleichbarkeit der Daten innerhalb und außerhalb der Gemeinde ist gegeben, da die Tabellenkalkulation so ausgelegt ist, dass die Daten aus einem Ortsteil oder einem Quartier eingepflegt werden können.

Ein Instrument für alle

Der Demografierechner kann als Excel-Datei kostenlos heruntergeladen werden. Alle bayerischen Gemeinden haben darüber hinaus die Möglichkeit, ihre kommunalen Daten mit denen auf Landkreisebene zu vergleichen.

Mehr Informationen

Dr. Klaus Zeitler

SIREG Mangolding

Telefon: 09406 3272

E-Mail: info@institut-sireg.de

www.nachhaltige-buergerkommune.de

Leitfäden

Von Frank Albert. Kostengünstig und schnell auszufüllen, geben Leitfäden erste Anhaltspunkte zu kommunalen Problemlagen. Gemeinden können mithilfe integrierter Checklisten einen Überblick erhalten und zukünftige Handlungsfelder definieren. Meist werden Daten erhoben, Aussagen quantifiziert oder bewertet. Die Visualisierung der ausgewerteten Ergebnisse auf einer Karte bzw. einem Plan wird in nahezu allen Leitfäden empfohlen. Es gibt eine Vielzahl solcher Leitfäden, exemplarisch werden hier einige vorgestellt.

Ein erster Einstieg ins Thema

Der *Demografie-Check* für Kommunen der Zukunftsinitiative Rheinland Pfalz (ZIRP) hat zum Ziel, für das Thema demografischer Wandel zu sensibilisieren und den Stand der bisherigen Arbeiten aufzuzeigen. Der Leitfaden verdeutlicht, wie und in welchen Bereichen Gemeinden noch tiefer in das Thema einsteigen können. Auszufüllen ist ein ausführlicher Fragebogen zu neun Themengebieten des demografischen Wandels. Die Antworten werden mit Punkten bewertet. Je nach Punktestand kann jede Kommune sehen, wo sie selbst steht und ob Handlungsbedarf besteht.

Innenentwicklung im Fokus

Die LAG Donnersberger und Lautrer Land hat die Broschüre *Dorfcheck* (vgl. auch DorfKomm) erarbeitet. Dem Leerstand entgegen wirken, die Dorfkerne wiederbeleben und innerörtliche Potenziale erkennen, das soll mithilfe des Dorfchecks passieren. Es werden modellhafte Lösungen aufgezeigt, wie Ortskerne aufgewertet und die Flächennutzung im Außenbereich reduziert werden kann. Der Dorfcheck gliedert sich in mehrere Bearbeitungsschritte. Zu Beginn können die Bürger anhand einer Checkliste selbst eine Analyse ihres Dorfes (< 2.000 Einwohner, keine Neubaugebiete) vornehmen. Die Aussagen werden quantifiziert und die Ergebnisse zum besseren Verständnis visualisiert. Auch ein fester Projektzeitplan ist Teil des Dorfchecks. Dank der klaren Strukturierung erhalten die Anwender eine gute Übersicht und einen passgenauen Maßnahmenkatalog. Auch der Leitfaden *Aktionsprogramm Dorf vital* des Amtes für ländliche Entwicklung in Bayern ermöglicht einen Überblick über Auswirkungen des demografischen Wandels. Der Leitfaden, kurz *Vitalitätscheck*, will Gemeinden und Bürger dazu anregen, die Potenziale der Innenentwicklung zu erkennen und Strategien zu entwickeln. Zuerst ermitteln die Gemeinden Grunddaten, wie Siedlungsstruktur, Bevölkerungsentwicklung oder Eckdaten der Baulandpolitik. Danach werden die Potenziale der Innenentwicklung erfasst

und bewertet. Hieraus ergeben sich Folgerungen für die Dorferneuerung und gemeindliche Aufgaben. Bei der Anwendung des Vitalitätschecks ist sowohl die Innensicht der Gemeindeverantwortlichen als auch die Außensicht eines Planers erforderlich.



Leitfaden „Aktionsprogramm Dorf vital“

Unkompliziert geht's auch Online

Der *Vitalitätstest für Dörfer* ist für Orte bis zu 1.000 Einwohner angelegt. Unter <http://hinterland.krc.ru> kann er aufgerufen und ausgefüllt werden. Entwickelt wurde er in der Interreg-Baltic Sea Region. Die vorhandenen Daten reichen nicht für eine genaue Abschätzung der künftigen Ortsentwicklung; vor allem viele Daten über die Wirtschaft und das soziale Leben sind nicht erfasst. Diese Informationen müssen selbst eingetragen werden. Danach errechnet das Programm eine Demografieprognose und vergleicht diese mit bereits eingegebenen Dörfern. Außerdem wird das Dorf einem von neun Dorftypen zugeordnet. Der Vitalitätstest soll Denkanstöße liefern, keine Patentrezepte. Der Zeitaufwand ist gering – ein Nachmittag reicht. Leitfäden ersetzen keine professionelle Beratung. Doch eine Einführung in das Thema und einen ersten Überblick erhalten die Anwender allemal.

Mehr Informationen

DVS Ländliche Räume

Isabell Friess

E-Mail: isabell.friess@ble.de

www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

ESYS Nachhaltigkeitscheck

Ein Entscheidungssystem, um geplante Infrastrukturen auf ihre Nachhaltigkeit und demografische Tragfähigkeit zu prüfen.

Von Isabell Friess. Die Finanzierung von sozialen oder technischen Infrastrukturen ist für die meisten Kommunen und Regionen eine erhebliche Belastung. Gerade die Instandhaltung und der Betrieb sind für die öffentlichen Haushalte ein großes Problem. Dabei stehen der Größe der Infrastrukturen sinkende Nutzerzahlen gegenüber – die Kosten müssen auf immer weniger Einwohner umverteilt werden.

Was kann ESYS?

Eine Entscheidungshilfe ist der webbasierte Nachhaltigkeitscheck (ESYS) des IRS Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung. In kurzer Zeit können Kommunen, Landkreise und Regionen geplante Infrastrukturprojekte auf ihre demografische Tragfähigkeit überprüfen. Der Auf- oder Ausbau unausgelasteter und finanziell nicht tragfähiger Infrastrukturen kann so vermieden werden. Im Fokus der Betrachtung stehen dabei nicht nur die ökonomischen, sondern auch die sozialen und ökologischen Wirkungen. ESYS kann als Unterstützung für Planungsprozesse herangezogen werden, die Nachhaltigkeit der Projekte gewährleisten (Kontrollfunktion) und so auch das Problembewusstsein der Beteiligten schärfen (Kommunikations-, Lern- und Legitimationsfunktion). Derzeit kann der Nachhaltigkeitscheck für die Infrastrukturarten Schule, Straße, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Gemeinschaftseinrichtungen, Berufsschulen, Kindertagesstätten und ÖPNV durchgeführt werden; eine Erweiterung um das Thema Energieversorgung ist vorgesehen.

Schritt 1: Eingabe der Strukturdaten

Nach der Registrierung auf der Projektwebsite, müssen die Nutzer die Strukturdaten für die Kommune eingeben. Abgefragt werden u.a. die Einwohnerzahl, die Fläche, die Bevölkerungsdichte, der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen und die kommunalen Nettoeinnahmen. Besonders benutzerfreundlich ist, dass für einen Großteil der Bundes-

länder auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte eine Datenbank mit den erforderlichen Informationen hinterlegt ist. Wenn die Strukturdaten hochgeladen bzw. eingegeben sind, geht es an die eigentliche Projektplanung.

Schritt 2: Bewertung durch Indikatoren

Ein Projekt anlegen heißt, dass der Nutzer hierfür bestimmte Indikatoren angeben muss. Für den Neubau eines Kindergartens beispielsweise wird die Qualität des Betreuungsangebotes (zum Beispiel Betreuungszeiten oder Beitragsgestaltung), die anfallenden Kosten inklusive der Folgekosten, die Funktionalität des Gebäudes, die Klima- und Umweltwirkung,

die Flächeninanspruchnahme und die Prozessqualität (Partizipation, interkommunale Kooperation und Koordination) betrachtet. K.O.-Kriterien sind die Flächeninanspruchnahme (30-ha-Ziel der Bundesregierung) und die demografische Tragfähigkeit. Anhand der Indikatoren werden die Projekte anschließend

bewertet. Außerdem werden lokale Gegebenheiten, wie politische Zielsetzungen oder Raumstrukturen berücksichtigt, indem jede Infrastruktur individuell priorisiert werden kann. Des Weiteren können die Indikatoren nach Raumtypologie (Agglomeration, verstärkter Raum, peripherer Raum) gewichtet werden. Großes Plus: Es können verschiedene Projektvarianten und Szenarien angelegt und so mit den Projekten, der Größe, geplanten Auslastung etc. variiert werden.

ESYS wurde von verschiedenen Kommunen und Landkreisen Brandenburgs umfangreich getestet.

ESYS Eingabemaske zur Erfassung der Strukturdaten

Mehr Informationen

IRS Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung

Dr. Michael Arndt

arndtm@irs-net.de

www.esys-nachhaltigkeitscheck.de

Demografie-Monitoring

Die demografische Entwicklung zu beobachten und mehr Transparenz zu schaffen, das ist das Ziel des Demografiemonitorings der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt).

Von Bettina Henrichs. Unter Monitoring wird allgemein eine regelmäßige (in definierten Intervallen), mehrdimensionale (mehrere Bereiche umfassende) Beobachtung der Ausprägungen einer begrenzten Anzahl von Indikatoren verstanden. Und genau darum geht es auch bei dem Instrument der KGSt: Daten werden bereitgestellt, beobachtet und bewertet und können als Grundlage für kommunale Entscheidungen herangezogen werden. Wichtig ist, dass die demografischen Entwicklung inklusive der damit verbundenen Prozesse und sozialen Zustände begleitet werden kann.

Früher Vogel fängt den Wurm

Demografiemonitoring trägt dazu bei, Probleme und Handlungsbedarfe rechtzeitig zu erkennen (Frühwarnsystem). Die Ergebnisse des Demografiemonitoring wirken in verschiedene kommunale Handlungsfelder, wie zum Beispiel Wohnen und Quartiersentwicklung in Stadt- und Ortsteilen hinein. Dies erfordert ein kleinräumig ausgerichtetes Monitoring. Kommunen sollen unterstützt werden bei Fragen wie „Ist unsere Kommune attraktiv genug?“, „Fühlen sich die Menschen in unserer Kommune wohl?“ „Bieten wir bedarfs- bzw. bedürfnisgerechten Wohnraum an?“ oder „Welche Ausprägungen hat die Vereinzelung der Gesellschaft?“.

Auf den Bedarf ausgerichtet

Die KGSt hat gemeinsam mit kommunalen Experten ein Set aus insgesamt 19 Indikatoren erarbeitet, das einen praktikablen Standard abbildet (siehe KGSt-Materialien 5/2010). Ziel ist, mit diesen Indikatoren ein System zu entwickeln, das auf kleinräumig vorliegenden, vereinheitlichten und vergleichbaren Daten beruht. Das verbessert wiederum die Möglichkeit, sich untereinander vergleichen zu können oder regionale Kooperationen einzugehen. Eine der wesentlichen Fragen in der Arbeitsgruppe: Woher kommen die notwendigen Daten. Unsere Antwort lautet: Kommunen sollten ihr Demografiemonitoring auf Melderegisterdaten aufbauen und die fachliche Unterstützung beim KOSIS-Verbund (Kommunales Statistisches Informationssystem) in Anspruch nehmen.

Überall einsetzbar

Demografiemonitoring trifft den Kern aller kommunalen Handlungsfelder und kann somit als verbindendes Element zwischen bestehenden Monitoringsystemen der



KGSt wie Sozialmonitoring oder Integrationsmonitoring gesehen werden. Insofern schließt das Demografiemonitoring eine wesentliche, noch bestehende Lücke bei den Instrumenten für ein strategisches und zukunftsorientiertes Verwaltungshandeln. Entscheidend ist die Einbettung in einen strategischen Prozess, weil die Gestaltung des demografischen Wandels eine systematische Planung und Evaluation voraussetzt.

Die Städte Wiesbaden, Mannheim und Langen, aber auch der Landkreis Osnabrück oder die Gemeinde Bönen setzen bei ihren Planung auf das Demografiemonitoring. Interessierte können hier mehr Informationen erhalten.

Mehr Informationen

Bettina Henrichs

Kommunale Gemeinschaftsstelle für
Verwaltungsmanagement

E-Mail: Bettina.Henrichs@kgst.de

www.kgst.de

Zukunftscheck Ortskern-Entwicklung und Tool-Box

Gemeinsam den Geschäftsbesatz in Ortskernen und Innenstädten stärken.

Von *Arndt Hauschild und Klaus Mensing*. Der Zukunftscheck Ortskernentwicklung wurde angesichts der demografischen Entwicklung und der Trends im Einzelhandel für den Landkreis Osnabrück entwickelt. Hierbei werden in moderierten „PlanerWerkstätten Ortskernentwicklung“ unter Einsatz bewährter Instrumente gemeinsam Lösungen entwickelt.



„In den PlanerWerkstätten haben wir für die Bewerbung für die Quartiersinitiative Niedersachsen unter dem neuen Motto und Logo „Aktiv für Anikum“ gemeinsam mit den Gewerbetreibenden eine Art Masterplan für den Ortskern erarbeitet: Dauerhafter Erhalt des niveauvollen Geschäftsbesatzes und somit der Aufenthaltsqualität vor der Kulisse unseres schönen Dorfes.“

Thomas Krause, Chef der
Werbegemeinschaft Freundliches Anikum

Alle mit ins Boot holen

Das Ziel des Zukunftschecks ist es, die Akteure vor Ort – Kaufmannschaft, Eigentümer und Gemeinde – für das Engagement für „ihren“ Ortskern zu gewinnen. Hierzu werden gemeinsam mit Hilfe der Tool-Box die Probleme analysiert. Händler und Eigentümer sagen, wo der Schuh drückt. Daran wird angesetzt: Maßnahmen werden erarbeitet, die durch die Akteure vor Ort umgesetzt werden können. Dies schafft Identifikation („an dieser Maßnahme habe ich mitgewirkt“), motiviert aufgrund „sichtbarer Erfolge“ zum Weitermachen und trägt zur Schaffung selbsttragender Strukturen bei. Je nach Engagement und Erfolg werden pro Kommune etwa fünf bis zehn PlanerWerkstätten durchgeführt.

Den Blick für's Ganze

Wichtig ist, den Überblick zu behalten. Nur so können die vielfältigen Einflussfaktoren der Orts(kern)entwicklung berücksichtigt und passgenaue Strategien erarbeitet werden: Welche Nutzungen sind vorhanden, welche fehlen? Die Attraktivität von Ortskernen und die Besucherzahlen hängen entscheidend von einem ausgewogenen Branchenmix ab. Einfluss auf die Aufenthaltsqualität haben außerdem auch städtebauliche und gestalterische Aspekte. Und schließlich ist das Zusammenspiel der Kommune mit

den ortsansässigen Grundeigentümer und Geschäftsleuten eine Voraussetzung für das Gelingen eines Projektes. Häufig wird nichts daraus, weil es nicht gelingt, die Akteure zu aktivieren und durch eine Standortgemeinschaft dauerhaft erfolgreiche Strukturen zu schaffen. Das privatwirtschaftliche Engagement der überwiegend Inhaber geführten Geschäfte für einen attraktiven Geschäftsbesatz bedeutet zudem, dass Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Die Tool-Box im Detail

Die Tool-Box bietet erfolgreich in der Praxis getestete Instrumente, die bei der Ideenfindung und bei der Umsetzung vor Ort helfen. Für die Analyse werden beispielsweise Alters-Leerstands-Karten erstellt, Kunden befragt oder ein Flächenfinder eingesetzt. Zur Entwicklung der Strategie wird ein Geschäftsstraßen- und Quartiers-Portfolio erstellt. Und bei der Umsetzung kann mit Gründung einer Standortgemeinschaft oder Quartiersinitiative für schnelle „greifbare“ Ergebnisse gesorgt werden. Statt langwieriger Bestandsanalysen und aufwändiger Planungen kann sofort „losgelegt“ werden.

Der Zukunftscheck Ortskernentwicklung mit PlanerWerkstätten fand in den letzten sechs Jahre in 19 kreisangehörigen Städten und Gemeinden statt. Über die Hälfte der „Werkstatt-Kommunen“ hat den Arbeitsprozess in eigener Verantwortung erfolgreich weitergeführt. Entscheidender Erfolgsfaktor für den Zukunftscheck Ortskernentwicklung ist das Engagement der Akteure vor Ort.

Mehr Informationen

Arndt Hauschild

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Planen und Bauen
E-Mail: arndt.hauschild@lkos.de

Klaus Mensing

CONVENT Mensing
E-Mail: mensing@convent-mensing.de

Tool-Box

www.landkreis-osnabrueck.de

Demografie-Workshops

Externe Hilfe im Umgang mit dem komplexen Querschnittsthema „demografischer Wandel“ bietet die Bertelsmann Stiftung. Vorteil: Die in Workshops gemeinsam erarbeiteten Maßnahmenpakete haben eine hohe Verbindlichkeit.

Von Wolfgang Wahnke. Die meisten kommunalen Akteure kennen inzwischen die Herausforderungen des demografischen Wandels, fragen sich aber, wie sie dieses komplexe Thema ganz konkret angepacken sollen. Oft stagnieren nach Anfängserfolgen wichtige Prozesse, ein neuer Motivationsschub ist erforderlich oder die Verantwortlichen machen die Erfahrung, dass „der Prophet im eigenen Land nichts gilt“. Externe Hilfe ist daher immer wieder gefragt. Die Bertelsmann Stiftung bietet unter anderem zu den Themen Demografie und Seniorenpolitik Workshops für Kommunen an.

Ziele und Zielgruppen

Mit Hilfe der Workshops sollen die kommunalen Akteure und Entscheider aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft

- für eine demografiesensible Politik motiviert werden,
- wichtige Handlungsfelder identifizieren,
- maßgeschneiderte Ziele und konkrete Maßnahmenpläne entwickeln und
- die Chancen des demografischen Wandels nutzen, um langfristig eine möglichst hohe Lebensqualität in ihren Kommunen zu erhalten.

Die bis zu dreitägigen Workshops finden in den Kommunen statt und sind so konzipiert, dass kommunale Akteure Herausforderungen und Ziele gemeinsam erarbeiten. Diese Vorgehensweise und eine qualifizierte Moderation sichern eine größtmögliche Motivation der Akteure sowie eine nachhaltige Wirkung.

Mehrfacher Nutzen für alle

Bereits im Verlauf der Workshops erarbeiten alle Beteiligten, wohin und wie sich die Kommune zukünftig weiterentwickeln soll. Zusätzlich werden neue Akteure für Beteiligungsprozesse aktiviert und das bürgerschaftliche Engagement gestärkt. Die entwickelten Leitziele und Maßnahmen werden schriftlich fixiert. Die Chancen auf Realisierung der Maßnahmen werden deutlich erhöht, weil die Verantwortlichkeiten festgelegt werden. Auch die kommunale Verpflichtung, die erzielten Ergebnisse (Ziele, Maßnahmen, Ressourcen) zu dokumentieren und dem zuständigen politischen Entscheidungsorgan zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, trägt zu einer erfolgrei-

chen Umsetzung bei. Teilnehmerhandbücher vertiefen die Workshop-Erfahrungen. Die Bertelsmann Stiftung bietet zudem Netzwerktreffen, in denen sich die „Workshop-kommunen“ austauschen und gegenseitig motivieren. Zudem kontaktiert die Bertelsmann Stiftung ein Jahr nach den Workshops nochmals die zuständigen Akteure, um die nachhaltigen Wirkungen einzuschätzen und weiteren kommunalen Hilfebedarf zu erheben.

Überschaubare Kosten

Die von der Bertelsmann Stiftung qualifizierten Moderatoren berechnen Tagessätze von jeweils 1.200 Euro pro Workshoptag, 600 Euro für ein Vorgespräch. Inzwischen gibt es aber eine Reihe von Fördermöglichkeiten (zum Beispiel durch Landesministerien). Die Bertelsmann Stiftung ist gemeinnützig und berechnet ausschließlich eine Schutzgebühr in Höhe von je 10 Euro pro Teilnehmerhandbuch.

Neues Modul

Aufgrund der größeren Herausforderungen in vielen ländlichen Regionen wird aktuell ein Landkreiskonzept entwickelt und erprobt, das eine stärkere Vernetzung der Akteure und ein gemeinsames Vorgehen gewährleisten soll. Zielgruppen dieses neuen Konzepts sind Kreispolitik, Bürgermeister und Multiplikatoren, die jeweils in einem halbtägigen Workshop wichtige Handlungsfelder identifizieren. Zum Abschluss erfolgt nochmals ein „Bündelungsworkshop“, in dem die Ergebnisse der drei vorangegangenen Workshops zusammengeführt, wichtige Handlungsfelder priorisiert und das weitere Verfahren geklärt wird.

Mehr Informationen

Wolfgang Wahnke

Bertelsmann Stiftung

E-Mail: wolfgang.wahnke@bertelsmann-stiftung.de

www.workshops-fuer-kommunen.de



Kreisentwicklungskonzepte

In Anbetracht der immensen Anpassungsnotwendigkeiten, die durch die demografische Entwicklung hervorgerufen werden, greifen mehr und mehr Landkreise zum Instrument integrierter Kreisentwicklungskonzepte.

Von Markus Mempel. Vor allem im Zuge der demografischen Entwicklung kommen große Anpassungsanforderungen auf Landkreise und Gemeinden zu, die nur gemeinsam bewältigt werden können. Dabei kann das Instrument der Kreisentwicklung ein wertvolles Hilfsmittel sein, gerade wenn es darum geht, integriert und fachbereichsübergreifend zu denken, einzelne Themen zusammen zu behandeln und in Kooperation mit Gemeinden, Wirtschaft und Bürgern eine Vorstellung davon zu erarbeiten, wohin sich der Landkreis entwickeln soll. Ziel eines solchen Leitbildprozesses ist die Skizzierung eines künftigen Entwicklungsziels, auf das Einzelkonzepte, beispielsweise im Bereich der Wirtschaftsentwicklung, der Sozial- oder Bildungsplanung, aufsetzen können. Derartige Konzepte sind mithin informelle, in sich schlüssige räumliche Strategien im untechnischen Sinne, die allerdings auf Planungsgrundlagen der Raumordnung und Landesplanung sowie der Regionalplanung zurückgreifen, beispielsweise Bevölkerungsprognosen.

Überörtlich und sektorübergreifend

Ogleich die Gemeinden nach wie vor etwa im Rahmen der Bauleitplanung oder Standortentwicklung wesentliche Akteure sind, besteht ein Bedarf nach koordiniertem und abgestimmtem Vorgehen sowie nach überörtlicher Begleitung der Anpassungs- und Entwicklungsprozesse, von der Infrastrukturversorgung über Standortpolitik bis hin zu Wirtschaftsförderung und Tourismusentwicklung. Knapp die Hälfte der Landkreise (etwa 47 Prozent) nutzt bereits die Kreisentwicklung als Instrument zur Realisierung eigener Projekte, Konzepte, Koordinierungen und Berichterstattungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und der Anpassung kommunaler Infrastrukturen.

Kreisentwicklung nur mit den Gemeinden

Gerade mit Blick auf die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Gewerbe- und Infrastrukturen im Landkreis ist es nahezu unumgänglich, dass die Landkreise gestaltend tätig werden und bemüht sind, zu einem integrierten Ansatz zu gelangen, der einen Entwicklungspfad für die nächsten Jahre und Jahrzehnte beschreibt. Dass dies stets in Abstimmung und nur im Schulterschluss mit den kreisangehörigen Gemeinden und nicht gegen sie erfolgen kann, versteht sich in Anbetracht der Vielschichtigkeit

der betroffenen Bereiche, der unterschiedlichen Zuständigkeiten und Interessenlagen von selbst. So gesehen ist Kreisentwicklung im Kern nichts anderes als ein Rahmen für eine vorausschauende interkommunale Kooperation. Sie ist keine formelle Planung, sondern ein kooperativer Entwicklungsprozess mit allen Akteuren im Landkreis, um gemeinsam zu einer tragfähigen strategischen Aufstellung und Zukunftsvision zu gelangen.



Broschüre mit Musterkonzept

Dazu gehören Vorstellungen zur wirtschaftspolitischen Ausrichtung ebenso wie Kita- oder Schulplanung oder Bau und Unterhaltung von kommunalen Straßen. Wichtig ist, diese unterschiedlichen Einzelthemen in einem Gesamtzusammenhang konzeptionell zu bündeln, damit sich Synergien ergeben und im Landkreis buchstäblich alle Akteure an einem Strang ziehen und die Zukunft gemeinsam gestalten.

Mehr Informationen

Dr. Markus Mempel

Deutscher Landkreistag

markus.mempel@landkreistag.de

www.landkreistag.de

Masterplan Daseinsvorsorge

Die Daseinsvorsorge in Landkreisen bereichsübergreifend planen und kompromissfähige Gestaltungs- und Anpassungsalternativen entwickeln.

Von Klaus Einig. Der demografische Wandel bedeutet für Einrichtungen und Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge unterschiedliche Herausforderungen. Sinkt die Nachfrage, muss das Angebot vielfach reduziert werden. Steigt die Nachfrage, sind Angebote auszudehnen. In vielen Räumen geht Ausbau und Reduktion Hand in Hand, weil sich gleichzeitig der Anteil der Älteren erhöht, während der Anteil der Kinder und Jugendlichen abnimmt.

Wirkliche Einsparungen ...

Egal ob Angebote reduziert oder ausgebaut werden, immer stellt sich der Anpassungsprozess als komplexe Planungsaufgabe dar. Kosten



sollen gespart, Einrichtungen betriebswirtschaftlich sinnvoll an die veränderte Nachfrage angepasst, zukünftige Versorgungsdefizite der Bevölkerung vermieden und die Wege zu Einrichtungen nicht übermäßig verlängert werden. Eine bereichsübergreifende Planung der Daseinsvorsorge erfolgt meist erst in Ansätzen. Jeder Sektor der Daseinsvorsorge wird mehr oder weniger unabhängig von anderen Bereichen durch spezialisierte Fachplaner verwaltet. Praktisch kann das heißen, dass die Entwicklung der Schulstandorte und das Angebot

des öffentlichen Personennahverkehrs unabhängig voneinander entwickelt werden. Da kann es dann schon einmal passieren, dass durch Schulschließungen gesparte Ausgaben, aufgrund der resultierenden Verlängerung der Schulwege zu erhöhten Aufwendungen für den Schülerverkehr führen.

... durch integrierte Planung

Soll aber vermieden werden, dass erzielte Spareffekte durch an anderer Stelle steigende Ausgaben aufgezehrt werden, ist möglichst integriert zu planen. Wie eine be-

reichsübergreifende Daseinsvorsorgeplanung auf der Ebene von Landkreisen organisiert werden kann, demonstriert das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Masterplan Daseinsvorsorge“, das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau, Stadtentwicklung (BMVBS) und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) gemeinsam mit zwei Modellregionen in Ostdeutschland und zwei in Westdeutschland durchgeführt wurde. Im Stettiner Haff, Landkreis Mansfeld-Südharz und Kyffhäuser-Kreis, im Werra-Meißner-Kreis und im Landkreis Nordfriesland konnten Bevölkerung, private Wirtschaft, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung eines integrierten Entwicklungsplans für mehrere Bereiche der Daseinsvorsorge einbezogen werden.

Masterplan von A bis Z

Einen Masterplan zu erstellen, das heißt zuerst einmal den aktuellen Bestand von Einrichtungen und Infrastruktur der Daseinsvorsorge aufzunehmen. Im Anschluss daran werden verschiedene Anpassungsszenarien entwickelt, Nutzer befragt und in moderierten, bereichsübergreifenden Arbeitsgruppen gemeinsame Strategien erarbeitet. Jede vorgeschlagene Maßnahme und Organisationsalternative wird durch Erreichbarkeitsmodellierung und Kosten-Nutzenbetrachtungen auf ihre Folgen für die Versorgungsqualität der Bevölkerung und die Kostenbelastung der öffentlichen Hand abgeschätzt. Wichtig ist, dass die weiteren Schritte kommunalpolitisch abgestimmt und ein regionaler Beschluss herbeigeführt wird, so dass die Umsetzung des Masterplans auch die nötige politische Legitimation erhält. Am Ende steht dann ein mehrseitiger Bericht, der die Vorgehensweise und Ergebnisse dokumentiert und aufzeigt, wie es zukünftig weiter gehen soll. Auf diese Weise können unterschiedliche Bereiche der Daseinsvorsorge, wie Schule, Energie, Nahversorgung, Wasser/Abwasser, Brandschutz/Rettung, Kultur, Jugendarbeit, Gesundheit/Ärzte, Betreuung von Behinderten, Pflege, Kinderbetreuung und ÖPNV aus einer integrierten, ganzheitlichen Problemlösungsperspektive thematisiert werden.

Mehr Informationen

Klaus Einig

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
E-Mail: klaus.einig@bbsr.bund.de
www.bbsr.bund.de



Erfahrungen aus erster Hand (Beispiel Landkreis Parchim, Mecklenburg-Vorpommern)

Die Erfahrung mit dem DemografieCheck und der Inventarisierung im Rahmen eines Kreisentwicklungskonzepts hat gezeigt, dass sich alle Akteure frühzeitig auf drei bis vier Schwerpunktthemen einigen müssen, die dann gezielt und detailliert bearbeitet werden. Alle für die Daseinsvorsorge relevanten Infrastrukturen zu erheben, zu analysieren und zu bewerten stellt eine Herkulesaufgabe dar, die nur schwer zu bewältigen ist. Das Setzen von Schwerpunkten und ein zielgerichtetes Arbeiten in den kommenden Modulen fällt leichter, wenn Konsens über die Leitziele herrscht, also zum Beispiel „Stärkung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes“ oder „Verbesserung der sozialen Infrastruktur für ältere Menschen“. Die Darstellung der Analyseergebnisse in Karten geben insbesondere Akteuren außerhalb der Verwaltung eine wichtige Orientierung. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist auch ein Konsens in der Region über die Notwendigkeit und die fachliche Herangehensweise für den DemografieCheck. Negativdiskussionen, die die Bearbeitung des Checks dauerhaft begleiten, können seinen Erfolg insgesamt gefährden, da konkrete Maßnahmen folgen, die interkommunal getragen sein müssen und per se bereits konfliktträchtig sind.

DemografieCheck

Ein ziel- und ergebnisorientiertes Serviceangebot der gemeinnützigen Landgesellschaften zur Bewältigung des demografischen Wandels in Kommunen des ländlichen Raumes.

Von Markus Löwer. Mit dem DemografieCheck haben die Landgesellschaften ein Instrument entwickelt, das Kommunen einen ziel- und ergebnisorientierten Werkzeugkasten für die Bewältigung des demografischen Wandels an die Hand gibt. Neben der aktiven Gestaltung geht es um die Stärkung der örtlichen Lebensqualität in Verbindung mit einer effizienteren und qualitativ verbesserten Infrastrukturausstattung. In einem überörtlich abgestimmten Prozess werden langfristig tragfähige Strukturen aufgebaut sowie belastbare Daten und Trendaussagen erarbeitet, die den Kommunen als Grundlage für politische Beratungen und Entscheidungen dienen. Ein wichtiges Element dieses Instruments ist dabei die Einbeziehung und Stärkung der Bürgergesellschaft durch ihre Beteiligung am Planungsprozess.

Vier Module

Der DemografieCheck besteht aus vier aufeinander aufbauenden und inhaltlich abgestimmten Modulen. In Modul 1 geht es darum, einen ersten Überblick über die Region und die relevanten Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung zu erhalten. Hier werden auch wesentliche Daten zur demografischen Entwicklung gesammelt und Prognosen für die Zukunft erstellt. Modul 2 prüft die Kommunen dann „auf Herz und Nieren“: Sämtliche Infrastruktureinrichtungen und Initiativen werden erfasst und den Zukunftsprognosen aus Modul 1 gegenüber gestellt. So lassen sich Überangebote bzw. fehlende Bedarfe herausfinden. In Modul 3 dreht sich alles um die Anpassung der vorhandenen In-

frastrukturen an die prognostizierte Entwicklung. Unter breiter Akteurs- und Bürgermitwirkung werden gemeinsam Lösungen erarbeitet und zum Beispiel neue Standorte diskutiert oder Rück- bzw. Umbaumaßnahmen entwickelt. Modul 4 widmet sich der konkreten Begleitung der beschlossenen Maßnahmen. Im Fokus stehen hier die Einbindung der relevanten Akteure, das Fördermittelmanagement, die Kommunikation mit den Menschen vor Ort sowie ein intensives Coaching der Träger und Akteure zur nachhaltigen Verstetigung des Prozesses.

Die Durchführung des DemografieChecks ist in den meisten Bundesländern im Rahmen von bestehenden Programmen bzw. Richtlinien förderfähig. Ebenso gibt es die Möglichkeiten der Zuschussförderung für investive Maßnahmen in der Umsetzungsphase.

Mehr Informationen

Markus Löwer

Niedersächsische Landgesellschaft mbH
E-Mail: markus.loewer@nlg.de
www.nlg.de

Christopher Toben

Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH
E-Mail: christopher.toben@lgm.de

Change-Management

WEGE – Wandel erfolgreich gestalten. Ganzheitliche ländliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels . Wir sprachen mit Werner Klöckner, Bürgermeister der Verbandsgemeinde (VG) Daun.

Changemanagement (CM) kommt eigentlich aus der Wirtschaft, wieso setzen Sie es in Ihrem WEGE-Prozess ein?

Wir hatten in unserer VG bis 2006 steigende Bevölkerungszahlen. Bis dahin haben mich keine Prognosen interessiert. Erst nach und nach wurde mir bewusst, dass wir auf ein Problem zugehen. Ich habe mich dann mit den unterschiedlichsten Herangehensweisen der Strukturentwicklung auseinandergesetzt. Dabei kam ich zu dem Erkenntnis, dass diese vorwiegend von einem sektoralen Handeln geprägt sind. Ganzheitliches Denken und Handeln habe ich wenig erfahren. Ich wusste nur nicht, wie dies zu gewährleisten ist. Nach dem Lesen des Buches „Das Pinguin-Prinzip“ von John Kotter war mir klar, dass die Übertragung von CM der richtige Ansatz sein kann.

Was hat Sie so begeistert?

John Kotter erklärt CM mit Hilfe der Theorie des Lernens anhand einprägsamer Geschichten. Die Kraft guter Geschichten wird genutzt, um zu langfristigen Veränderungen zu führen. Die Geschichte handelt von einer Pinguinkolonie, die auf einem Eisberg lebt. Da entdeckt eines Tages der aufgeweckte Pinguin Fred, dass sein Volk in großer Gefahr schwebt. Der Eisberg schmilzt. Fred ahnt, niemand wird die schlimme Botschaft hören wollen. Es geht in der Geschichte um Widerstand gegen Veränderungen und entschlossenes Handeln, um Verwirrung und Einsicht, um scheinbar unermessliche Hindernisse und deren Überwindung.

John Kotter ist auch Autor der Bücher Leading Change und The Heart of Change. Was können Sie von ihm für die Entwicklung Ihrer VG lernen?

Er hat acht Schritte für ein erfolgreiches CM entwickelt. Diese beruhen auf dem Erkenntnis, dass Daten und Analysen Menschen weniger dazu bewegen, sich und ihr Umfeld zu verändern, als überzeugende Erfahrungen. Gefühle übertrumpfen oft das Denken. Ein Veränderungsprozess in einem Unternehmen darf sich nicht auf die Führungsspitze beschränken, sondern muss die Mitarbeiter mit einbeziehen. Ihnen müssen ihre Ängste genommen und ihre Kompetenzen

müssen genutzt werden. Mitarbeiter unseres Prozesses sind alle Bürger, Unternehmen und Institutionen.

Wie sind denn Ihre bisherigen Erfahrungen?

Die acht Schritte nach Kotter lassen sich in einem Prozess der ländlichen Entwicklung nicht in Reinform abarbeiten. Es wird ständig und mit unterschiedlichen Methoden „ein Gefühl der Dringlichkeit“ geweckt. Das Leitungsteam wurde vor dem öffentlichen Prozessstart zusammengestellt. Dieser erfolgte mit der WEGE-Auftaktveranstaltung im August 2010. 400 Teilnehmern haben wir mit einem Improvisationstheater ihre Zukunft vor Augen geführt. Eine Strategie ist ausgehend von fünf WEGE-vor-Ort-Veranstaltungen unter Beteiligung zahlreicher Bürger erarbeitet worden. In ihr sind zwölf Handlungsfelder festgelegt. Ebenso haben wir eine Vision formuliert: „In der VG Daun leben – in einer gesunden Welt zu Hause“. Das Thema ganzheitliche Gesundheit soll alle Lebens-, Wohn- und Arbeitsbereiche durchdringen.

Haben Sie schon alle Bürger und Unternehmen erreicht?

Bei weitem noch nicht. In den 38 Ortsgemeinderäten und im Verbandsgemeinderat schon. Alle Gremien haben sich zu WEGE bekannt und eine Resolution verabschiedet. WEGE ist ein Bewusstseinsbildungsprozess, der über Jahre angelegt ist. Zufrieden bin ich darüber, dass eine ganze Reihe von Maßnahmen initiiert werden konnte. Damit haben wir für kurzfristige Erfolge gesorgt.

Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Mehr Informationen

Bürgermeister Verbandsgemeinde Daun

Leopoldstraße 29, 54550 Daun

E-Mail: w.kloeckner@vgv.daun.de

Internet: www.leader-vulkaneifel.de

Demografie-Beauftragte

Seit 2008 ist die Demografie-Beauftragte in Euskirchen an strategischer Stelle tätig und kann so die Demografiearbeit der Kreisstadt fachbereichsübergreifend voranbringen.

Von *Stephanie Burkhardt*. Die Kreisstadt Euskirchen im südlichen Rheinland ist mit ihren 56.000 Einwohnern Mittelzentrum und gehört als wichtiger Arbeitsort mit großem Einzugsbereich noch zu den demografisch begünstigten Regionen Deutschlands. Doch auch in Euskirchen sind die Auswirkungen des demografischen Wandels spürbar, insbesondere in der Alterung der Bevölkerung, den nachlassenden Wanderungsgewinnen und einem zunehmenden Sterbeüberschuss.

2007 wurde deshalb die Einrichtung einer Stabsstelle Demografie beschlossen: Dem Bürgermeister direkt unterstellt, hat die Kreisstadt Euskirchen seit Anfang 2008 eine Demografiebeauftragte. Ihre zentrale Position im Organigramm unterstreicht zum einen das Gewicht, das dieser freiwilligen Aufgabe zugewiesen wird, zum anderen den Querschnittscharakter des Arbeitsauftrages. Die Demografiebeauftragte handelt im direkten Auftrag und in enger Absprache mit der Verwaltungsspitze. Alle Fachbereiche werden in die Arbeit eingebunden.

Wichtiger Aspekt der Arbeit ist die Vernetzung auch mit Multiplikatoren der Stadt, beispielsweise mit den Akteuren in der Seniorenarbeit, den Wohlfahrtsverbänden und den Bildungseinrichtungen und Schulen. Ziel ist es, effektive Projekte zur Gestaltung des demografischen Wandels gemeinsam und möglichst zeitnah umzusetzen.

Alle ins Boot holen

Grundlage für die Projektumsetzung ist das „Maßnahmen- und Handlungskonzept zur Gestaltung des demografischen Wandels in der Kreisstadt Euskirchen“. Dieses Konzept wurde in einer breiten Bürgerbeteiligung von vier Demografiearbeitskreisen zu den Themen Arbeitswelt, Kinder- und Jugendfreundlichkeit, Bildung und Euskirchener Senioren entwickelt.

Am Anfang stand die Auswertung demografierelevanter Daten, die seitdem fortlaufend aktualisiert werden. Darauf folgte eine Stärken-Schwächen-Analyse. Ziele für die Gestaltung des demografischen Wandels wurden formuliert, Projekte entwickelt und umgesetzt. Zudem kristallisierten sich in den Demografie-Arbeitskreisen zwei wichtige Querschnittsaufgaben zur Gestaltung des demografischen Wandels heraus: Die „adressatenorientierte Weitergabe von Informationen“, damit das vielseitige Angebot die Bürger jeder Altersstufe auch

erreicht, und die „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“.

Die Demografie zieht weite Kreise

Mittlerweile werden nicht mehr ausschließlich Projekte aus dem Handlungskonzept angegangen. Vielmehr ist Euskirchen auch in Programmen wie „Aktiv im Alter“ oder „Bücher-schlagen-Brücken“ aktiv. Außerdem werden Projekte in folgenden Themenfeldern verwirklicht: Unterstützung im Übergang von Schule zu Beruf, Stärkung der Bildungseinrichtungen, Miteinander der Generationen, Integration, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Innovativ ist beispielsweise die Teilnahme der Stadtverwaltung an einer der bundesweit ersten Untersuchungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege und das Seniorenportal im Internet, das von einem ehrenamtlichen Senioren-Redaktionsteam betreut wird. Über dieses Portal, auf der städtischen Homepage, einer Sprechstunde von und für Senioren sowie einer unabhängigen Seite www.senioren-euskirchen.de wird auch die „adressatenorientierte Weitergabe von Informationen“ realisiert.

Ausgezeichnetes Engagement

Zwischenzeitlich wurde die Stadt Euskirchen aufgrund der umfangreichen Aktivitäten im Handlungsfeld „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ als gutes Beispiel in das Portal für bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen www.engagiert.in.nrw.de eingestellt. „Für Euskirchen hat sich die Einrichtung einer Stabsstelle Demografie gelohnt“, so Bürgermeister Dr. Uwe Friedl, denn „durch die intensive Arbeit in den vergangenen vier Jahren ist die Gestaltung des demografischen Wandels in Euskirchen angekommen. Die Menschen sind sensibilisiert, zukunftsweisende Projekte angestoßen und umgesetzt.“

Mehr Informationen

Stephanie Burkhardt

Kreisstadt Euskirchen
sburkhardt@euskirchen.de

www.euskirchen.de/demographie



Ideen vom Küchentisch ...

... oder die etwas andere Bürgerumfrage. Participatory rapid appraisal ist eine Methode zur Beteiligung der Bevölkerung bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes. Die Gemeinde Wensin in Schleswig-Holstein hat die Methode angewandt und dadurch schnell konkrete Ergebnisse erzielt.

Von Almut Wardin. Wie findet ein Gemeinderat heraus, was sich Bürger an Veränderung wünschen? Wie erreicht man Menschen und deren Ideen, die nicht zu Versammlungen kommen oder dort ihre Meinung nicht äußern? Diese und andere Fragen bewogen die Gemeinde Wensin, eine *Participatory rapid appraisal* (PRA) durchzuführen, also eine schnelle Befragung mit Bürgerbeteiligung.

Bürgerinnen und Bürger sind Experten

Eine PRA eignet sich für die Abfrage individueller Bedürfnisse und betrachtet die Bürger als Experten bei der Gestaltung ihres Umfeldes. Themen werden nicht vorgegeben, sondern höchstens durch die Auswahl des Kreises der Befragten eingegrenzt. Bei der Auswahl können unterschiedliche Merkmale der Zielgruppe berücksichtigt werden: räumliche Zusammenhänge wie zum Beispiel ein Straßenzug oder ein Dorf, Altersgruppen oder Familienstand.

Etwa zehn Prozent der Haushalte in der ausgewählten Zielgruppe werden von jeweils zwei Interviewern besucht. Sie führen mit allen Familienangehörigen ein freies Gespräch ganz unterschiedlicher Länge – 20 Minuten bis zu eineinhalb Stunden. Grundsätzlich wird bei einer PRA davon ausgegangen, dass bei den Gesprächen weniger die Probleme als deren Lösungen zur Sprache kommen. Im Schutz des eigenen Zuhause, „am Küchentisch“ entsteht ohne Zeitdruck ein offenes Gespräch, in dem Kummer und Sorgen genauso Platz haben wie Ideen und Kreativität.

Transparenz ist wichtig!

Das Wissen aller Befragten wird in einer direkt nach den Gesprächen stattfindenden Auswertung zusammengetragen, wobei sich aus allen Interviews ein Gesamtbild entwickelt, das sofort nach der Auswertung öffentlich präsentiert wird. Die transparente Dokumentation und stetige Information der Bevölkerung ist ein unerlässlicher Bestandteil der PRA, denn nur durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit entsteht die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung.

Bei der Abschlussveranstaltung geht es nicht nur um die Präsentation von Fakten, sondern auch um die Darstellung eines Spiegelbildes der befragten Zielgruppen. Erst wenn die Ergebnisse der Umfrage allgemein bekannt sind,

werden Möglichkeiten der Umsetzung erarbeitet. Hierbei kommt es darauf an, die zusammengetragenen Ideen und Probleme kreativ anzugehen und sich von früheren Lösungsansätzen nicht einengen zu lassen.



**Wensin geht neue Wege:
Leuchtturmprojekt dank
Bürgerbeteiligung**

„Wir haben allen Grund dem demografischen Wandel und der dadurch älter werdenden Bevölkerung zu begegnen und müssen unsere dörfliche Infrastruktur aber auch an die Wünsche der jungen Familien anpassen“, so erklärte Wensins Bürgermeister Jörg Buthmann die Wahl der unkonventionellen Beteiligungsmethode, bei der Bürger ihre Vorstellungen für die Zukunft einbringen. Ideen zur Zukunft des Ortes, die in insgesamt 19 Einzelprojekten realisiert werden, führten auch zu einem auf Landesebene ausgewählten Leuchtturmprojekt: Die „Alte Schule“ beherbergt nach dem Umbau beispielsweise eine Kindertagesstätte, eine Kinderkrippe, verschiedene Räume für Vereine und demnächst auch eine Seniorentagesstätte. „Damit konnten wir den vielen Wünschen der Wensiner nach einem neuen ‚Kommunikationszentrum‘ im Ort gerecht werden“, so der Bürgermeister. Teilweise mit Mitteln der EU gefördert, sollen alle Projekte durch die Gemeinde selbst oder private Träger in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

www.holsteinsherz.de/projects

In Wensin bilden die Ergebnisse der PRA-Umfrage ein parteiübergreifendes Grundgerüst für die Gemeindeplanungen der nächsten Jahre. Sie tragen dazu bei, die Lebensqualität zu verbessern, vor allem mit Blick auf die Veränderungen durch die zu erwartenden demografischen Entwicklungen.

Mehr Informationen

Architekturbüro Meier & Moss

Almut Wardin (Projektleitung)

E-Mail: info@meier-moss.de

Bürgergutachten

Gemeinsam mit den Bürgern Lösungsansätze und innovative Ideen für den Umgang mit dem demografischen Wandel entwickeln.

Von *Hardo Kendschek*. Im Rahmen der „Demografie-Partnerschaft“ zwischen Sachsen und Hessen wurden die 1.800 Einwohner zählende Gemeinde Erlbach im sächsischen Vogtland und das nordhessische Battenberg ausgewählt, um ein Bürgergutachten durchzuführen. Ziel war es, neue Wege der Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung des demografischen Wandels zu erproben.

Bürgergutachter nach dem Zufallsprinzip

In Erlbach wurde für die Erstellung des Bürgergutachtens eine so genannte Planzelle durchgeführt (siehe Kasten). 40 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürger der Gemeinde entwickelten Ideen für den Erhalt und den Ausbau der Lebensqualität. Die Teilnehmer repräsentierten einen guten Querschnitt der Bevölkerung. Der jüngste Teilnehmer war unter 20 und die älteste Teilnehmerin über 75 Jahre alt. In einer zweitägigen Demografie-Werkstatt suchten die Bürgergutachter nach neuen Ideen und Lösungen. Am ersten Tag hatten sie ausführlich Gelegenheit, von ihren persönlichen Erfahrungen mit den Folgen der demografischen Veränderungen zu berichten und Trends zu bewerten. Ein von einer Fokusgruppe am Vortag durchgeführter „demografischer Stadtspaziergang“ mit Fotos und Berichten regte die Diskussion an. Am zweiten Tag wurde es konkret: Für die als besonders wichtig eingestufteten Handlungsfelder erarbeiteten die Bürgergutachter in Arbeitsgruppen Projektideen und konkrete Maßnahmen. Die fachliche Begleitung des Bürgergutachtens sowie die Moderation erfolgte durch ein externes Büro.

Projekte, die wirken

Im Mittelpunkt der kreativen Werkstatt-Arbeit standen umsetzbare und übertragbare Demografieprojekte in den Handlungsfeldern: Verbesserung der Mobilität, Koordination der Vereinsarbeit, Sicherung der medizinischen Versorgung und Stärkung des Gemeinschaftslebens. Konkret umgesetzt wurde ein Vereinshaus als zentrale Anlaufstelle für alle Bürger, eine mobile Apotheke, eine Tauschbörse für Dienstleistungen, ein Bürgerverein als Verein der Vereine, Wiederbelebung des Dorfmittelpunkts, ein Bürgerbus und eine Koordinierungsstelle mit einer Demografie-Koordinatorin.



Die modifizierte Planungszelle

Das Verfahren für ein Bürgergutachten orientiert sich an der klassischen Planungszelle, ist aber zugunsten der weitreichenden Fragestellung im Ablauf offener gestaltet. Folgende Elemente kennzeichnen das durchgeführte Verfahren:

- Zufallsauswahl der Teilnehmer über eine Stichprobe von 200 Personen aus den jeweiligen Einwohnermelderegistern.
- Zweitägige strukturierte und zielgerichtete Arbeit in Kleingruppen und im Plenum.
- Aufwandsentschädigung für die Bürgergutachter in Höhe von 100 Euro als Anerkennung.
- Ergänzende Expertenrunde mit etwa 10 bis 15 gezielt ausgewählten Teilnehmern aus unterschiedlichen Bereichen wie zum Beispiel Kinder, Jugend und Familie, Wirtschaft, Senioren, Tourismus.

Mit diesem kreativen Ansatz sollten Bürger mobilisiert werden, sich intensiv mit den Herausforderungen des demografischen Wandels auseinanderzusetzen und neue Ideen für mehr Lebensqualität zu entwickeln. Dabei war es von besonderer Relevanz zu erfahren, wie die Bürger die Entwicklungen in ihren Auswirkungen auf das eigene Leben einschätzen, welche Erfahrungen sie mit deren Folgen bereits gemacht oder welche konkreten Vorstellungen sie über die zukünftigen Änderungen haben. Besonders wichtig waren Antworten auf die Frage, welche Möglichkeiten sie sehen, neue Wege einzuschlagen und welches Engagement bei neuen Lösungen erwartet werden kann.

Mehr Informationen

Dr. Hardo Kendschek

komet-empirica gmbh

E-Mail: kendschek@komet-empirica.de

Bürgerhaushalt

Durch Beteiligung mehr Transparenz und Akzeptanz für kommunale Entscheidungen gewinnen.

Von Steffen Janik. Die Stadt Großbreitenbach hat im April 2007 mit einem Beschluss des Stadtrates festgelegt, ab 2009 einen Bürgerhaushalt einzuführen. Ziel der Entscheidung war, den Bürgern einen umfassenden Einblick in die kommunale Haushaltsführung zu geben. Außerdem sollte eine neue Partnerschaft zwischen Bürgern, Kommune und Verwaltung aufgebaut, gemeinsam Probleme gelöst und die Entwicklung der Stadt gestaltet werden. Im Vorfeld wurden allen Beteiligten die Aufgaben, Grenzen und Möglichkeiten des Instrumentes aufgezeigt.

Was wird gemacht

Die Bürger reichen dem Stadtrat konkrete Vorschläge und Hinweise für Projekte und deren Finanzierung ein. Einfluss nehmen können die Bürger nur auf die freiwilligen Ausgaben, Pflichtausgaben stehen nicht zur Diskussion. Die letztendliche Entscheidungskompetenz bleibt aufgrund der Landes- und Bundesgesetzgebung immer beim gewählten Stadtrat. Der Stadtrat kann sich aber so an den Bedürfnissen seiner Bürger orientieren und Prioritäten setzen. Wichtig ist, ein Bürgerhaushalt ist keine Weihnachtswunschaktion der Bürger an ihre Stadt und keine Legitimation von Sparvorschlägen.

Information ist alles

Jährlich haben die Bürger am „Tag des Bürgers“ die Gelegenheit, sich über den Stand der Entwicklung, die Finanzlage, geplante Schwerpunkte, die Arbeit der Verwaltung und Stadträte und vieles mehr zu informieren. Gleichzeitig können die Bürger hier mit Vertretern der Stadt diskutieren. Vorschläge werden unterbreitet und die Bürger erfahren, was aus ihren Ideen und Anregungen geworden ist. Der Informationstag ist auch der Startschuss für die neue Beteiligungsphase. Im weiteren Prozedere werden in öffentlichen Veranstaltungen die Einwohner über den Stand des Verfahrens informiert.

Vorteile der Beteiligung

Diese Form der Partizipation hat dazu geführt, dass Entscheidungen zu Projekten jetzt von einer breiten Masse getragen werden. Konflikte können unmittelbar mit den betroffenen Gruppen diskutiert und abgebaut werden. Ein weiterer Effekt ist, dass sich der Blickwinkel der Kommunalverwaltung erweitert. Die politischen Verantwort-

träger erhalten ein wertvolles Feedback darüber, ob sie mit ihren Vorstellungen und Aktivitäten richtig liegen. Zudem kann die Verwaltung durch externe Impulse ihre Arbeitsprozesse optimieren und effektiver werden.



Bürgerhaushalt kann ...

1. die Erfolgsstrategie für einen sachgerechten Haushalt sein
2. die Akzeptanz der Bürger für schwierige Haushaltsentscheidungen fördern
3. die Glaubwürdigkeit des Stadtrates und der Verwaltung unterstützen
4. für mehr Transparenz sorgen und überflüssige Bürokratie abschaffen.

Erfolg gibt Recht

In Großbreitenbach hat sich der Bürgerhaushalt als Instrument der Mitgestaltung und Mitbestimmung etabliert. Seit 2008 gingen 1.243 Hinweise und Vorschläge ein. Er hat dazu beigetragen, das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Politikern zu verbessern. Durch die Bürgerhaushalte der letzten drei Jahre konnten einige Projekte erfolgreich umgesetzt werden. Beispielsweise wurden eine Skirollerstrecke angelegt, eine Kita saniert, das Herrenhaus rekonstruiert und altersgerechte, barrierefreie Wohnungen kombiniert mit einer Tagespflegeeinrichtung geschaffen.

„Die Aufgaben der Zukunft werden wir nur meistern, wenn es Politik versteht, die Menschen ehrlich zu beteiligen und ihnen reale Möglichkeiten zu bieten, selbst mit zu gestalten. Ein Bürgerhaushalt bietet dafür gute Voraussetzungen.“, so Petra Enders, Bürgermeisterin der Stadt Großbreitenbach.

Mehr Informationen

J&B Beratungskontor

Steffen Janik

E-Mail: steffen.janik@da-rede-ich-mit.de

www.da-rede-ich-mit.de



... und vor Ort wird es konkret

In der Gemeinde, im Landkreis und der Region werden gesellschaftliche Veränderungen greifbar. Hier sind die Menschen direkt betroffen, wenn Läden schließen, der Weg zum nächsten Arzt länger wird, die Schule nicht mehr vor Ort ist oder weniger Busse fahren.

Zukunftsweisende Projekte sind gefragt, keine Patentrezepte, sondern an die Situation angepasste, praktische Lösungen.

Die Beispiele auf den folgenden Seiten zeigen für unterschiedliche Bereiche und Handlungsebenen, wie es gelingen kann, den Herausforderungen zu begegnen.

Überzeugen Sie sich selbst davon!

Von Bürgern für Bürger – Nahversorgung in der Leader-Region Eifel

Veränderte Konsum- und Mobilitätsgewohnheiten haben in den letzten Jahrzehnten zu einem starken Wandel bei den Nahversorgungsangeboten auch in den Dörfern der Eifel geführt. In einem abgestimmten Prozess untersuchten regionale Akteure zusammen mit den Bürgern die Perspektiven einer örtlichen Versorgung.

Von Alexander Sobotta. Gehörte der Lebensmittelladen früher auch in kleineren Dörfern zum Ortsbild, müssen heute für den täglichen Einkauf und für Dienstleistungen oft weite Wege mit dem Auto zurückgelegt werden. Probleme bekommen deshalb Bürger mit begrenzter Mobilität, wie Senioren oder Haushalte mit nur einem PKW.

schieden zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden prognostiziert. Die Werte liegen dabei zwischen einer Abnahme von 12 Prozent in der Gemeinde Hellenthal und einem leichten Bevölkerungszuwachs von 2 Prozent in der Stadt Mechernich (Zahlen: Bertelsmann-Stiftung unter www.wegweiser-kommune.de).



Erfolgsfaktor unternehmerische Initiative: Marina Nagelschmitz aus Nettersheim hat Mut gefasst und wird in ihrem Geschäft zusätzlich ein vollständiges Lebensmittelsortiment im Dorfzentrum anbieten.

Der Verlust der örtlichen Nahversorgung schränkt gleichzeitig die dörfliche Lebensqualität ein. Der Erhalt oder die Reaktivierung wohnungsnaher Versorgungsmöglichkeiten ist deshalb eine effektive Möglichkeit, Dörfer als Wohnort für junge Familien wieder attraktiver zu machen und gleichzeitig dem steigenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung gerecht zu werden. Passende Angebote werden damit zum Wettbewerbsvorteil von Kommunen. Diese Entwicklungen betreffen auch die Leader-Region Eifel in Nordrhein-Westfalen, die 15 Gemeinden in drei Landkreisen umfasst. Die 170.000 Einwohner der Region verteilen sich auf mehrere Hundert Dörfer und Siedlungen. Für die Region wird eine im Bundesvergleich moderate Bevölkerungsabnahme bis 2030 mit deutlichen Unter-

Regional statt lokal

Deutschlandweit zeigen viele Beispiele, wie örtliche Einkaufsangebote, häufig kombiniert mit kommunalen, medizinischen und sozialen Dienstleistungen, erhalten oder reaktiviert werden können. Träger sind meist lokale Initiativen und einzelne Personen mit großem Engagement. Für die Leader-Region Eifel stellte sich aber die Frage, was auf regionaler Ebene getan werden kann, um breit angelegt, erste Impulse zur Erhaltung der Nahversorgung zu setzen. Wie sich herausstellte, waren die Strukturen der Lokalen Aktionsgruppe sehr nützlich um eine Reihe örtlicher Projekte anzuregen.

Gemeinsam Ziele setzen

Als erster Schritt wurde ein offener Arbeitskreis mit dem Ziel eingerichtet zu informieren, Austauschmöglichkeiten zu bieten und letztlich auch Lösungsansätze zu entwickeln. Dieses Angebot nutzten Vertreter bürgerschaftlicher Initiativen, Gewerbetreibende und Verwaltungsmitarbeiter rege. Interessant war, dass viele Dörfer bereits die Nahversorgungsproblematik diskutiert und teilweise schon konkrete Lösungsideen entworfen hatten. Deren Weiterentwicklung war bislang besonders daran gescheitert, dass vor Ort Spezialkompetenz bei den ehrenamtlichen Akteuren fehlte. Außerdem wurden Risiken für finanzielle Investitionen gesehen und eine hohe zeitliche Belastung befürchtet. Der wichtigste Punkt auf der vom Arbeitskreis formulierten Agenda war deshalb, vorhandene bürgerschaftliche Projektideen durch Beratung zu unterstützen. Um die Kompetenz aller beteiligten Akteure zu steigern, sollten Erfahrungen aus repräsentativen Ansätzen in der Region transportiert werden. Ein weiteres Ziel war die Bevölkerung zu sensibilisieren, um auch auf der Nachfrageseite Problembewusstsein zu schaffen.

Projektideen im Transfer

Wesentliche Kriterien für die Abfrage und die Auswahl der Modellprojekte in der Region waren die aktive Mitarbeit der Bürger vor Ort und die Begleitung durch die jeweilige Gemeindeverwaltung. Die Ausgangslagen wie beispielsweise der Leerstand von Ladenlokalen im Dorfkern, der Wettbewerb des Einzelhandels mit einem neuen Discounter oder die Gestaltung von Nahversorgungsbereichen sollten repräsentativ für die regionalen Fragestellungen sein. Die Einrichtung eines bürgerschaftlich getragenen Dorfladens wurde nur in einem Fall als Lösung für die Nahversorgung in Betracht gezogen. Fünf weitere Projekte zielten darauf ab, in Zusammenarbeit mit privaten Gewerbetreibenden vorhandene Angebote zu erhalten und zu stärken. Alle lokalen Ansätze wurden von Bürgern begleitet. Im Mittelpunkt des Leader-Impulsprojektes stand deshalb einerseits die fachliche Beratung und Moderation, andererseits das spezielle örtliche Nachfragepotential. Die dazu nötigen Einwohnerbefragungen wurden in der Regel von den Bürgern selbst durchgeführt. So konnte die vorhandene Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen aber auch die Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung für das geplante Angebot detailliert erfasst werden. Gewerbetreibende, Dienstleister, Investoren und die Verwaltung haben so die Möglichkeit, Angebotserweiterungen auf der Grundlage belastbarer Daten abzuwägen.

Mangel bringt Bewegung

Unternehmerische Initiative ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine stabile Nahversorgung und sollte deshalb in erster Linie gefördert werden. Eine engagierte und problembewusste Gemeindeverwaltung, die Gewerbetreibende durch Beratung, Planungsbeteiligung und Einbindung in regionale Prozesse unterstützt, leistet hierzu den wichtigsten Beitrag. Bis zum bürgerschaftlich getragenen Dorfladen ist es ein weiter Weg. Im Eifelort Nideggen-Wollersheim haben rund 50 Personen aktiv an der Dorfladengründung im Dezember 2011 mitgearbeitet. Über 100 der 650 Einwohner des Dorfes hatten an der Auftaktveranstaltung zum „Dorfladenprozess“ im Juli 2011 teilgenommen. Ein weit überdurchschnittliches Engagement der Bevölkerung und von Schlüsselpersonen vor Ort ist hier Grundlage des Erfolgs. Bei noch guten Nahversorgungsangeboten sind Bürger dagegen nur schwer zu motivieren, sich an Aktionen zu deren Sicherung zu

beteiligen. Die Befragungsergebnisse zur Sortiments- oder Angebotserweiterung eröffnen für Dörfer manchmal völlig neue Themenfelder. Andererseits können sie für die Gewerbetreibenden auch enttäuschend sein, wenn nur wenige Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden oder die Kundenaussagen sogar die Geschäftsausrichtung



Erfolgsfaktor Bürgerengagement: Über 50 der anwesenden 100 Bürger aus Nideggen-Wollersheim signalisierten in der Startveranstaltung zum Dorfladenprozess ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in den Projektarbeitsgruppen.

in Frage stellen. Trotz manchmal zunächst ernüchternder Ergebnisse ist es wichtig, dass die Gemeindeverwaltung, die aktiven Dorfakteure und die Gewerbetreibenden die Entwicklungen im Blick behalten, um negativen Trends frühzeitig mit gemeinsamen Aktivitäten entgegen steuern zu können. Dann können engagierte Arbeitsgruppen vor Ort die Befragungsergebnisse aufgreifen und die gewonnenen Daten für das Dorf nutzen. Das regionale Netzwerk der Lokalen Aktionsgruppe brachte die relevanten Partner für die Impulskampagne zur Nahversorgung zusammen. Heute unterstützt das Regionalmanagement den Erfahrungsaustausch zwischen den Teilprojekten, weist auf Beratungsangebote hin und organisiert in Zusammenarbeit mit Partnern Fortbildungsmöglichkeiten für die Akteure. So konnte in der Leader-Region Eifel mit geringem öffentlichen Mitteleinsatz der Grundstein für eine Reihe von Projekten zum Erhalt und zur Verbesserung der Nahversorgung gelegt werden.

Mehr Informationen

Alexander Sobotta (Regionalmanager)

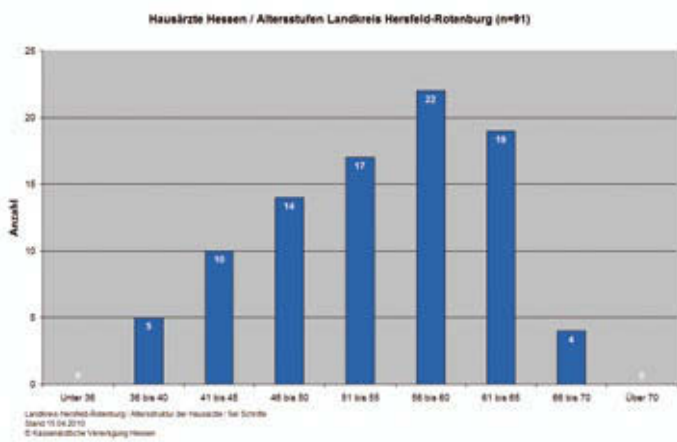
Lokale Aktionsgruppe Eifel
 beim Naturpark Nordeifel e.V.
 Bahnhofstr. 16
 53947 Nettersheim
 Tel.: 02486 91 11 22
 E-Mail: leader@naturpark-eifel.de
 www.leader-eifel.de

Hausarztakademie Hersfeld-Rotenburg – Gemeinsam auf der Suche nach jungen Ärzten

Alle werden älter! Und: Die Spitze der Alterspyramide wird immer breiter. Heute schon haben wir die älteste Gesellschaft in Deutschland, die jemals gelebt hat. Seit 2009 findet im Landkreis deshalb ein intensive Auseinandersetzung mit dem Thema ärztliche Versorgung statt, 2011 startete die Hausarztakademie.

Von Anja Csenar. Die älter werdende Gesellschaft hat Auswirkungen! Denn: Schon heute gibt es für die steigende Zahl der älteren Menschen in Deutschland zu wenig Ärzte und ganz besonders zu wenig junge Ärzte. In den kommen-

eine drohende Unterversorgung zu stoppen, wurde vereinbart, in der Weiterbildung für Allgemeinmedizin intensiv zusammenzuarbeiten. „Wir müssen auf allen Ebenen tätig werden. Die Aufgabe der Sicherstellung ärztlicher



den fünf Jahren werden im Landkreis Hersfeld-Rotenburg etwa 40 Prozent der Hausarztpraxen einen Nachfolger suchen. Der Wiederbesetzungsbedarf wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen, da schon heute 70 Prozent der Hausärzte über 50 Jahre alt sind. Dabei ist in den Mittelzentren eine höhere Arztdichte zu verzeichnen als in den Grundzentren. Durch die räumlich weit auseinander liegenden, zentralen Orte ist eine hausärztliche Versorgung bereits heute nicht ausreichend gesichert. Die Situation wird sich in den kommenden Jahren noch weiter zuspitzen - bedingt durch die demografischen Entwicklungen wie die Überalterung der Gesellschaft. Mit dem steigenden Alter nimmt auch die Notwendigkeit medizinischer Betreuung zu, gleichzeitig nimmt die Mobilität der Patienten ab. Bereits 2008 hat der Landrat eine Stelle für Zukunftsfragen eingerichtet, die alle Aktivitäten zum Umgang mit den demografischen Wandel koordiniert, aber auch Projekte initiiert und begleitet.

Vor diesem Hintergrund startete der Landkreis auf Initiative des Landrats Dr. Karl-Ernst Schmidt im September 2009 einen intensiven Dialog mit den örtlichen Hausärzten. Hintergrund war der zunehmend schwieriger werdende Generationenwechsel bei den Hausärzten: Um

Versorgung in ländlichen Regionen ist ein langwieriger und anspruchsvoller Ansatz, der die Bündelung vieler Kräfte benötigt und nicht von heute auf morgen zum Erfolg führt“, betonte der Landrat. Überzeugungsarbeit bei jungen Medizinerinnen sei erforderlich. Am besten könnten dies erfahrene ältere Kollegen leisten, die ihr Wissen und ihre Lebenserfahrungen einbringen und den medizinischen Nachwuchs für eine Ansiedelung auf dem Lande begeistern. „Wir können die Rahmenbedingungen nur gemeinsam verbessern“, so Schmidt.

Partner finden sich

Das Projekt startete mit einem runden Tisch zum Thema „Sicherstellung der ärztlichen Versorgung“. Eingeladen wurden die Hausärzte der Region, nicht die ansässigen Kliniken. Zu groß waren anfangs die Befürchtungen, dass die Kliniken die von der kassenärztlichen Vereinigung angebotene Unterstützung nur für ihren eigenen Nutzen einsetzen würden. Doch schon nach zwei Gesprächen wurde deutlich, dass es ohne die Kliniken nicht geht. Aus diesem Grund wurde im Juni 2011 der Verein „Hausarztakademie Hersfeld-Rotenburg e.V.“ gegründet, in dem das

Klinikum Bad Hersfeld, das Herz- und Kreislaufzentrum Rotenburg, das Kreiskrankenhaus Rotenburg, die niedergelassenen Ärzte, der Hausärzteverband und der Landkreis Hersfeld-Rotenburg Mitglied sind.

Das rundum sorglos Paket

Die teilnehmenden Kliniken und Ärzte verständigten sich darauf, für Medizinstudenten eine Rotationsweiterbildung einzurichten. Wohnortnah und zeitgerecht haben sie die Möglichkeit, alle beteiligten Ausbildungsstätten kennenzulernen und Erfahrungen zu sammeln. Auf diese Weise können die angehenden Ärzte Kontakt



zu den niedergelassenen Kollegen aufbauen und gewinnen gleichzeitig einen Mentor, der sie durch die gesamte Ausbildung begleitet. Die Weiterbildung zur Allgemeinmedizin beträgt gegenwärtig fünf Jahre, einschließlich anderthalb Pflichtjahren in einer niedergelassenen Praxis. Neben individuellen Weiterbildungen wie Zeitmanagement, administrative Führung einer Praxis oder Finanzierungsgespräche mit Banken, können die beteiligten Ärzte mit den Studenten auch eine finanzielle Vergütung für die Ausbildungszeit vereinbaren. Die Mentoren bieten auch Unterstützung beim Umgang mit der kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen an. Die Finanzierung wird durch Spenden der beteiligten Vereinsmitglieder und über Sponsoring sichergestellt. Der Kreis bietet den Studenten Unterstützung bei der Wohnungssuche und der Kinderbetreuung. Das Konzept wird jetzt umgesetzt. Ziel ist es, junge Ärzte auf ihrem Weg zu Allgemeinmedizinern weiterzubilden, um so Ärzte für die Region zu gewinnen. Ein Hausarzt und die ärztliche Leitung des Klinikums Bad Hersfeld stellen das Projekt regelmäßig vor und versuchen, Studenten für eine Niederlassung in der Region zu gewinnen. Auch die anderen Vereinsmitglieder präsentieren das Projekt an verschiedenen Universitäten.

Der Landkreis wurde im Dezember 2011 durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge als eine von bundesweit 21 Modellregionen ausgewählt. Es geht darum, verschiedene Infrastrukturbereiche zu analysieren und eine Strategie der Daseinsvorsorge unter Berücksichtigung des demografischen Wandels aufzustellen. Einer der Infrastrukturbereiche ist die ärztliche Versorgung. Hier werden Antworten auf folgende Fragen gesucht:

1. Wie stellt sich die hausärztliche Versorgung heute und zukünftig dar?
2. Wie ist der hausärztliche Bereitschaftsdienst organisiert?



Kooperationspartner gesucht

Die Hausarztakademie sucht nach Kooperationspartnern. Sponsoren oder neue Mitglieder, die das Projekt finanziell unterstützen möchten, wenden sich an die

Hausarztakademie Hersfeld-Rotenburg e.V.,
Telefon: 066 21 87228
E-Mail: hausarztakademie@hef-rof.de

3. Welche Standortschließungen wirken sich besonders gravierend auf die hausärztliche Versorgung aus?
4. Wie können bereits bestehende Vernetzungsstrategien ausgebaut und zusätzliche initiiert werden, um den Entwicklungen zu begegnen?

Bereits im Juni 2011 wurde die Hausarztakademie durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag im Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ von insgesamt 585 Wettbewerbsbeiträgen als einer von neun Preisträgern ausgezeichnet.

Mehr Informationen

Anja Csenar

Beauftragte für Zukunftsfragen
Landkreis Hersfeld Rotenburg
E-Mail: anja.csenar@hef-rof.de

www.hausarztakademie-hersfeld-rotenburg.de

Senioren planen mit – das „Dorf im Dorf“ in Dobbertin

Vor 20 Jahren war Mecklenburg-Vorpommern das Bundesland mit der jüngsten Bevölkerung und vorwiegend durch Agrarwirtschaft geprägt. Heute ist es stark vom Demografischen Wandel betroffen und auf dem Weg zum Tourismus- und Gesundheitsland. Das „Dorf im Dorf“ ist eine Antwort auf den Wandel und setzt darauf, ihn als Chance zu begreifen.

Von Thomas Niemeyer. Viele Gemeinden, auch außerhalb der touristischen Hochburgen an Seenplatte und Küste, haben gute Chancen, sich mit maßgeschneiderten Lösungen zu profilieren. So gibt es Reha-Kliniken, Golfplätze, Tagungszentren in alten Schlössern sowie zahlreiche Kulturorte. Der sanfte Tourismus mit Kanuwandern, Reit- und Wanderwegen erschließt auch abgelegene Orte wie Dobbertin, die somit von der Entwicklung profitieren können.

Ganz genau hinschauen

Auf den ersten Blick scheint alles in Ordnung zu sein in Dobbertin. 1.250 Menschen wohnen in der am Dobbertiner See zwischen Schwerin und der Mecklen-

burgischen Seenplatte gelegenen Gemeinde. Es gibt einen Supermarkt, einen Bäcker, eine Ärztin, zwei Wirtshäuser, 87 Gewerbebetriebe und keinen Wohnungsleerstand. In der alten Klosteranlage hat die Diakonie etwa 300 Arbeitsplätze geschaffen. 80 dorfbildprägende Gebäude vermitteln eine heimelige Atmosphäre. Die Menschen wohnen gerne hier. Der zweite Blick dagegen, in die Altersstatistik, zeigt die Herausforderungen, vor denen die Gemeinde bereits in zehn Jahren stehen wird. Dann nämlich wird jeder dritte Dobbertiner über 60 Jahre alt sein.

Die Kinder dieser Generation leben häufig hunderte Kilometer entfernt. Sie werden sich nicht oft kümmern können. Den Senioren in Dobbertin bleibt vielfach nur der Umzug in ein entferntes, häufig durch die eigene Rente nicht zu finanzierendes Wohnheim. Sie fühlen sich durch den Verlust der gewachsenen sozialen Bindungen oft einsam und abgeschoben. Neben gesundheitlichen Gründen gibt es andere Auslöser für solche Entscheidungen: Es ist der zu große Garten und die Treppen, Schränke und Kel-

ler, die nur noch mit Mühe zugänglich sind. Es sind die Wege zu Ärzten und Einrichtungen des täglichen Bedarfs, die zu weit geworden sind und alleine nicht mehr bewältigt werden können. Keine schönen Aussichten. In Dobbertin wurde klar: es besteht Handlungsbedarf.

Die Konsequenzen ziehen

In ersten Diskussionen wächst die Idee des „Dorf im Dorf“ für ältere Menschen in Dobbertin: Einer Siedlung, die ein selbständiges Leben in den eigenen vier Wänden und in gewachsenen Strukturen in der Gemeinde ermöglichen soll. Diesen Gedanken bespricht der ehemalige Bürgermeister der Gemeinde, Horst Tober im Sommer 2010 mit Pro-

fessor Horst Klinkmann vom Projektbüro BioCon Valley, in Mecklenburg-Vorpommern zentraler Ansprechpartner der Gesundheitswirtschaft. Dieser verspricht sich auf die Suche nach den richtigen Partnern zu machen.

Nur wenige Wochen später sitzen der Bürgermeister, Prof. Klinkmann und Henning Bombeck, Professor für Siedlungsgestaltung und ländliche Bauten in Rostock sowie Axel Gutzeit, Architekt aus Berlin, zusammen und diskutieren die Herangehensweise. Schnell ist klar, dass die Gemeinde in den Entwicklungsprozess intensiv einbezogen werden muss. „Erst wenn wir wissen, wie die Leute ticken und was sie wollen“, so Gutzeit, „kann man überhaupt mit ersten Planungsarbeiten beginnen“. Die vier schnüren ein erstes Maßnahmenpaket, das der Grundlagenermittlung dient: Themenabende und Bürgerbefragungen werden organisiert und eine Konzeptstudie erstellt, wie eine solche Siedlung aussehen könnte. Das große Interesse legt nahe, den nächsten Schritt, die Realisierungsplanung, direkt anschließend in Angriff zu nehmen.



Model des „Dorf im Dorf“-Projekts

Im Oktober 2010 werden den Dobbertinern die Vorschläge in einer Auftaktveranstaltung vorgestellt. Im voll belegten Versammlungsraum sind auch viele jüngere Menschen, die interessiert sind, wie es in ihrem Dorf weitergeht. Bei diesen und folgenden Abenden wird nicht nur das Thema Seniorensiedlung, sondern das ganze Dorf beleuchtet. Im Blickpunkt stehen die Barrierefreiheit auf Wegen, Straßen und Plätzen, die Aktivitäten von Vereinen und Verbänden, beispielsweise bei der Feuerwehr, der Thai-Chi-Initiative oder dem Kulturverein; ebenso ging es um die Freizeitaktivitäten rund ums Dorf. Denn „gesund bleiben“ ist ein Thema in Dobbertin. Parallel wird eine Haushaltsbefragung zu den eigenen Lebensverhältnissen, Ängsten und Erwartungen an das Alter durchgeführt. Die Auswertung zeigt, dass 50 Prozent der über 60-jährigen in eine passend konzipierte Seniorensiedlung umziehen würden, manche sogar in eine andere Gemeinde.

Geplante Vielfalt in der Umsetzung

Ein neu entwickelter Interessentenfragebogen führt in kurzer Zeit zu 25 Rückläufen zur inzwischen gegründeten Arbeitsgemeinschaft. In Einzelgesprächen werden bereits im Januar 2011 alle Interessenten interviewt und nach ihren Wünschen und Hoffnungen gefragt. Schnell wird deutlich, dass sich die ältere Generation nicht über einen Kamm scheren lässt. Die Eine möchte mehr Ruhe, der Zweite Trubel, der Dritte hat einen Hund, die Vierte ein Klavier, der Fünfte möchte einen großen Garten, die Sechste genau das nicht. Mit diesen und zahlreichen weiteren Informationen zu aktuellen Lebenssituationen, zum Flächenbedarf oder auch zu Details wie Küchenvorlieben macht sich das Team an die Arbeit.

Im Mai 2011 werden Pläne, Grundrisse und ein Modell der neuen Siedlung „am Wiesengrund“ vorgestellt. Nahe am Ortskern auf einem 12.000 m² großen Grundstück soll die Seniorensiedlung entstehen, angrenzend an ein Gebiet, in dem in den letzten Jahren viele junge Familien gebaut haben. Vorbild ist das Lübecker Gängeviertel, das eine ähnliche Vielfalt bietet, wie sie von den Dobbertinern gewünscht wird. Die Außenbereiche und die Wohnungen sind barrierefrei und ebenerdig. Es gibt drei Grundrisstypen mit 1,5 bis 3 Räumen und 54 bis 88 m² Fläche. Die Wohnungen stehen in 2er, 3er und 4er Gruppen zusammen und die Ausstattung ist bei Bedarf einfach umzurüsten; dazwischen bilden sich Freiräume und kleine Höfe mit Gemeinschaftsgärten, einer Boule-Bahn und Grillplätzen. Manche Wohnungen haben freien Blick auf die Felder, andere wiederum sind mehr nach innen gerichtet.

Für die nötige Gesundheitsinfrastruktur sorgt die Kooperation mit der Nachbargemeinde Lohmen und deren Re-

habilitationsklinik sowie der Aufbau eines medizinischen Nahversorgungszentrums und einer Tagespflege, die in einem angrenzenden alten Bauernhaus entsteht.

Herausforderungen bei der Finanzierung

Nur ein kleiner Teil der Bürger möchte eine dieser Einheiten kaufen. Das Mietmodell wird klar favorisiert, das Budget liegt in der Regel zwischen 400 und 600 EUR monatlich. Der enge Finanzrahmen ist eine große Herausforderung für die Realisierung. Deshalb befasst sich die Arbeitsgemeinschaft Dorf im Dorf parallel damit, die Baukosten durch neue Materialien und optimierte Herstell-



Schematische Darstellung der Siedlungsfläche

ungsverfahren zu senken. Die Gemeinde finanziert das Projekt bisher mit ihrer Wohnungsbaugesellschaft weitgehend alleine. Förderprogramme, die derartige innovative Bauvorhaben im Blick haben, gibt es nicht. Dennoch unterstützt das Landwirtschaftsministerium in Mecklenburg-Vorpommern das Projekt nach besten Kräften, denn Dobbertin soll nur der Anfang sein. Deshalb werden die hier gesammelten Erfahrungen in einem Leitfaden zusammengetragen, der es anderen Gemeinden ermöglichen soll, einen ähnlichen Weg zu gehen. Um auch finanziell den Nachfolgern den Weg zu ebnet, wäre es sicher ein hilfreiches politisches Signal, unterfinanzierten Gemeinden mit günstigen Darlehen oder Ausfallbürgschaften unter die Arme zu greifen.

Die Dobbertiner freuen sich auf ihre Siedlung und so wird alles dafür getan, dass die ersten Bewohner dort im Jahr 2012 Weihnachten feiern können.

Mehr Informationen

Thomas Niemeyer

Geschäftsführender Gesellschafter
der DorfimDorf.de Projektentwicklungs GmbH
E-Mail: tn@dorfimdorf.de
www.dorfimdorf.de

Alte Häuser suchen neue Bewohner

Mit dem kommunalen Förderprogramm „Jung kauft Alt - Junge Menschen kaufen alte Häuser“ unterstützt die Gemeinde Hiddenhausen Familien beim Kauf eines mindestens 25 Jahre alten Hauses. Trotz deutlich gesunkener Baulandausweisungen entwickelt sich die Wanderungsbilanz positiv.

Von Andreas Homburg. Aufgeschreckt durch Bevölkerungsprognosen der Bezirksregierung Detmold im Jahr 2004 und durch eine Analyse der örtlichen Altersstruktur fassten der Rat und die Verwaltung in Hiddenhausen den Ent-



schluss, verstärkt auf die Nutzung von Altimmobilien zu setzen. Schon im Jahr 2007 lebten in etwa 200 Gebäuden jeweils nur eine Person im Alter von über 70 Jahren.

Vor diesem Hintergrund beschloss die Gemeinde Hiddenhausen in Ostwestfalen-Lippe (Kreis Herford), in der rund 20.000 Menschen leben, mit dem Programm „Jung kauft Alt“ einigen der absehbaren Folgen des demografischen Wandels entgegenzuwirken. Hiddenhausen will so einen Überhang von Altimmobilien auf dem Wohnungsmarkt ebenso verhindern, wie den Verfall der Immobilienwerte und das „Leerlaufen“ der Infrastruktur in den Ortslagen. Außerdem kann der Freiflächenverbrauch reduziert werden, da die Nachfrage nach Bauland zurückgeht.

Neues Denken in der Baulandpolitik

Die Gemeinde hat in der Vergangenheit wie viele Kommunen versucht, mit Neubaugebieten Neubürger zu gewinnen oder junge Familien im Ort zu halten. Dies ist kein Königsweg für die Zukunft, zumal sich auch Hiddenhausen auf eine schrumpfende und alternde Bevölkerung einstellen muss.

Natürlich kann die Gemeinde das Interesse auf den Altbaubestand lenken, indem sie keine oder wenige Neubaufächen ausweist und so den Markt „verengt“. Eine Strategie, die nur wenig Erfolg verspricht, angesichts der wachsenden kommunalen Konkurrenz, die mit der Ausweisung von Neubaugebieten junge Familien anziehen will. Ein neues Denken in der Baulandpolitik ist gefragt, um junge Familien am Ort zu halten und deren Blick „weg vom Neubau – hin zum Altbau“ zu lenken.

Hiddenhausen hat daher einen anderen Weg gesucht und berief Anfang 2007 eine Expertenrunde aus Banken, Sparkassen, Maklern, Wohnbaugesellschaften, Planern und Architekten ein, um Möglichkeiten der Förderung der Altbaunutzung zu erörtern.

Beratung schließt Informationslücken

Klar ist, dass bei der Vermarktung und Wiedernutzung von Altbauten vor allem die Einschätzung des Sanierungsaufwandes eine Herausforderung darstellt. Im Gegensatz zu Neubauten fehlt es den Bauherren hier an fundierten Grundlagen für die Finanzierung. Viele Bauherren scheuen davor zurück, Fachleute einzuschalten, verlassen sich auf zweifelhafte Schätzungen oder lassen den Gedanken an die Um- oder Nachnutzung einer Altimmoblie gleich wieder fallen. Die fehlende Transparenz bei Kosten und Nutzungsmöglichkeiten, beispielsweise durch außergewöhnliche Grundrisse, stellt einen entscheidenden Nachteil im Vergleich zu Neubauten dar.

Hier setzt das Förderprogramm der Gemeinde an: Um die Nutzungsmöglichkeiten und die damit verbundenen Umbau- und Sanierungskosten von Gebrauchtimmobilien fachkundig abschätzen zu lassen, fördert die Gemeinde die Erstellung eines Altbau-Gutachtens. Bei diesem ersten Baustein von „Jung kauft Alt“ wird die Ortsbegehung, Bestandsaufnahme, Modernisierungsempfehlung und Kostenschätzung bezuschusst, und zwar einmalig mit einem Sockelbetrag von 600 Euro, der je nach Kinderanzahl bis auf maximal 1.500 Euro anwachsen kann (300 Euro für jedes Kind). Voraussetzung ist lediglich das Einverständnis des Eigentümers und der Nachweis der Fachkunde des Gutachters durch den Eintrag in das Verzeichnis einer Architektenkammer oder die Anerkennung als Bausachverständiger durch die Industrie- und Handelskammer. Außerdem wird das Gutachten von der Gemeinde veröffentlicht, um

einen Informationspool mit Altbau-Zustandskataster zu schaffen; zusätzlich wird vermieden, dass eine Immobilie mehrfach begutachtet oder gefördert wird.

Familien erwünscht!

Mit dem zweiten Baustein des Förderprogramms fördert die Gemeinde den Erwerb einer mindestens 25 Jahre alten Immobilie laufend für die Dauer von 6 Jahren. Die Geförderten erhalten einen jährlichen Grundbetrag von



600 Euro und 300 Euro für jedes zum Haushalt der Antragsteller gehörende minderjährige Kind. Der Clou dabei: Bei Geburten innerhalb des Förderzeitraumes erhöht sich der Förderbetrag im Sinne eines „Altbau-Kindergeldes“ automatisch bis zu einem jährlichen Förderbetrag von 1.500 Euro. Insgesamt ist so eine Förderung von maximal 10.500 Euro möglich (1. und 2. Baustein). Die 6-jährige Förderphase wird bei der Aufstellung der Finanzierungspläne durch die beleihenden Banken und Sparkassen berücksichtigt, so dass eine langfristige „Bindung an die Scholle“ erreicht wird.

Viel erreicht

Bis Mitte Dezember 2011 wurde so der Erwerb von insgesamt 178 Altbauten sowie die Erstellung von insgesamt 27 Altbaugutachten durch die Gemeinde Hiddenhausen gefördert. In den geförderten Haushalten leben insgesamt 189 Kinder; erfreulich ist auch die Geburt von 27 Babys in den unterstützten Haushalten während der Förderung. Die mit dem Förderprogramm angesprochene Zielgruppe – Junge Paare und Familien mit Kindern – wurde gut erreicht: Knapp zwei Drittel sind Haushalte mit Kindern,

18 Prozent sind junge Paare noch ohne Kinder. Fast die Hälfte der Kinder sind im Kindergartenalter und rund ein Fünftel im Grundschulalter. Besonders bemerkenswert ist, dass die Gemeinde Hiddenhausen nicht nur junge Familien halten, sondern auch junge Neubürgerinnen und Neubürger gewinnen konnte, denn 62 Prozent der geförderten Haushalte sind in die Gemeinde Hiddenhausen zugezogen.

Der Erfolg des kommunalen Förderprogramms „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“ wird auch dadurch belegt, dass die Einschränkung der Ausweisung von Neubaugebieten auf die Größe eines Fußballfeldes (0,94 ha) seit Bestehen des Förderprogramms in 2007 bis heute nicht zu einer negativen Wanderungsbilanz führt, denn während in 2007 die Wegzüge die Zuzüge um 200 Personen überstiegen, ziehen 2010 mehr Bürger zu als weg. Auch die Anzahl der Kinder unter drei Jahren ist von 456 Kindern in 2008 auf 475 Kinder in 2010 gestiegen.

Mit dem Programm „Jung kauft Alt – Junge Menschen kaufen alte Häuser“ hat die Gemeinde den Strukturwandel frühzeitig eingeleitet. Sie schont damit knapper werdende Freiflächenressourcen, erhält gewachsene Quartiere am Leben und verbessert die Auslastung vorhandener Einrichtungen. Positive Effekte ergeben sich damit für die Gemeinde, aber auch für die Verkäufer von Gebrauchtimmobiliën durch den Werterhalt ihrer Häuser und für die Käufer durch die finanzielle Unterstützung und die Vorteile einer gewachsenen Nachbarschaft mit der Nähe zu Kindergärten, Schulen, öffentlichem Nahverkehr und Einkaufsmöglichkeiten.

In Zukunft werden in Hiddenhausen weitere Gebäude auf den Markt kommen. Zum Jahreswechsel 2010/11 existierten in Hiddenhausen etwa 610 Immobilien, die von einer oder zwei Personen über 70 Jahren bewohnt werden und rund 90 leer stehende Gebäude. Eine solche befürchtete „Welle des Leerstandes“ hat es in der Gemeinde Hiddenhausen bisher noch nicht gegeben und es drohen weitere Häuser auf den Immobilienmarkt zu drängen. Der Rat der Gemeinde Hiddenhausen hat daher einstimmig beschlossen, „Jung kauft Alt“ unbefristet fortzuführen.

Mehr Informationen

Andreas Homburg

Gemeinde Hiddenhausen

E-Mail: a.homburg@hiddenhausen.de

www.hiddenhausen.de > Leben und Wohnen >
Bauen und Wohnen > Jung kauft alt

Unser Dorf hat (k)eine Zukunft

Die AktivRegionen Eider-Treene-Sorge und Südliches Nordfriesland in Schleswig-Holstein beschäftigen sich intensiv mit der Zukunft ihrer Dörfer und Kommunen; unter anderem in einer Veranstaltungsreihe zum Demografischen Wandel und zur Innenentwicklung.

Von Kristina Hofmann. Begriffe wie Alterung und Abwanderung, Innenentwicklung und kommunale Kooperation sind in aller Munde – doch was heißt das konkret? Mehr alte Menschen stehen weniger jungen gegenüber und die Anforderungen an die technische und soziale Infrastruktur ändern sich; moderne Bauweise steht traditioneller Baukultur gegenüber, Neubaugebiete den Leerständen im Ort und Tante Emma dem Discounter.

Regionale Unterschiede erfordern regionales Handeln!

Zwar gibt es eine Vielzahl von Konzepten, diesen Herausforderungen zu begegnen. Klar ist jedoch: Es gibt kein Patentrezept für den Umgang mit dem demografischen Wandel! Denn die Auswirkungen auf Gesellschaft und Kommunen sind ebenso vielfältig wie die Regionen, in denen sich die Veränderungen abspielen.

Die Veranstaltungsreihe „Unser Dorf hat (k)eine Zukunft“ will deshalb „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein: für den Wandel sensibilisieren und die lokalen Handlungskompetenzen stärken. Sie will für die konkreten Auswirkungen vor Ort die Augen öffnen, Handlungsansätze aufzeigen und den Bürgern der Region Lust machen, die Zukunft vor Ort mitzugestalten; aber auch sich zu trauen, „von der Zukunft der Dörfer zu träumen“, wie es ein Referent auf einer der vier Regionalveranstaltungen forderte.

Besondere Orte schaffen Bewusstsein

Rund 300 interessierte Bürger und kommunale Entscheidungsträger haben die Veranstaltungen 2010 und 2011 besucht und damit einen ersten Schritt zur aktiven Gestaltung ihrer Dörfer geleistet.

Damit der Wandel anschaulich wird, wurden besondere Orte zur Durchführung der Regionalveranstaltungen ausgesucht, beispielsweise ein leer stehender Baumarkt oder eine umgenutzte Markthalle. Genauso sorgfältig wie die Tagungsorte wurden die Themen – regional abgestimmt –

ausgewählt. Von Bildung, über die Anpassung technischer Infrastrukturen, die Innenentwicklung bis zur Kooperation von Gemeinden reichte die Themenpalette. Um die eigene Situation einzuschätzen, half auch der Blick über den Tellerrand: Referenten aus dem ganzen Bundesgebiet stellten ihre fachliche Sicht und unterschiedliche regionale Betroffenheit dar.

„Die Dinge ändern sich eben ...“

Die Kommunen der AktivRegionen Eider-Treene-Sorge und Südliches Nordfriesland wurden vor den Veranstaltungen befragt, damit deren jeweilige Herausforderungen gezielt aufgegriffen werden konnten und die inhaltliche Ausgestaltung abgestimmt war. Beteiligt waren neben den zwei AktivRegionen – so heißen in Schleswig-Holstein die Leader-Regionen – neun Ämter und 132 Gemeinden, das Regionalmarketing Kropp-Stapelholm sowie Vereine und Verbände.

Besonders wichtig ist die Beteiligung der Bürger bei den Veränderungsprozessen, um gemeinsam zu lernen die Zukunft aktiv zu gestalten. Dann wird die Lebensqualität in der Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge und im Südlichen Nordfriesland mit guten Ideen und starken Kooperationen erhalten und zukunftsfähig bleiben. Erste Erfolge sind bereits zu erkennen. Kommunen treten in den Dialog und arbeiten gemeinsam an zukunftsfähigen Strategien, denn, so ein Referent: „Nicht jede Gemeinde wird künftig alles vorhalten können, aber lieber beim Nachbarn etwas bekommen als gar nicht!“



Mehr Informationen

Eider-Treene-Sorge GmbH

info@eider-treene-sorge.de
www.eider-treene-sorge.de
www.aktivregion-ets.de

Rette aus Leidenschaft!

Das Projekt Perspektive Feuerwehren

Freiwillige Feuerwehren sind nicht nur ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge, sondern auch wichtige gesellschaftliche Akteure. Im Landkreis Cochem-Zell erproben Feuerwehren, welche neuen Wege sie im demografischen Wandel gehen können.

Von Katharina Ertl und Susanne Tschirschky. Sichere Lebensbedingungen und ein vielfältiges Gemeinwesen sind Merkmale einer lebenswerten Kommune und können Einwohner im ländlichen Raum halten. Freiwillige Feuerwehren tragen zur Erfüllung des Grundbedürfnisses nach Sicherheit bei und sind darüber hinaus wichtige Initiatoren und Träger ehrenamtlicher Aktivitäten im sozialen Bereich, im Umweltschutz oder auch bei Sport und Musik. Gesellschaftsstrukturelle Veränderungen wie der demografische Wandel haben Einfluss auf die Leistungskapazitäten der Feuerwehren. Im Rahmen des Modellprojektes „Ländliche Perspektiven“ wurde deshalb ein strategisches Maßnahmenkonzept entwickelt, mit dem die Freiwilligen Feuerwehren im Landkreis Cochem-Zell auf die künftigen Herausforderungen vorbereitet werden. Die Doppelstrategie setzt auf nachhaltige Finanzierung der Feuerwehr in ländlichen Räumen und Nachwuchsförderung. Sie wird durch drei Projektbausteine umgesetzt: Die Einkaufsgemeinschaft, die Imagekampagne und das Schulfach „Feuerwehrtechnische Grundausbildung“.



Engagements von Kindern und Jugendlichen durch die Bambini- und Jugendfeuerwehr. So finden im Schuljahr 2011/2012 Projektstage an den Schulen des Kreises mit eigens entwickelten Lernmaterialien zum Thema Feuerwehr statt. Durch die Vernetzung verschiedener zentraler Akteure wurde das vom Landesfeuerwehrverband initiierte Schulfach „Feuerwehrtechnische Grundausbildung“ modellhaft in den Lehrplan des Faches „Natur und Technik“ integriert.

... und solide ausbilden

Erstmals in Deutschland werden dabei Schüler der 8. und 9. Klasse über zwei Jahre hinweg zum/zur Feuerwehrmann/-frau ausgebildet. Durch die Verankerung der feuerwehrtechnischen Grundausbildung in den Unterricht sollen mehr Jugendliche für die aktive Wehr gewonnen werden. Das Schulfach spricht zudem verstärkt Schüler mit Migrationshintergrund und Mädchen an, sich in der Freiwilligen Feuerwehr zu engagieren. Während des Modellprozesses fand eine Verknüpfung zwischen Verwaltung, Ehrenamt, Schulen und Feuerwehrverbänden statt. Das erworbene Know-how wird nun auf diesen Ebenen weitergetragen. Einer Übertragung der Imagekampagne „Rette aus Leidenschaft!“, des Schulfaches „Feuerwehrtechnische Grundausbildung“ sowie einer Etablierung der Einkaufsgemeinschaft auf andere Kreise oder Verbandsgemeinden steht demnach nichts im Wege.

Kooperation hilft Kosten senken

In einer interkommunalen Kooperation zwischen den Verbandsgemeinden und der Kreisverwaltung des Landkreises Cochem-Zell wird seit November 2011 das Beschaffungswesen der Feuerwehr zentral organisiert. Diese Zusammenarbeit führt zu Ersparnissen und entlastet damit die kommunalen Haushalte. Die Grundlage für die nun zweimal im Jahr stattfindenden gemeinsamen Bestellungen bilden die von den Wehrleitern erstellten „Einkaufslisten“.

Begeisterung wecken ...

Im Fokus der einjährigen Imagekampagne „Rette aus Leidenschaft!“ steht die Förderung des ehrenamtlichen

Mehr Informationen

Susanne Tschirschky und Katharina Ertl
Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e. V.
E-Mail: info@ea.rlp.de

www.ea.rlp.de > Regionalentwicklung > Projekte
Regionalentwicklung > Ländliche Perspektiven >
Landkreis Cochem-Zell

„Balance zwischen zentral und dezentral“: Abwasserreinigung und Trinkwasserversorgung im demografischen Wandel

Der Wasserzweckverband Saale-Fuhne-Ziethen in Sachsen-Anhalt ist für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung von rund 50.000 Menschen verantwortlich. In einem Pilotprojekt machte der Verband Erfahrungen mit der dezentralen Abwasserentsorgung, die sich für dünn besiedelte Bereiche als sehr nützlich erweisen. Stefan Kämper sprach mit dem Geschäftsführer.

Herr Schulze, gibt es die Lösung für eine kostengünstige Abwasserentsorgung im ländlichen Raum, die auch bei schrumpfender Bevölkerung stabil ist?

Es gibt kein Patentrezept. Im ländlichen Raum gibt es Bereiche mit stabiler Bevölkerung, vor allem die mittelgroßen Städte, und solche, mit stark zurückgehender Bevölkerung. Um das für alle finanziell einigermaßen erträglich zu gestalten, muss man einen Kompromiss zwischen zentraler und dezentraler Entsorgung finden. Es gibt Gebiete mit geringer Siedlungsdichte, wo mit dezentralen Lösungen sehr wirtschaftlich gearbeitet werden kann.

Was heißt überhaupt zentral und dezentral?

Unter dezentral verstehen wir die Abwasserentsorgung auf dem jeweiligen Grundstück, durch den Grundstückseigentümer selbst. Wir haben auch kleinere Orte mit 700 Einwohnern, die eigene Kläranlagen haben. Das würde ich schon als zentrale Lösung bezeichnen. Aus wirtschaftlichen Gründen sind wir natürlich an größeren Versorgungsstrukturen interessiert, also Kläranlagen für 10.000 bis 100.000 Einwohner. Je mehr Anlagen sie zersplittern, desto unwirtschaftlicher wird der Betrieb.

Sie haben 2007 in Ihrem Verbandsgebiet ein von der Landesregierung finanziertes Pilotprojekt zur dezentralen Abwasserentsorgung durchgeführt. Was genau haben Sie gemacht?

Wir wussten wenig über die dezentrale Entsorgung und haben uns drei verschiedene Ortslagen mit unterschiedlicher Größe angesehen, mit dem Ergebnis, dass es möglich ist semi-dezentrale Anlagen zu bauen. Also Gruppenkläranlagen für mehrere Grundstücke, damit der technische und finanzielle Aufwand für den Einzelnen gesenkt wird. Diese Anlagen betreiben die Grundstückseigentümer gemeinschaftlich. Heute haben wir drei dezentrale Gruppenkläranlagen. An Einzelstandorten haben wir außerdem Kleinkläranlagen und wir betreuen auch eine Reihe von Anlagen, wo Grundstückseigentümer selbstständig tätig geworden sind. Aus technologischen Gründen bin ich für solche Gruppenlösungen. Allerdings gibt es oft private Befindlichkeiten und die Notwendigkeit zur Kooperation,

da die Anlagen Gemeinschaftseigentum sind. Die Standortfrage ist auch nicht einfach, keiner möchte die Anlage auf seinem Grundstück haben. Für den Bau müssen sie also einen öffentlichen Bereich finden.

Welche Rolle spielen die Kommunen?

Wir sind ja, wenn Sie so wollen, ein kommunales Unternehmen und die Kommunen sind unsere Gesellschafter. Jede möchte natürlich möglichst eine zentrale Ver- und Entsorgung haben, allerdings wissen auch die Kommunen, wie es finanziell aussieht. Wir haben uns auf ein Abwasserbeseitigungskonzept geeinigt und die zentral und dezentral zu entsorgenden Gebiete in einem Plan ausgewiesen. Die Kommunen unterstützen die Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes.

Auf welcher Basis werden solche Pläne gemacht? Bis 2020 wird die Einwohnerzahl in Ihrem Verbandsgebiet deutlich zurückgehen, auf etwa 35.000. Haben Sie das schon berücksichtigt?

Wir beobachten die Entwicklung sehr genau und haben relativ verlässliche Zahlen. In Sachsen-Anhalt und den neuen Bundesländern haben wir seit Anfang der 1990er Jahre viele Erfahrungen gesammelt. Damals war man zunächst von Wachstum ausgegangen, sodass zu große Kläranlagen ausgewiesen wurden. Der Gesetzgeber hat uns daraufhin schon 1995 verpflichtet, Konzepte vorzulegen und fortlaufend anzupassen, die auf den tatsächlichen Bedarf ausgerichtet sind.

Haben Sie Fälle, bei denen über Rückbau geredet werden muss?

Bei uns reden wir bei der Abwasserentsorgung nicht über Rückbau. Wir hatten ja in den neuen Bundesländern erheblichen Nachholbedarf, so dass unsere Planungen aktuell und an die Bevölkerungsentwicklung angepasst sind. Anders sieht es bei der Trinkwasserversorgung aus. Aufgrund des rückläufigen Wasserverbrauchs verkleinern wir unsere Leitungen. Wir machen möglichst eine Innensanierung, ziehen neue Rohre in bestehende Systeme ein, so dass weniger Wasser im System ist. Wir werden in manchen Gebieten über dezentrale Lösungen reden müssen.



Die Verweilzeit des Wassers in den Rohrleitungen wird dort einfach so lang, dass die Qualität nicht mehr garantiert werden kann.

Ist das schon konkret oder sind das nur Szenarien?

Generell haben wir im Moment keine Probleme, weil unsere Ortslagen immer noch sehr konzentriert sind. Es gibt aber Siedlungen, da haben wir nicht mehr als sieben Grundstücke und wenn dort auf Dauer der Trinkwasserbedarf weiter zurückgeht, müssen wir uns mit dezentraler Versorgung befassen. Ob als Gruppen- oder Einzellösungen kann ich im Moment nicht sagen. Das ist Zukunftsmusik.

Zurück zum Abwasser. Ist es rechtlich möglich, Abwasser zu sammeln und in eine zentrale Abwasserreinigungszentrale zu fahren?

Das ist erlaubt und auch technisch kein Problem, wenn Sie eine wasserdichte Grube haben. Es ist allerdings eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Wenn mehrere Personen auf einem Grundstück wohnen und sofern es baulich möglich ist, macht eine Kleinkläranlage Sinn. Bei einer älter werdenden Bevölkerung ist es jedoch so, dass Grundstücke manchmal keine Nutzungsperspektive mehr haben. Wenn dort noch Personen wohnen, die relativ wenig Wasser verbrauchen, kann es sinnvoll sein, das Abwasser in einer Sammelgrube aufzufangen. Bei größeren Mengen sollte man von solchen Dingen jedoch Abstand nehmen.

Sie haben jetzt sehr viel Erfahrungen gesammelt, im Pilotprojekt und im Betrieb. Sind Sie eine Art Vorreiter?

Vorreiter ist zu viel gesagt. Wir haben die Erfahrungen innerhalb der Verbände ausgewertet und veröffentlicht.

Das Land hat ja auch ein Kreditprogramm aufgelegt, um solche Projekte zu fördern.

Was sehen Sie als die wesentliche Herausforderung für die Zukunft?

Erstens: In den nächsten zwei Jahren wollen wir die zentrale Erschließung im Verbandsgebiet abschließen. Zweitens: Bis 2016 setzen wir flächendeckend die dezentrale Versorgung um – zu beidem sind wir gesetzlich verpflichtet. Und drittens wollen wir mit unserem Anlagevermögen möglichst langfristig arbeiten.

Können Sie sagen, wie viele Einwohner ihres Gebiets an die zentrale Lösung angebunden sind oder sein werden und wie viele dezentral?

Wir sind im Moment rund 50.000 Einwohner im Verbandsgebiet. Von diesen ist der überwiegende Teil, etwa 90 Prozent, zentral angeschlossen, mit leicht steigender Tendenz. Etwa 500 Grundstücke werden wir auch in Zukunft dezentral entsorgen.

Herr Schulze, herzlichen Dank für das Gespräch!

Mehr Informationen

Wasserzweckverband Saale-Fuhne-Ziethen

Werner Schulze (Geschäftsführer)

E-Mail: info@wvsfz.de

www.wzvsfz.de

KombiBus Uckermark

Mit dem Erhalt und der Ausweitung des Öffentlichen Personennahverkehrs über die reine Personenbeförderung hinaus will eine brandenburgische Region die ländliche Lebensqualität sichern. Finanziell möglich werden soll dies durch die Kombination des Linienverkehrs mit anderen Servicedienstleistungen.

Von Heiner Monheim und Anja Sylvester. Immer weniger Menschen in einer immer größer werdenden räumlichen Verteilung in die Daseinsvorsorge einzubeziehen, ist eine der Herausforderungen, der sich ländliche Regionen stellen müssen. Bei abnehmender Gesamtzahl steigt



die Zahl der Menschen, die aufgrund sinkender Einkommen oder gesundheitlicher Einschränkungen wesentlich auf Bus und Bahn angewiesen sind, stetig an; gleichzeitig werden viele Angebote zunehmend unwirtschaftlich. Da er nicht zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben der Gemeinden zählt, ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) oft einer der ersten Bereiche für Kürzungen. Um der räumlichen und gesellschaftlichen Exklusion entgegenzuwirken sollte jedoch genau das Gegenteil passieren. Mit dem Erhalt und der Stärkung des ÖPNV als Schlüsselinfrastruktur über den Schülerverkehr hinaus ließe sich die Erreichbarkeit von zentralen Einrichtungen verbessern, Versorgung sicherstellen, gesellschaftliche Teilhabe gewährleisten und die demografische Struktur stabilisieren. Gute Mobilitätsangebote sollten nicht nur auf ältere Menschen ausgerichtet sein – nein, sie zählen auch für junge Menschen nach dem Angebot von Arbeitsplätzen zum zweitwichtigsten Bleibefaktor.

Mit innovativem Konzept gegen den Trend

Der Landkreis Uckermark in Brandenburg ist besonders stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen: 44 Einwohner leben hier derzeit pro Quadratkilometer; ihre Zahl soll nach einer Prognose bis zum Jahr 2030 um 24 Prozent zurück gehen und damit auch die Schülerzahl als wesentliche Finanzierungsbasis für die ÖPNV-Grundversor-

gung. Statt den öffentlichen Verkehr aus Kostengründen einzuschränken, hat die Kreisverwaltung Uckermark in Partnerschaft mit der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft und verschiedenen Beratungsunternehmen das für Deutschland neuartige KombiBus-Konzept entwickelt:



Eine Kombination von Linienbus, Post, Kurierdienst, Fahrdienst für Mobilitätseingeschränkte und vieles mehr soll die Wirtschaftlichkeit einzelner Dienstleistungen in der Region verbessern und damit die Versorgung der Bevölkerung dauerhaft und auf hohem Niveau sichern. Das Projekt „KombiBus“ wird im Rahmen des Modellvorhabens „Daseinsvorsorge 2030 – innovativ und modern – eine Antwort auf den demografischen Wandel“ des Bundesministeriums des Innern erarbeitet und umgesetzt.

Vorbild Skandinavien

Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts verkörperten die Postkutsche und später der Postbus ein in Deutschland inzwischen in Vergessenheit geratenes Prinzip: Neben dem Transport von Fahrgästen wurden je nach Kapazitäten auch andere Güter befördert, zum Beispiel Postsack, Lebensmittel oder Gebrauchsutensilien. In Skandinavien wird dieses Konzept bis heute erfolgreich umgesetzt. Dort macht das Frachtgeschäft der Busunternehmen etwa ein Viertel der Umsätze aus – und das in Regionen mit Einwohnerdichten weit unter den deutschen Minimalwerten. Der öffentliche Busverkehr bildet hier mit seinem regionalen Netz, seiner Linienstruktur und seinen geregelten Abfahrts- und Ankunftszeiten den idealen Partner für alle Versorgungsbereiche, die ein regelmäßiges Transportaufkommen aufweisen.

Nachfragepotenziale

Diesen kombinierten Ansatz greift das KombiBus-Konzept der Uckermark auf, denn einzelne Servicedienstleister wie Kurier-, Paket- oder Expressdienste sowie Transportstrukturen im Gesundheits- und Lebensmittelbereich stoßen in der dünn besiedelten Region an ihre Wirtschaftlichkeitsgrenzen. Während der Konzeptionsphase wurde in einer Marktübersicht analysiert, ob und in welchem zeitlichen sowie mengenmäßigen Umfang ein Interesse von Branchen an Frachtraum besteht und welche Potenziale sich daraus für kombinierte ÖPNV-Angebote ergeben. Insbesondere in den Bereichen Lebensmittel,



Logistik, Bankenwesen, Gesundheit und Tourismus zeigte sich ein hoher Bedarf an Frachtraum bei guter Standorterreichbarkeit. Dabei ließen sich zwei Nachfragegruppen unterscheiden: Eine, die bereits ein Logistiksystem unterhält (zum Beispiel Lebensmittel-Großhandel) sowie eine, die zwar einen logistischen Bedarf, jedoch kein eigenes System hat (zum Beispiel im Tourismus).

Sitznachbar Postpaket oder Gemüseboxe?

Zentrales Planungsinstrument des KombiBus-Projekts ist die Einführung eines integralen Fahrplankonzepts. Freie Kapazitäten im Busverkehr außerhalb der Zeiten mit hoher Nachfrage, wie Schulzeiten oder Berufsverkehr, sollen erfasst und für andere Zwecke nutzbar gemacht werden. Während die KombiBus-Angebote im Schülerverkehr weitgehend den Anforderungen der Schulen untergeordnet sind, soll außerhalb der Schülerverkehr-Betriebszeiten ein räumlich flexibler KombiBus in der Betriebsform eines „Rufbusses“ neue Ladestellen und Nebentätigkeiten bedienen können. Potenzielle Wirtschaftspartner können so ihre eigenen logistischen Wege planen. Einen weiteren potenzieller Einsatzbereich ist der Wander- und Radtourismus ohne Gepäck: Der KombiBus könnte An- und Abreiseverkehr inklusive unbegleiteten Koffer- und Fahrradtransport gewährleisten und somit den Beherbergungsbetrieben der Region einen Mehrwert für ihre

Serviceangebote bieten. Zur Einführung des KombiBusses bedarf es neben technischer Details einer intensiven Kommunikation: Neben der Vielzahl an Anforderungsprofilen von Seiten potenzieller Wirtschaftspartner müssen auch kommunale Partner, Verbände und Institutionen und vor allem die Bürger in den Prozess eingebunden werden. Der Einsatz von Informationsmedien (zum Beispiel Internet, Mailings), aber insbesondere begleitende Veranstaltungen, wie zum Beispiel Konzeptpräsentationen bei kommunalen Entscheidungsträgern, Tourismus-Workshops oder auch Experten-Interviews, fördern den regionalen Partizipationsprozess und sollen den Projekterfolg vor Ort garantieren.

Innovationschub für rechtlichen Rahmen

Obwohl ein Dienstleistungsmix aus Personen- und Güterverkehr in den derzeitigen bundesgesetzlichen Regelwerken wie dem Personenbeförderungs- und Güterkraftverkehrsgesetz nicht explizit vorgesehen ist, hat ein juristisches Gutachten grünes Licht für das Projekt auf Bundesebene gegeben. Erschwerend kommt jedoch hinzu, dass der ÖPNV durch Landesgesetze jeweils unterschiedlich geregelt wird. Für das Land Brandenburg zeichnen sich jedoch keine unüberwindbaren Hemmnisse ab. Es soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Umsetzung des KombiBus-Projekts durch einen intensiven Dialog zwischen Bund, dem Land Brandenburg und dem Landkreis Uckermark ermöglicht wurde, bei dem juristische und finanzielle Spielräume geklärt werden konnten. Um allerdings bundesweit den Kommunen zukünftig innovative Neuregelungen für die Bewältigung von Aufgaben der Daseinsvorsorge zu ermöglichen, bedarf es gegebenenfalls einer gesetzlichen Überprüfung der jeweiligen landesspezifischen Kommunalgesetzgebung. Aktuell zeigt sich aber, dass sich die Landesregierungen bereits häufig auf innovativen Wegen befinden, um den demografischen Wandel langfristig zu meistern.

Mehr Informationen

Kreisverwaltung Uckermark

Amt für Kreisentwicklung und Wirtschaftsförderung
Frau Britt Stordeur
E-Mail: britt.stordeur@uckermark.de
www.uckermark.de

Uckermärkische Verkehrsgesellschaft mbH

Herr Lars Boehme
E-Mail: l.boehme@uvg-online.de
www.WirbewegenSie.de
www.kombibus.de

Wirtschafts- und Juniorakademie Pegnitz

Mit der persönlichen Ansprache, Information und Unterstützung Jugendlicher bei der Wahl ihres Berufsweges stellt sich die ILE-Region Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz erfolgreich sowohl dem drohenden Fachkräftemangel in der Region als auch der Abwanderung perspektivsuchender junger Menschen.

Von Corinna Förster. Der demografische Wandel ist auch auf dem oberfränkischen Ausbildungsmarkt immer deutlicher zu spüren. Firmen haben Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze adäquat zu besetzen, während gleichzeitig junge Menschen keine Ausbildungsstelle finden oder eine,



aufgrund von mangelnden Informationen im Vorfeld für sie unpassende, Ausbildung abbrechen. Um dieses Problem anzugehen, hat die zwischen Nürnberg und Bayreuth gelegene ILE-Region das Projekt Wirtschafts- und Juniorakademie ins Leben gerufen. Ziel ist es, Schüler bei der beruflichen Orientierung und beim Übergang von der Schule ins Berufsleben zu unterstützen.

Auszubildende als Orientierungshelfer

In der Regel ist Jugendlichen das umfangreiche Angebot unterschiedlicher Ausbildungsberufe – etwa 100 in der ILE-Region – nicht bewusst. Deshalb stellen in schulwöchentlichen Informationsveranstaltungen Ausbilder und Auszubildende in den Betrieben der Region zukünftigen Schulabsolventen die beruflichen Chancen ihrer Heimat vor. Die Präsentation vor Ort bietet gerade durch das Mitwirken von Auszubildenden Einblicke in das Berufsleben „aus erster Hand“. Neben der Unterstützung bei der Berufsorientierung soll dies auch einer ausbildungs- bzw. berufsbedingten Abwanderung in Verdichtungsräume entgegenwirken. Diese erweiterte vertiefte Berufsorientierung findet in enger Kooperation mit der Agentur für Arbeit Bayreuth statt, die auch einen Teil der Kosten kofinanziert.

Durch berufserfahrene Paten beraten

Ein weiterer Baustein der Akademie ist das ursprünglich von der KSB AG, einem weltweit aktiven Pumpen- und Armaturenhersteller und größtem ortsansässigen Arbeitgeber, initiierte Schülerpatenprojekt. Schwache Schüler der Christian-Sammet-Mittelschule werden ab der achten Klasse von ehrenamtlichen Paten individuell bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz bzw. beim Übergang ins Berufsleben betreut. Ein Angebot, wie es institutionalisiert in dieser Intensität nicht möglich wäre. Das Angebot richtet sich gezielt an Jugendliche mit schlechten Startchancen, die aus unterschiedlichen Gründen von ihren Eltern bei der Berufswahl nicht unterstützt werden können. Die ehrenamtlichen Schülerpaten sind überwiegend aus dem aktiven Berufsleben ausgeschiedene, ehemalige Führungskräfte, die ihre Berufs- und Lebenserfahrung sowie ihr berufliches Netzwerk zugunsten ihrer Patenschüler einsetzen. Sie motivieren die Jugendlichen bei Rückschlägen, zeigen ihnen Alternativen und neue Perspektiven auf. Dabei arbeiten Paten, Schüler, Eltern, Schulleitung und Lehrer sowie Partner aus der IHK, der Agentur für Arbeit und andere eng zusammen.

Das Projekt wird inzwischen im fünften Schuljahr erfolgreich umgesetzt. „Ich kann jedem Schüler nur raten und den guten Tipp geben, wenn es möglich ist, einen Paten zu bekommen: dann gleich zugreifen!“ ist die Empfehlung eines Patenschülers aus dem Schuljahr 2007/08. Auch für die Paten ist ihr ehrenamtliches Engagement wertvoll: „Ich selbst profitiere durch das Erfolgserlebnis, wenn die aufgewendete Mühe zum Erfolg geführt hat.“, schildert ein Pate seine Motivation. Die Paten übernehmen im engen Kontakt mit den Jugendlichen auch soziale Verantwortung als Vorbild und Mentor.

Mehr Informationen

Corinna Förster

Wirtschafts- und Juniorenakademie Pegnitz
ILE-Region Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz
E-Mail: foerster@wirtschaftsbanda9.eu

www.wirtschaftsbanda9.de

Schule des Ehrenamts

Die Notwendigkeit und Chancen gemeinsamen bürgerschaftlichen Engagements vorstellen und Bürgern Fähigkeiten zur Zusammenarbeit und Projektumsetzung vermitteln, sind zwei Ziele des regionsorientierten Seminarprogramms, mit dem der Landkreis Kusel Ehrenamt fördern und neue Engagierte gewinnen möchte.

Von *Alexandra Matern* und *Henning Bombeck*. In Zusammenarbeit mit der Universität Rostock hat die Kreisvolkshochschule Kusel die Seminarreihe „Schule des Ehrenamts“ erarbeitet, die Kommunalpolitiker, Vereinsvorstände und -mitglieder, Mitglieder von Initiativen oder Interessensgemeinschaften und engagierte Bürger zusammenführen soll. Ausgangspunkt waren die Erkenntnisse einer Entwicklungsstudie der Universität Rostock zum demografischen Wandel im Landkreis Kusel, die als eine Handlungsempfehlung die Förderung des Ehrenamts in der Region benennt.

Regionale Anliegen und Methodenkompetenz

Im Oktober und November 2011 fanden die ersten eintägigen Workshops der Schule des Ehrenamts statt. Unter dem Titel „Meine Gemeinde – Unsere Zukunft“ befasste sich der erste Seminarteil mit dem Themenfeld Dorferneuerung. Im Rahmen eines Planspiels wurde über Entwicklungswege für die Region diskutiert. Dabei lernten die Teilnehmer auch methodische Kenntnisse, zum Beispiel den „Vitalitäts-Check“ für Dörfer kennen. Haftungs- und steuerrechtlichen Aspekte ehrenamtlichen Engagements waren ein Schwerpunktthema des Workshops „Fit fürs Ehrenamt“. In der regen Nachfrage und Diskussion zu rechtlichen Fragen, wie „Was ist ein Verein?“ oder „Welche Vorteile hat Gemeinnützigkeit?“ wurde das große Interesse und der Beratungsbedarf zu konkreten, persönlichen Konsequenzen ehrenamtlichen Einsatzes deutlich. In den Modulen „Erfolgreich führen“ sowie „zielgruppenorientiertes Projektmanagement“ standen danach erneut methodische Schulungen auf dem Programm. Ein wichtiger Teil des Veranstaltungskonzepts ist, mit wechselnden Veranstaltungsorten den Bezug zu den Gemeinden vor Ort herzustellen und ihnen die Möglichkeit zu geben, aktuelle Projekte vorzustellen und mit den Teilnehmern zu diskutieren. Während des einen Workshops besuchte die Gruppe eine neu eröffnete Kaffeemanufaktur mit Ausschank in einer renovierten Mühle, die sich über die Kreisgrenzen hinaus zu einem bekannten touristischen Anziehungspunkt entwickelt hat.

Nachfrage durch Teilnehmernutzen

Das Ziel, mit der Veranstaltung auch ehrenamtliche „Newcomer“ anzusprechen, deren Einbindung sowohl zur Belebung ehrenamtlicher Strukturen als auch zur Ent-

lastung der bereits Engagierten beitragen sollte, ist bisher nur teilweise geglückt. Mit etablierten Werbemaßnahmen und Kommunikation in der Kommunalpolitik wurde nur ein Teil der gewünschten Zielgruppe erreicht. Ein großes Werbe-Potential liegt in der Qualität der Seminarreihe und der Vernetzung ihrer Teilnehmer. So hatten die Nordgemeinden des Landkreises die Workshops genutzt, um eine eigene Regionalinitiative anzustoßen. Durch „Mund zu Mund Propaganda“ wurden der Regionalbezug und der persönliche Nutzen für die Teilnehmer deutlich und weckten Interesse, selbst teilzunehmen.

Weiterentwicklung durch Evaluation

Das Seminarangebot soll sich etablieren und institutionalisieren: Workshops zu weiteren Themenfeldern sind geplant. Neue Entwicklungsimpulse gaben die Teilnehmer selbst: Statt wie bisher als ganztägige Wochenend-Termine, könnten Module als Abendveranstaltungen oder in bestehenden Ehrenamtsstrukturen, z. B. im Rahmen der Jahreshauptversammlung eines Vereins eingebettet, angeboten werden. Außerdem sollen konkrete Zielgruppen angesprochen werden. Eine Kompetenzwerkstatt für Frauen ist geplant sowie die Jugend für das Ehrenamt zu motivieren.

Mehr Informationen

Alexandra Matern

Kreisvolkshochschule Kusel
E-Mail: alexandra.matern@kv-kus.de

www.kvhs-kusel.de

Prof. Henning Bombeck

Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät
der Universität Rostock
Arbeitsbereich Siedlungsgestaltung
und ländliche Bauwerke
E-Mail: henning.bombeck@uni-rostock.de

www.auf-lb.uni-rostock.de

Für mehr Lebensqualität in Lindau

Die Gemeinde Lindau in Schleswig-Holstein mit gut 1.300 Einwohnern geht die Folgen des demografischen Wandels mit der Integration des Leitbilds Inklusion in die Dorfentwicklung an.

Von Brigitte Wotha. Für die Gemeinde Lindau umfasst der Begriff Inklusion über die Teilhabe einer bestimmten Gruppe von Menschen hinaus das Leitbild einer vielfältigen Gesellschaft. Danach sind alle Menschen der Gemeinde nach ihren jeweiligen Möglichkeiten in die Dorfgemeinschaft eingebunden, nachbarschaftliche Strukturen werden gefestigt, der Gemeinsinn gefördert. Die Gemeinde ist ein zukunftsfähiger Lebensraum für alle Menschen ohne Unterschied nach Alter, Geschlecht, Herkunft oder anderen Einschränkungen.



Für die Dorfentwicklung bedeutsam: Die Versorgung mit Lebensmitteln

Analyse und Sensibilisierung

Mit Unterstützung der „Lebenshilfe Schleswig Holstein e.V.“ untersuchte die Gemeinde Lindau 2010 wie weit sie schon auf dem Weg zu einer inklusiven Gemeinde gekommen ist. Angelehnt an den „Kommunalen Index für Inklusion“ der Montag Stiftung wurde ein Index für Inklusion auf einem Startworkshop und aus begleitenden Expertengesprächen entwickelt, der auch die Grundlage einer Befragung darstellte. Er besteht aus den Dimensionen: Kultur und Werte, wie dem Zusammenleben in Gemeinde, Nachbarschaft und Familie sowie Beteiligung. Bei der Qualität vorhandener Strukturen geht es beispielsweise um die Qualität der Versorgung vor Ort, der Freizeit- und Bildungsangebote oder der Wohnsituation. Auch angewendete oder gewünschte Handlungspraktiken sind konkret das Gemeinschaftsleben, der Austausch und das eigene Engagement. Der Index hat eine analytische und zugleich eine die Inklusion bestärkende Funktion. Nach diesem Index wurde ein teilstandardisierter Fragebogen erarbeitet und in einer repräsentativen, aufsuchenden Befragung von 197 Lindauern über 16 Jahren beantwortet. Ergänzt um die Auswertung sekundärstatistischer de-

mografischen Datenmaterials und weiterer Expertengespräche wurde ein Bericht zum Stand der Inklusion in Lindau erarbeitet.

Lindau ist gut aufgestellt

Als Ergebnis der Untersuchung zeigte sich die Gemeinde Lindau in ihrer Gemeinwohlorientierung gut aufgestellt. Für die zukünftige Dorfentwicklung wurden drei Handlungsfelder identifiziert: Stärkung des Zusammenlebens in einer vielfältigen Gemeinde, bessere Versorgung mit Waren und Dienstleistungen sowie das Handlungsfeld Wohnen für mobilitätseingeschränkte und pflegebedürftige Menschen. Die Umsetzung wurde von einer Inklusionskoordinatorin begleitet. Erste Erfolge zeigten sich in der Koordination und Mobilisierung von Veranstaltungen und Dienstleistungen wie beispielsweise Fahrdienste und die Anfahrt eines Bäckereiwagens. Die Qualität des öffentlichen Raumes wurde zum Beispiel durch Aufstellen und gemeinschaftliche Betreuung von Bänken und Spielgeräten verbessert. Neuzugezogene werden künftig von Paten und mit einer Broschüre begrüßt. Niedrigschwellige und zielgruppenspezifische Kommunikationsmöglichkeiten wie beispielsweise Informationen über ein Dorfblatt und eine Dorfinfotafel oder Bürgermeistersprechstunden in den einzelnen Dorfteilen wurden umgesetzt. Das Leitbild Inklusion in der Dorfentwicklung ermöglichte den Perspektivenwechsel. Das Engagement vieler Gruppen wurde gebündelt und Lösungen wurden gefunden, die über investive Maßnahmen, wie die Bereitstellung und Gestaltung von Räumen hinausgehen. So hat die Gemeinde begonnen, Lebensqualität zu verbessern, ohne gleichzeitig ihre Finanzen zu stark zu belasten.

Mehr Informationen

Dr. Brigitte Wotha

Büro für Stadt- und Regionalentwicklung
info@wotha.de

www.wotha.de > Stadt- und Regionalentwicklung
www.montag-stiftungen.de

Weitere Informationen zum Projekt unter
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie

„Auf das soziale Miteinander kommt es an“

Stefan Kämper sprach mit Jens Christof Krabbenhöft über die „Inklusive Gemeinde Lindau“.

Herr Bürgermeister Krabbenhöft, Sie haben gesagt, dass niemand Lindau verlassen müsse, wenn Pflege- oder Betreuungsbedarf besteht. Sind Sie mit dem Projekt „Inklusive Gemeinde Lindau“ diesem Ziel näher gekommen?

Mit Sicherheit: Lindau hat sich seither intensiv mit dem demografischen Wandel beschäftigt. Wir überlegen, wie wir uns auf die Zukunft einstellen müssen, gerade um älteren oder behinderten Menschen gerecht zu werden. Da gibt es jetzt den mobilen Bäcker, der wöchentlich in verschiedenen Ortsteilen Halt macht; eine Einkaufsmöglichkeit, die es vorher nicht gab. Wir werden 2012 ein Mehrgenerationenhaus bauen, komplett barrierefrei. Davon versprechen wir uns auch einen starken Impuls für die Gemeinde.

In der Untersuchung wurden Bedarfe und Bedürfnisse ermittelt, aber auch die Bevölkerung für die Themen sensibilisiert. Sehen Sie einen Perspektivenwechsel?

Erstmals ist ein Bewusstsein für den demografischen Wandel, aber auch die Inklusion entstanden. Kommunalpolitik, Vereine, Verbände und die Menschen sprechen jetzt anders über das Thema und machen sich Gedanken darüber, was die Berücksichtigung aller Menschen angeht. Da gibt es die Intensivierung der Jugendarbeit, aber auch eine neue bauliche Rücksichtnahme. Die Höhe von Bordsteinen rollstuhlgerecht anlegen, das machen wir jetzt selbstverständlich. Vor dem Projekt wurde das im Grunde nicht berücksichtigt.

Das heißt, auch Verwaltung und Planung sind sensibilisiert worden. Wurden Sie von dort unterstützt?

Selbstverständlich, aber kommunalpolitisch sind wir Vorreiter gewesen. Das Thema ist ja noch längst nicht überall angekommen, auch bei den Nachbargemeinden nicht. Das braucht Zeit.

Haben die Nachbargemeinden sich schon bei Ihnen gemeldet, um von Ihnen zu lernen wie man eine Gemeinde gut aufstellt für die Zukunft?

Es gibt schon Interesse, nicht nur aus den Nachbargemeinden, sondern aus dem ganzen Bundesgebiet. Das mag daran liegen, dass wir hier sehr praktisch arbeiten. Das ist ja in einer Landgemeinde auch leichter als in der Großstadt. Es ist hier übersichtlicher und man kann das Thema Inklusion den Menschen leichter näher bringen.

„Wir müssen das Rad nicht neu erfinden!“

Vieles von dem, was man jetzt erreichen will, war früher selbstverständlich, Nachbarn helfen sich, Leute, die nicht so gut zu Fuß sind, werden versorgt und so weiter. Gibt es davon noch viel oder müssen Sie das alles neu erfinden?

Nein, wir müssen zum Glück nicht alles neu erfinden. Nachbarschaftshilfe ist heute jedoch nicht mehr selbstverständlich, auch im ländlichen Raum nicht. Wir müssen das Rad zwar nicht neu erfinden, aber dafür sorgen, dass das soziale Miteinander neu belebt wird.

Nun kann man nicht alles auf Ebene einer Gemeinde im ländlichen Raum lösen, was muss sich bei den Rahmenbedingungen ändern, damit Lindau sich weiter entwickelt?

Wir wollen weiter Projekte des Miteinanders vorantreiben und alle Generationen mit auf den Weg nehmen. Baulich müssen wir mit den barrierefreien Einrichtungen weitermachen, auch die Wohnungsangebote müssen dementsprechend sein. Auch eine gute Versorgung, ein Kaufmann und dergleichen, gehört dazu. Für diese Dinge wünsche ich mir schon eine verbesserte Finanzkraft.

Ein wichtiges Ziel ist, dass Lindau keine Einwohner an größere Städte verliert. Können Sie aufgrund des Projektes schon eine Trendwende feststellen?

Das ist noch zu früh. Aber das erhoffen wir uns: wir wollen ein freundliches soziales Gesicht haben, auch als Standortfaktor. Nur die – zweifellos sehr wichtige – Anbindung mit Kommunikationsleitungen alleine reicht nicht. Das soziale Miteinander ist es, auf das es ankommt.

Herr Krabbenhöft, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Mehr Informationen

Jens Christof Krabbenhöft

Bürgermeister der Gemeinde Lindau
info@amtdw.de

www.gemeinde-lindau.de

Ein Dorf, das wächst

Das 470 Einwohner große Dorf Heckenbeck im ländlichen Süd-Niedersachsen zieht seit Jahren junge Familien als Neubürger an. Seine Einwohnerzahl ist, anders als in anderen Dörfern, in den letzten Jahren sogar leicht gestiegen. Zentrale Faktoren für diese Stabilität sind dörfliche Vielfalt und Gemeinschaft.

Von Ricarda Polzin. Heckenbeck, ein Ortsteil des 50 Kilometer von Göttingen und 80 Kilometer von Hannover entfernten Bad Gandersheims, ist ein von sanften Hügeln umrahmter, idyllischer Ort, auf dessen beschaulichen Straßen sich viele Kinder tummeln. In den letzten 25 Jahren sind circa 25 Prozent der Bevölkerung neu zugezogen. Meist junge Familien, „Stadtflüchtlinge“, die ein Leben mit mehr Gemeinschaft auf dem Land suchen, jedoch die kulturelle Vielfalt der Stadt und das soziale Netzwerk nicht missen wollen. Im Zuge dieser Entwicklung beherbergt Heckenbeck nun eine bunt gemischte Bevölkerung mit verschiedensten Lebensweisen und Interessen, von traditioneller Landwirtschaft bis



Qi Gong. Das weite Spektrum der Lebensanschauungen stellt eine Herausforderung für das Zusammenleben dar, trotzdem funktioniert es sehr gut. Liegt es an der Toleranz, Offenheit und dem Willen zum Gespräch bei allen Beteiligten? Letztlich scheinen sich die Dorfbewohner bewusst zu sein, dass alle von der Vielfalt profitieren.

Von Tradition zu kultureller Vielfalt

Heckenbeck ist mehr als ein reiner Wohnort. Das Dorf ist sozialer Bezugspunkt und besitzt traditionell ein reges Dorfleben mit vielen Aktivitäten: Schützenverein, Sportverein, Männergesangsverein, Bürgerverein, Freiwillige Feuerwehr und eine sehr aktive Kirchengemeinde. Feiern, wie das Hochziehen der Erntekrone und das Boßeln, sind allgemein beliebt. Diese traditionellen Aktivitäten des Ortes wurden nach und nach erheblich erweitert. Alter Wohnraum wurde saniert, neue Wohnformen sowie vielfältige kulturelle und gewerbliche Projekte sind aus gemeinschaftlicher Selbstorganisation heraus entstanden:

- Die „Weltbühne Heckenbeck“, ein soziokulturelles Zentrum mit Kleinkunstabühne im ehemaligen Dorfgasthof ‚Zur Linde‘

- Freie Schule und Kindergarten in freier Trägerschaft
- Meditationshaus
- Verein für ökologische Projekte mit Car-Sharing und Einsatzstelle für das Freiwillige Ökologische Jahr
- viele Gruppen von Samba-Band, Bigband bis Männer- und Frauengruppen

Attraktion Bildungsangebot

Eine gute Bildungsperspektive ist gerade für junge Familien von großer Bedeutung. Vor zehn Jahren wurde die „Freie Schule Heckenbeck“ mit 14 Kindern als Elterninitiative gegründet. Besonders ungewöhnlich für einen so kleinen Ort ist, dass die Schule inzwischen bis zur zehnten Klasse geht und den Haupt- und Realschulabschluss vor Ort ermöglicht. Heute lernen dort 85 Kinder und Jugendliche selbstbestimmt und altersübergreifend, ihren eigenen Interessen folgend. Das pädagogische Konzept, das auch den angrenzenden Kindergarten Pustebume einschließt, lockt



seit Jahren Familien aus der weiteren Region an. Während in den umliegenden Ortschaften Schulen geschlossen werden, wird in Heckenbeck zur Zeit ein Erweiterungsbau geplant. Für die Betreuung der Jüngsten gibt es seit kurzem eine Kooperation mit einer Tagesmutter.

Aus Lebensraum wird Wirtschaftsraum

Die Einwohnerbindung und die Nachfrage nach Dienstleistungen vor Ort hat sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt. Neue Gewerbe haben sich an-

gesiedelt, zum Beispiel eine Tischlerei, Kleinhandwerker, eine Allgemein- und Kinderarztpraxis, eine Hebammenpraxis für Hausgeburten oder der Bauträger „Lebensträume GmbH“. Auch im Bereich der Grundversorgung sind mit dem Bioladen „Grüne Tomaten“ und ökologisch wirtschaftenden Nahrungsmittelherzeugern neue Unternehmen in Heckenbeck entstanden.

Gemüse für Heckenbeck im Mitglieder-Dorfladen

Wie in vielen anderen kleinen Orten, gab es in Heckenbeck lange Zeit keinen Dorfladen mehr. Das hat sich vor etwa acht Jahren geändert. Der Mitglieder-Bioladen „Grüne Tomaten“ bietet eine umfassende Grundversorgung von Gemüse über Milchprodukte bis hin zu Kosmetika. Der Laden ist an drei Tagen in der Woche geöffnet. Das System basiert auf einer normalen Einzelunternehmung, die durch Mitgliedsbeiträge grundfinanziert wird. Die circa 130 Kunden zahlen einen monatlichen Beitrag von maximal 15 Euro zur Deckung der Ladenbetriebskosten. Dafür liegt der Verkaufspreis der Ware nur fünf bis zehn Prozent über dem Großhandelspreis. Die hohe Kundenbindung und die damit verbundene verlässliche Bedarfsplanung ermöglichen ein Angebot von frischer Ware zu angemessenen Preisen. Beliefert wird der Laden unter anderem von regionalen Anbietern. Seit sieben Jahren gibt es außerdem Gemüse frisch vor Ort. Der Bio-Betrieb „Gemüsebau Heckenbeck“ hat sich zum Ziel gesetzt, Gemüse direkt für die Bevölkerung in Heckenbeck und der unmittelbaren Umgebung anzubauen. Auf einer Fläche von nur 0,5 ha bietet er mit ca. 40 Sorten seinen Kunden ein vielfältiges und erntefrisches Angebot. Vertrieben wird das Gemüse über den Mitglieder-Dorfladen, ein Abo-Kistensystem, Ab-Acker-Verkauf sowie ein Seminarhaus mit Vollwertküche. Darüber hinaus werden durch die vollständige Direktvermarktung Transportwege kurz und die Wertschöpfung im Ort gehalten. Die kurzen Wege und die Grundversorgung vor Ort erleichtern Familien ein Alltagsleben ohne Auto, auch auf dem Land.

Gemeinschafts-Leihrad und Teilauto Heckenbeck

Der öffentliche Personennahverkehr von Heckenbeck beschränkt sich auf für Fahrgäste geöffnete Schulbusse und einer einzigen Verbindung zum vier Kilometer entfernten Kreiensen pro Tag. Von Kreiensen aus hat man eine gute Zuganbindung in alle Richtungen. Die vorhandene Busverbindung ist jedoch nicht auf die Zugzeiten abgestimmt. Deshalb hat das Dorf Gemeinschafts-Leihräder mit Zahlenschloss angeschafft. Sie können für die Bahnstrecke ausgeliehen und am Bahnhof abgestellt werden. Gewartet

werden die Räder ehrenamtlich in einer Fahrradselbsthilfswerkstatt. Um die Mobilität der autolosen Einwohner von Heckenbeck zu unterstützen, gibt es außerdem das Car-Sharing-System „Teilauto Heckenbeck“. Autoeigentümer stellen ihr Fahrzeug zur Mitnutzung zur Verfügung; Nutzer sind über eine spezielle Versicherung durch den Bundesverband CarSharing e.V. versichert.

Auch in Zukunft gemeinsam Reden und Tun

Damit Heckenbeck auch in den kommenden Jahren eine gute Perspektive hat, bedarf es weiterhin eines großen Engagements. Besonders wichtige Bereiche sind die Mobilität, lokale Arbeitsplätze, Vergrößerung der Anbauflä-



che für den lokalen Nahrungsmittelbedarf, außerdem die Schaffung von Wohnraum, zum Beispiel neue Wohnformen für die ältere Generation. Um all das zu erreichen, braucht es eine gute Kommunikationskultur und Menschen mit Initiativkraft – ein miteinander Reden und Tun aller. Damit eine regional orientierte Lebensmittelversorgung noch mehr Menschen erreicht, müssen Hemmschwellen verringert werden. So wird der Bioladen im Wesentlichen von Zugezogenen genutzt. Um dies zu ändern, sind zum Beispiel Heckenbecker Markttage angedacht. Ein Heckenbeck Logo für die Regionalvermarktung ist in Arbeit. Im Bereich Mobilität schwebt einigen ein Bürgerbus vor, der Heckenbeck mit dem Bahnhof Kreiensen verbinden soll. Davon würden von Schülern bis Senioren alle profitieren.

Mehr Informationen

Ricarda Polzin

Ortsvorsteherin von Heckenbeck

E-Mail: ortsvorsteherin-heckenbeck@gmx.de

www.heckenbeck-online.de

Vier Kommunen – ein Kleeblatt

Vier Kommunen im Nordwesten Brandenburgs haben den als politische Bezugseinheit definierten Mittelbereich Kyritz zu einem überörtlichen Verantwortungsbereich aufgewertet. Mit einer interkommunalen Kooperation nutzen sie die Chance, trotz enger finanzieller Handlungsspielräume neue Entwicklungen anzustoßen.

Von Antje Stephan. Im Landesentwicklungsplan von 2009 legt Brandenburg Mittelbereiche als Bezugsgrößen der Landesplanung fest, in denen die Daseinsvorsorge der Bevölkerung sichergestellt werden soll. Mittelzentren als Zentrale Orte innerhalb dieser Bereiche sollen die Ver-

gänger Handlungsspielräume der Kommunen die bestehenden Herausforderungen durch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu bewältigen. Im August 2010 schloss sich auch die vierte Kommune des Mittelbereichs, die Gemeinde Gumtow, der interkommunalen Koopera-



sorgung mit gehobenen Gütern und Dienstleistungen für den eigentlichen Ort und sein Umfeld gewährleisten. Der im Nordwesten Brandenburgs gelegene Mittelbereich Kyritz ist beinahe so groß wie das Land Berlin und gehört aufgrund seiner niedrigen Siedlungsdichte zu den am dünnsten besiedelten Regionen Deutschlands. Seit den 1990er Jahren ist die Bevölkerungsentwicklung stets rückläufig und vor allem durch Abwanderungsprozesse geprägt. Das Verhältnis von Jung und Alt hat sich drastisch verschoben – eine Entwicklung, die sich weiterhin fortsetzen wird.

Eine Kooperation mit Pilotcharakter

Die ersten Vorschläge der Landesplanung, Mittelbereiche als Bezugsgröße für die Bewältigung des demografischen Wandels festzulegen, lösten in der Region die Diskussion über die eigenen Möglichkeiten unter Schrumpfbedingungen aus. Bereits im Sommer 2007 entschieden sich die Stadt Kyritz, die Gemeinde Wusterhausen/Dosse und das Amt Neustadt (Dosse) als drei der vier Kommunen des Mittelbereichs eine überörtliche Verantwortungsgemeinschaft unter dem Namen „Kleeblatt“ zu bilden und sich der Sicherung der mittelzentralen Daseinsvorsorge im Kooperationsraum gemeinsam zu stellen. Damit nutzen sie die Chance, in Zeiten knapper Finanzmittel und

tion an. Mit der Bildung einer solchen Verantwortungsgemeinschaft wurde dem Anliegen der Landesregierung Brandenburgs, räumliche Bezugskulissen für die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der mittelzentralen Daseinsvorsorge zu bilden, frühzeitig entsprochen. Damit wurde der Kleeblatt-Verbund zum Vorreiter und gutem Beispiel für andere Mittelbereiche. Als Verantwortungsgemeinschaft wollen sich die Kleeblatt-Kommunen gezielt den Herausforderungen des fortschreitenden demografischen und gesellschaftlichen Wandels stellen. Gegenstand der Kooperation ist die enge Abstimmung von Planungen und Maßnahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge im gemeinsamen Versorgungsraum. Insbesondere gestärkt werden soll die Zusammenarbeit in den Handlungsfeldern Bildung, Gesundheit und soziale Versorgung, Wirtschaft, Einzelhandel, Tourismus, Kultur, Verkehr sowie in der Siedlungsentwicklung.

Organisation der Zusammenarbeit

Organisiert wird die interkommunale Zusammenarbeit durch den Kooperationsrat und dessen Vorsitzenden. Ihm gehören jeweils zwei Vertreter pro Gebietskörperschaft an, die sich aus den Verwaltungsleitungen (Bürgermeister bzw. Amtsdirektor) und den Vorsitzenden der gewählten Gremien (Stadtverordnetenversammlung,

Amtsausschuss, Gemeindevertretung) zusammensetzen. Dem Gegenstromprinzip der Raumordnung folgend werden so politische Entscheidungsgremien aktiv in alle Prozesse eingebunden, während der Kooperationsrat als Herz und Motor der interkommunalen Zusammenarbeit fungiert. Der Vorsitz des Kooperationsrates wechselt jährlich zum ersten Januar zwischen den Verwaltungsleitungen der Mitgliedskommunen. In circa sechs Sitzungen werden pro Jahr alle Themen der Kooperation, wie die Abstimmung der Aktivitäten im Mittelbereich und deren Finanzierung erörtert. Ferner werden in den Sitzungen auch Beschlussempfehlungen zu Projekten für die kommunalen Gremien gefasst, die die endgültige Entscheidungs-



hoheit über deren Umsetzung besitzen. Alle Entscheidungen des Kooperationsrates müssen einstimmig getroffen werden: Zum einen, um gemeinsam getragene Beschlüsse und Projekte auf den Weg zu bringen und zum anderen, um Mehrheitsentscheidungen zu verhindern, die einzelne Partner benachteiligen und damit die Kooperation gefährden könnten. Ein gemeinsam beauftragtes Kooperationsmanagement steuert und begleitet den Prozess, erstellt Konzeptionen, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und bereitet die Kooperationsratssitzungen vor und nach. Seit Beginn der Kooperation wird diese Aufgabe von externen Beratern der LPG mbH übernommen.

Erste gemeinsame Schritte

Das kommunale Netzwerk kann bereits erfolgreiche Arbeitsergebnisse vorweisen. Diese liegen vor allem in der Erstellung konzeptioneller Grundlagen für die weitere gemeinsame Arbeit, zum Beispiel einem Verkehrskonzept, einem Museumskonzept sowie einem Tourismuskonzept, die in einem diskursiven und kooperativen Prozess erarbeitet wurden. In der Praxis wurden aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen bisher vorwiegend kleinere Projekte umgesetzt. Der Fokus lag insbesondere auf der Organisation und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen wie Ausbildungsmessen, Museumstagen, Tage des offenen

Denkmals sowie die Ausrichtung der Schöller-Festspiele. Darüber hinaus konnte eine gemeinsame EDV-Betreuung und somit eine ökonomisch effektivere Arbeitsweise etabliert werden. Seit Januar 2011 wird die gesamte kommunale Kommunikations- und Datenverarbeitungstechnik in den Kleeblatt-Kommunen Wusterhausen (Dosse), Kyritz und Neustadt (Dosse) sowie zusätzlich im Amt Friesack aus dem Landkreis Havelland von einem Kompetenzteam IT aus Wusterhausen/Dosse betreut. Die Übernahme der Personalkosten ist in einem Vertrag zwischen den Kommunen geregelt. Neben den positiven Effekten der Kooperation hat der Verbund auch einige Schwierigkeiten zu meistern. Insbesondere die personellen Wechsel im Kooperationsrat sowie die unzureichende Außendarstellung des Kleeblattes erschweren die Zusammenarbeit. In den Kernthemen werden gemeinsame regionale Lösungsansätze zum Teil durch Konkurrenzdenken behindert. Die Einsicht des gemeinsamen Nutzens erfordert Überzeugungsarbeit und Zeit.

Ansatz mit Zukunft

Der neue Politikansatz des Landes Brandenburg hat sich bestätigt. Die Mittelbereiche konnten bereits als zweckmäßige räumliche Bezugskulisse für das Bund-Länder-Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“ (KLS) genutzt werden. Die Kleeblattregion wurde im Herbst 2010 in das Programm aufgenommen. Auf der Basis eines integrierten überörtlichen Entwicklungskonzepts wurden inhaltliche Schwerpunkte und gemeinsame Projekte vereinbart, die einen Beitrag zur Stabilisierung des Mittelbereiches leisten sollen. Dazu gehören zum Beispiel die Angebotserweiterung des Mehrgenerationenhauses Kyritz, der Bürgerbahnhof Neustadt (Dosse) und die Standortaufwertung der weiterführenden Schulen. Mit dem Programm KLS haben vor allem die Umlandkommunen die einmalige Chance, benötigte Fördermittel von Bund und Land für die Sicherung der Daseinsvorsorge zu erhalten. Wesentliche Grundlagen, um den gemeinsamen Weg erfolgreich weiter zu gehen, sind nun die aktive interkommunale Zusammenarbeit und die Bereitstellung der Eigenanteile der jeweiligen Kommune.

Mehr Informationen

LPG Landesweite Planungsgesellschaft mbH

Antje Stephan

E-Mail: a.stephan@lpgmbh.de

www.kleeblattregion.de



Bundesanstalt für
Landwirtschaft und Ernährung

Die Publikation wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Impressum

CHANCE! Demografischer Wandel vor Ort:
Ideen, Konzepte, Beispiele

Herausgeber

Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften (www.blg-berlin.de)
Deutscher Landkreistag (www.landkreistag.de)
Deutscher Städte- und Gemeindebund (www.dstgb.de)
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume

Konzept und Redaktion

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Referat 322 – Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Isabell Friess und Stefan Kämper

Gestaltung

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Referat 421 – Medienkonzeption und -gestaltung
Dirk Eufinger

Druck

Druckerei des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bonn